

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Spaltenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Vollspalten) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Warte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 15. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV, Nr. 1981.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Als am 22. Februar dieses Jahres die Regierung im Reichstage unter dem Hullo der junkerlichen Treiber die mit Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Rumänien und der Schweiz abgeschlossenen neuen Handelsverträge durchsetzte, hatte sie damit nur erst einen Teil der ihr gestellten handelspolitischen Aufgabe gelöst; ein anderer nicht minder schwieriger Teil blieb noch der Erledigung vorbehalten: die Neuregelung der zoll- und handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Das Abkommen, das vor 5 Jahren von der deutschen und amerikanischen Regierung getroffen ist, räumt nämlich der nordamerikanischen Union alle Vorteile der in den Jahren 1891 bis 1894 unter der Aera Caprivi abgeschlossenen Vertragstarife ein; es würden also nach der beabsichtigten Inkraftsetzung der neuabgeschlossenen Verträge am 1. März nächsten Jahres, falls vorher keine Neuordnung der deutsch-amerikanischen Handelsverhältnisse erfolgt, die Vereinigten Staaten beträchtliche Vorteile vor den sieben Staaten erlangen, mit denen neue Tarifverträge abgeschlossen sind, denn bekanntlich enthalten die Caprivischen Verträge für viele Artikel weit niedrigere Zollsätze als die neuen Verträge des Bülow-Podbielskischen Kurles. Außerdem hat aber in die neuen Tarifverträge wieder die Klausel der Meistbegünstigung Aufnahme gefunden; die sieben Vertragsstaaten würden also wieder ihrerseits einen Anspruch auf die der nordamerikanischen Union aus den alten Caprivischen Verträgen zustehenden Zollvergünstigungen geltend machen können.

Demnach besteht für die deutsche Regierung geradezu ein Zwang, sich mit den Vereinigten Staaten über einen neuen Handelsvertrag — sei es nun ein Tarif-, Reziprozitäts- (Gegenseitigkeits-) oder einfacher Meistbegünstigungsvertrag — zu verständigen. Um so feltamer ist, daß die deutsche Regierung, statt sofort nach der Annahme der oben erwähnten Tarifverträge im Reichstage neue Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung einzuleiten, sich bisher fast ganz passiv verhalten hat und erst in allerletzter Zeit durch den deutschen Botschafter in Washington dem amerikanischen Staatssekretär Elihu Root ihre Vorschläge überreichte.

Das heute zwischen dem Deutschen Reich und der nordamerikanischen Union bestehende Handelsvertragsverhältnis ist höchst feltamer Art. Ein zwischen den beiden Staaten abgeschlossener Vertrag existiert gar nicht. Der bisher als Basis des beiderseitigen Handelsverhältnisses betrachtete, durch spätere Spezialabkommen ergänzte Vertrag ist nicht zwischen dem Deutschen Reich und der Union abgeschlossen, sondern 1828 zwischen dem damaligen preussischen Geschäftsträger in Washington und dem amerikanischen Staatssekretär Clay. Nach der Gründung des Deutschen Reiches wurde das Vertragsverhältnis einfach auf die übrigen deutschen Bundesstaaten — die Hanjastaten, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin hatten ebenfalls schon vorher Verträge mit der Union abgeschlossen — ausgedehnt; eine Uebertragung, deren Rechtsverbindlichkeit von hervorragenden deutschen Rechtslehrern bestritten wird und von der amerikanischen Regierung nie anerkannt worden ist. Trotz dieser Unsicherheit der Rechtsgrundlage tauchten jedoch in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Begründung des Deutschen Reiches eigentliche zollpolitische Streitfragen zwischen beiden Ländern nicht auf, selbst dann nicht, als 1879 Deutschland aus der freihändlerischen in die schutzzöllnerische Bahn einlenkte. Zur selben Zeit, wo in Deutschland zwischen dem Junkertum und den Großindustriellen eine schutzzöllnerische Koalition entstand, gewann umgekehrt in den Vereinigten Staaten die freihändlerische Richtung an Boden. In starkem Maße exportierende Wirtschaftsgruppen akzeptieren stets die Freihandelslehre. Deshalb waren auch die preussischen Junker, so lange sie ihre Produkte zu hohen Preisen nach England absetzten, entschiedene Freihändler. Ihr Freihandelsglaube schwand erst, als die überseeische Lebensmittellieferung auf den europäischen Märkten erschien und sie von diesen vertrieb. Derselbe wirtschaftliche Umschwung, der die preussischen Junker zur Abwendung ins schutzzöllnerische Lager bewog, brachte jedoch die amerikanischen Farmer zum Kultus der englischen Freihandelslehre. Kaum war nämlich die nachteilige Folge des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten überwunden, als ein stetig sich mehrender Zuzug von Ansiedlern nach dem Westen erfolgte. Ueberall schossen neue Farmbetriebe auf und in Gegenden, wo noch vor wenigen Jahren sich der Urwald erstreckt hatte, da wogten blühende Kornfelder. Der Besitzer dieses Betriebes, der Farmer, sah sich aber auf den Export der von ihm gewonnenen Agrarprodukte angewiesen. Der amerikanische Markt vermochte seine Produkte nur zum kleineren Teil aufzunehmen; ungehinderte Ausfuhr seiner Erzeugnisse nach dem Ausland, das war sein handelspolitisches Ideal, und von diesem Standpunkt aus erklärte er in dem Zoll, durch den einzelne europäische Staaten die amerikanischen Bodenerzeugnisse von ihren Märkten fern zu halten suchten, nur eine Gegenwehr dieser Länder gegen die Absperrung des amerikanischen Industriemarktes.

Indes hielt diese freihändlerische Strömung nicht lange an; bereits gegen Ende der 80er Jahre konnte sie merklich ab-, einesteils deshalb, weil die amerikanischen Farmer auf

manchen Märkten schon die Konkurrenz Canadas und Argentiniens spürten, besonders aber, weil die sich schnell entwickelnde amerikanische Industrie die Verdrängung der fremden Konkurrenz von den amerikanischen Märkten forderte und bei ihrer Agitation die Unterstützung des größten Teiles der industriellen Arbeiterschaft fand. Im Mac Kinley-Tarif kam 1890 diese schutzzöllnerische Strömung zum offenen Durchbruch, doch war sie noch nicht stark genug, um das gewonnene Terrain zu behaupten. Als in den Jahren 1893/94 eine wirtschaftliche Krise die Union heimsuchte, gewann die freihändlerische Richtung erneut einen gewissen Einfluß und setzte 1894 die sogenannte Wilsonsche Tarifreform durch. Solcher schwächliche Erfolg vermochte jedoch die schutzzöllnerische Flut nicht zu hemmen. Nach dem Beginn einer neuen industriellen Aufschwungsperiode im Jahre 1895, die alsbald zu immer größeren industriellen Vertrustungen führte, setzte auch sofort wieder die schutzzöllnerische Agitation mit erneuter Kraft ein. Ihr Ergebnis war das bekannte Dingleygesetz des Jahres 1897.

Das in der amerikanischen Regierung zur Herrschaft gelangte Schutzzöllnerium beschränkte sich indes nicht nur auf die Einführung hoher, teilweise die Konkurrenz fremder Waren auf den amerikanischen Markt direkt ausschließender Zollsätze, es nahm auch die alten Handelsverträge unter die Lupe und interpretierte sie, wo die Fassung ungenau und vieldeutig war, zu seinen Gunsten. So verweigerte es z. B. auf Grund des Artikels 9 des 1828 mit Preußen abgeschlossenen Vertrages, nach welchem jeder der beiden vertragschließenden Staaten nur dann Anspruch auf die einem dritten Land gewährten „besonderen“ Vergünstigungen haben sollte, wenn er dafür dieselbe Vergeltung böte, dem Deutschen Reich die 1898 durch ein Spezialabkommen der französischen Republik eingeräumten Zollermäßigungen, bis Deutschland sich im Jahre 1900 dazu verstand, Uncle Sam alle Vorteile aus den 1891 und 1895 abgeschlossenen Caprivischen Handelsverträgen zuzugestehen.

Das Dingleygesetz von 1897 hat — eine Folge jeder Zolltarifierhöhung — die Einfuhr vieler industrieller Artikel in das Gebiet der Vereinigten Staaten beträchtlich erschwert. Diese Tatsache läßt sich nicht bestreiten, doch ist es lächerlich, wenn darüber von deutschen Interessentengruppen gejammert wird, die zu der neueren Schutzzöllnerung in Europa den Anstoß gegeben haben, die für Deutschland selbst hohe Schutzzölle fordern und diese Forderung damit begründen, daß es das Ziel eines jeden Landes sein müsse, sich wirtschaftlich unabhängig vom Ausland zu machen. Wenn diese sogenannte wirtschaftliche Selbständigkeit wirklich das hohe Ziel der Wirtschaftspolitik ist, dann kann man auch Uncle Sam nicht verargen, wenn er dieses Ziel zu erreichen strebt. Nicht minder absurd ist es, wenn von einer fast völligen Verdrängung deutscher Industrieerzeugnisse vom amerikanischen Markt gesprochen wird. Nach der deutschen Handelsstatistik hat seit der Geltung des Dingleytarifes, also seit 1898, der deutsch-amerikanische Handelsverkehr sich folgendermaßen gestaltet:

Jahr	Wert der aus der Union in Deutschland eingeführten Erzeugnisse (Millionen Mark)	Wert der aus Deutschland nach der Union eingeführten Waren (Millionen Mark)
1898	877	835
1899	907	378
1900	1021	440
1901	1042	388
1902	911	449
1903	948	469
1904	944	495

Der Vergleich zeigt, daß trotz des Zollbrudes die Ausfuhr des deutschen Zollgebietes nach den Vereinigten Staaten stärker zugenommen hat, als die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland. Nach den Wertsummen gemessen blieb allerdings die deutsche Ausfuhr in die Vereinigten Staaten hinter deren Ausfuhr in das deutsche Zollgebiet beträchtlich zurück. Deutschland exportierte z. B. 1904 nach der Union nur für 495 Millionen Mark, dagegen erhielt Deutschland für 944 Millionen Mark amerikanische Waren. Indes gibt der Vergleich der bloßen Ziffern kein richtiges Bild, denn die Ausfuhr Deutschlands nach der Union besteht zu 83 Proz. in Industrieartikeln, der Export der Union in das deutsche Zollgebiet aber nur zu 6 Proz. Zumeist führen die Vereinigten Staaten nach Europa landwirtschaftliche Nahrungsmittel, besonders aber Rohstoffe für industrielle Zwecke aus, die Deutschland ahsolut nicht entbehren kann. So befanden sich z. B. 1904 unter den nach Deutschland versandten Erzeugnissen allein für 338 Millionen Mark Rohbaumwolle, für 120 Millionen Mark Kupfer, für 27 Millionen Mark Bau- und Nutzholz. Zudem wird aber nicht nur der ganze Warenverkehr zwischen den deutschen und amerikanischen Häfen, sondern auch vielach der zwischen anderen europäischen Häfen und der Union von deutschen Schiffen vermittelt; die transatlantischen Schiffsverbindungen der Vereinigten Staaten kommen dagegen kaum in Betracht.

Die obigen Ziffern zeigen, daß trotz aller Zollserhöbungen sich der Handelsverkehr des deutschen Zollgebietes mit den Vereinigten Staaten mächtig entwickelt hat; die Neuregelung des bisherigen Handelsverhältnisses hat also auch für die deutsche Arbeiterschaft ein hohes Interesse. Welche Stellung hat sie zu den jetzt eingeleiteten Verhandlungen einzunehmen?

In der bürgerlichen Presse wird meist schlechtthin von einem deutschen Interesse gegenüber den Vereinigten Staaten

gefaßt. Das entspricht ihrer Gesplogeneit, die speziellen Interessen ihrer Hintermänner ohne weiteres mit den allgemeinen Interessen zu identifizieren. Tatsächlich kommen jedoch nirgends die Interessengegenstände scharfer zum Ausdruck, als gerade in der Handelspolitik. So lassen sich denn auch in der jetzigen Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen deutlich mehrere Interessensstandpunkte unterscheiden.

Die Agrarier sehen am liebsten die amerikanische Lebensmittellieferung ganz vom deutschen Markte ausgeschlossen. Da in den nächsten Jahren eine größere Zufuhr aus Rußland kaum zu erwarten ist, würde durch die Erschwerung der Einfuhr aus Amerika eine beträchtliche Preissteigerung der Landprodukte in Deutschland bewirkt werden. Deshalb sind sie auch im Prinzip gegen jeden Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit der Union. Aus Gründen der Klugheit stellen sie jedoch nicht direkt die Forderung, daß mit der amerikanischen Regierung nicht verhandelt werden soll, sondern fordern, daß zunächst die deutsche Regierung von der amerikanischen Regierung für die Gewährung des deutschen Vertragsartikels so hohe Gegenkonzeptionen verlangt, daß die amerikanische Regierung sich auf diese nicht einläßt — worauf dann die deutsche Regierung sofort mit dem Abbruch der Verhandlungen, dem Inkraftsetzen des allgemeinen Tarifes, eventuell auch mit dem Zollkrieg antworten soll.

Die industriellen Schutzzöllner sind zwar bereit, Amerika kleine Konzessionen auf landwirtschaftlichem Gebiet einzuräumen, d. h. einige kleine Zollermäßigungen auf amerikanische Bodenprodukte zuzugestehen, doch von einer Reduktion der neuen deutschen Zölle für amerikanische Industrieartikel, vornehmlich für amerikanische Maschinen und Werkzeuge, wollen sie nichts wissen. Im ganzen fordern auch sie, daß die Vereinigten Staaten den neuen deutschen Vertragstarif einfach akzeptieren und dafür als Gegengabe den deutschen Textil- und Lederfabrikanten beträchtliche Zollermäßigungen gewähren; eine recht bescheidene Forderung, denn der neue deutsche Vertragstarif bietet der Union im Vergleich zum jetzigen Zustand fast gar keine Vorteile, nur Nachteile. Seine Zollsätze sind für eine Reihe wichtiger amerikanischer Erzeugnisse, z. B. Weizen, Mais, Obst, Nutzholz, Talg, Oel, Fleisch, Maschinen, Werkzeuge weit höher, als die bisher geltenden. Wenn aber die amerikanische Regierung nicht in diese Bedingung der deutschen Industriezöllner willigt, dann wollen auch sie es auf den Abbruch der Verhandlungen, die Inkraftsetzung des neuen deutschen Generaltarifes und die Anwendung von Zollkriegsmahregeln ankommen lassen.

In der Richtung dieser Argumentation bewegen sich auch Schippels Ausführungen in seinem Buch „Amerika und die Handelsvertragspolitik“, nur zieht Schippel meist nicht die Konsequenzen, wenigstens nicht die direkten Konsequenzen. Er ist vorsichtiger und weiß zu temperieren.

Mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft haben alle diese schönen Forderungen und Wünsche nichts zu tun. Im Interesse des deutschen Arbeiters liegt weder die Fernhaltung der amerikanischen Nahrungsmittel vom deutschen Markte zum Zweck der Preissteigerung, noch die Aufrechterhaltung der neuen deutschen Zölle auf amerikanische Maschinen, noch die Herausforderung eines Zollkrieges, der die Ausfuhr deutscher Exportartikel nach den Vereinigten Staaten hemmt und dadurch zur Arbeitslosigkeit in den betreffenden Industriezweigen führt. Das Interesse des Arbeiters verlangt im Gegenteil die Ermäßigung der jetzigen hohen Lebensmittelpreise durch Erleichterung der amerikanischen Nahrungsmittelzufuhr und zweitens möglichst Ausdehnung in industriellen Exports, d. h. gute Beschäftigung der deutschen Exportindustrie. Und von diesem Interessensstandpunkt des deutschen Arbeiters ergibt sich in bezug auf die Neuregelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen als unferne Forderung: mögliche Ermäßigung der deutschen Zölle auf Getreide, Obst, getrocknete Früchte, Schmalz, Fleisch, Petroleum usw. gegen Herabsetzung der amerikanischen Zölle auf deutsche Industrieartikel, vornehmlich auf die Erzeugnisse der deutschen Textilindustrie.

Die sozialdemokratische Partei ist eine Arbeiterpartei. Als solche hat sie auch auf dem Gebiet der Handelspolitik das Klasseninteresse des Arbeiters zu vertreten, Kampfpolitik zu treiben.

Die Revolution in Rußland.

Balfours Protest gegen die Judenmorde.

London, 14. November. In einer gestern in der Memorial-Hall abgehaltenen Versammlung von Juden, in welcher gegen die Ausschreitungen gegen die Juden in Rußland Protest erhoben wurde, ist folgendes Telegramm Balfours verlesen worden: Die Regierung Seiner Majestät hat mit Bedauern und Entsetzen von den Judenmassakern gehört und bereits alle Maßregeln ergriffen, welche geeignet erscheinen, das Ungemach zu mildern. Ähnliche Telegramme sind von Lord Rosebery, Chamberlain, Asquith, den Erzbischöfen von Canterbury und Westminster und anderen angesehenen Persönlichkeiten eingegangen.

Daß die Deutsche Regierung dem Jaren Vorstellungen wegen dieser bestialischen Schlägereien zu machen gedenkt, ist noch nicht bekannt geworden!

Unsere konservativen Organe haben die schamlosen Meheleien, die der zarische Bluthund Trepow bekanntlich infanteriert hat und die zum großen Teil von Soldaten und Polizisten selbst verübt wurden, beinahe mit einem Freuden- ausbruch aufgenommen!

Witte droht!

Petersburg, 14. November. Wie Kascha Schin meldet, äußerte Graf Witte bei dem Empfange einer Abordnung aller polnischen Stände unter anderem, daß die Regierung nicht daran denke, Zugeständnisse an die Polen zu machen, da deren Unreife für Reformen greifbar zutage getreten sei. Es sei jetzt klar, daß nur ein kleines Häuflein Revolutionäre Reformen wünsche. Ferner erinnert Witte daran, daß wieder eine Reaktion eintreten könne.

Petersburg, 14. November. Von den fortschrittlichen Blättern wird die Kundgebung der Regierung über Polen abfällig beurteilt. „Nuz“ sagt die Kundgebung sei eine direkte Folge des bürokratischen Charakters des Kabinetts Witte, und fordert un- verzüglich in dieser oder jener Form Vertreter der Gesellschaft in das Kabinett aufzunehmen, da Gefahr im Verzuge sei. „Syn Otschewstwo“ stellt die Unfähigkeit der Regierung im Reiche dem entschlossenen Vorgehen Wittes gegen die Polen gegenüber und zieht daraus die Folgerung, daß Witte die Hände frei habe, sobald es sich um wehr- lose Bevölkerung handele, daß sie ihm aber hinsichtlich der sarkastischen Machthaber gebunden seien. „Kascha Schin“ bestreitet, daß bisher eine polnische Partei die Abtreibung Polens von Rußland gefordert habe. „Kowoje Wremja“ appelliert an die Besonnenheit und den Taft der Polen, am Vorabend der Einberufung der Reichsduma die Frage der russisch-polnischen Beziehungen nicht zuguspitzen.

Berfassungs-Versprechungen und Säbeldikatur.

Petersburg, 14. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gemäß dem im Manifest vom 30. Oktober von dem Kaiser ausgesprochenen Absicht, das Wahlrecht auch auf diejenigen Volksklassen auszuweiten, die desselben bis jetzt noch entbehren, arbeitet der Ministerrat gegenwärtig darauf bezügliche Bestimmungen aus, deren Veröffentlichung baldigst erfolgen soll, worauf die Reichsduma-Wahlen unverzüglich stattfinden werden.

Petersburg, 14. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute erfolgt die Veröffentlichung einer vom Kaiser bestätigten Dienstanweisung für die General- adjutanten, die zur Wiederherstellung der Ordnung nach dem Gouvernementen Tschernigow, Saratow und Tambov gesandt werden. Diese Dienstanweisung verleiht den Entsandten das Oberkommando über die Truppen und Polizeimannschaften des betreffenden Gouvernements, unter- stellt ihnen alle Regierungs- und Kommunalbehörden mit Aus- nahme der Gerichts- und Kontrollbehörden und verleiht ihnen das Recht, alle für die öffentliche Ruhe gefährlich erscheinenden Personen verhaften zu lassen, Handels- und Industrie- unternehmen zu schließen, Zeitungen zu unterdrücken und obligatorische Verfügungen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung zu erlassen.

Staudrecht in Kronstadt?

Aus Petersburg wird dem „Tag“ gemeldet:

Die Untersuchung der Kronstädter Revoluten nähert sich ihrem Ende. Die Helden dieses Dramas sollen erschossen werden — doch aus allen Schichten der Gesellschaft erheben sich Stimmen, die vor der Ausführung dieser Todesurteile warnen, die in so furchtbarer Zeit der Wahrung ungläubliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Zunächst will die Geistlichkeit mit dem vielgenannten Priester und Schriftsteller Petrow sich an den Jaren um Milderung der Strafe für die Meuterer wenden, sodann tritt fast die gesamte Residenzpresse gegen die Verhängung von Todes- urteilen auf, endlich sammelt die Einwohnerschaft von Kronstadt Unterschriften für eine im gleichen Sinne gehaltene Petition. Die Kronstädter Bürger hätten bis jetzt stets friedlich mit den Matrosen zusammengelebt. Alle diese Proteste sollen der Regierung beweisen, daß die Schuld der meuternden Matrosen geringer sei als die der Regierung, deren Indolenz jene unerträgliche Lage im Marinewesen geschaffen, die nun endlich zur Explosion geführt habe.

Achtstundentag in Petersburg.

Petersburg, 14. November. In mehreren hiesigen Fabriken wollen die Arbeiter schon jetzt die achtstündige Arbeitszeit ein- führen.

Anruhr in Wladiwostok.

London, 14. November. Nach Meldungen, welche über Japan und Shanghai hierher gelangt sind, ist die Bevölkerung von Wladiwostok in vollem Anruhr. Es finden heftige Straßenkämpfe zwischen den Aufständischen und den Truppen statt. Bei diesen Zusammenstößen sind viele Personen und Leben ge- kommen. Die ausländischen Einwohner haben ihre betreffenden Re- gierungen ersucht, Kriegsschiffe zu ihrem Schutze nach Wladiwostok zu entsenden. Die Vorgänge in Wladiwostok lenken die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß gar keine Nachrichten über die Ereignisse in Sibirien zwischen Tomsk und Wladiwostok vorhanden sind. Man glaubt aber, daß auch Sibirien durch revolutionäre Wirren er- schüttert sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Das Frauenstimmrecht und das Zentrum.

Das Zentrum ist ein sehr aufmerksamer Beobachter der Stimmungen und Strömungen im Volke, das auch ihm kein größter Feind zugestehen. Viele Jahre haben seine Vertreter im Reichstage sich gegen die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium ge- sträubt. Als der Gedanke jedoch immer weitere Kreise, auch die Frauenkreise des Zentrums ergriß, änderte es seine Taktik. Schon bei der letzten Verhandlung über diese Frage im Reichstage vollzog es eine große Umdenkung und ließ durch seinen Redner Freiherrn v. Hertling sich für die Zulassung der Frauen zum Studium aus- sprechen.

Eine zweite Schwankung in der Frauenfrage vollzog sich auf dem Katholikentag zu Straßburg. Bisher huldigte das Zentrum der Ansicht des Apostel Paulus (Korinther 14. 34. 35): „Eure Weiber laßt schweigen unter der Gemeinde, denn es soll ihnen nicht zugelassen werden, daß sie reden, sondern untertan seien, wie auch das Gesetz sagt. Wollen sie aber etwas lernen, so laßt sie dabei die Männer fragen. Es steht den Weibern übel an, unter der Gemeinde zu reden.“ Entsprechend dieser Auf- fassung des Paulus, die auch diejenige der Kirchendoktrine ist, hatte das Zentrum bisher es hartnäckig abgelehnt, die Forderung der Frauen nach politischer Gleichberechtigung anzuerkennen. Noch vor wenigen Jahren erklärte der Abgeordnete Bachem im Reichstag, das Zentrum wolle den Frauen das Vereins-, Versammlungs- und

Koalitionsrecht einräumen, soweit Frauen als Arbeiterinnen diese Rechte zur Verbesserung ihrer ökonomischen Lage bedürften, weiter werde es aber nicht gehen.

Auch dieser Standpunkt ist mittlerweile verlassen worden. Bereits hat P. Aurocher in seiner Rede auf dem Straßburger Katholikentag über die Frauenfrage gezeigt, daß das Zentrum den Forderungen der Frauen in weitem Maße entgegenkommen werde. Jetzt hat der Zentrumabgeordnete Heim im bayerischen Landtag, also an einem Ort, an dem man es am wenigsten erwartete, die Konsequenzen gezogen. Am letzten Freitag verhandelte der bayerische Landtag über die Petition des Vorstandes des Deutschen Verbandes für Frauen- stimmrecht. Vollmar erklärte im Namen unserer Genossen sich für die Forderungen der Petentinnen und schloß seine Rede mit den Worten:

„Deshalb erkläre ich, daß wir mit der Petition vollständig einverstanden sind und daß wir, wenn die Gelegenheit günstig ist und die Disposition der Geister eine bessere ist, daß wir dann das unsere tun werden, um auch dieses Recht zu verlangen.“

Noch ihm aber ergriff der Zentrumabgeordnete Heim das Wort und erklärte:

„Der Zeitpunkt, wo die Frauen das Stim- recht erhalten, wird vielleicht schneller kommen, als man glaubt. Ich werde mit einer Anzahl meiner Freunde für das Frauenstimmrecht ein- treten. (Abg. Ehrhart: Bravo! — Große Heiterkeit.)

Er beantragte für die Petition die Hinüber- gabe (an die Erste Kammer) zur Würdigung. Für den Antrag Heim stimmten außer unseren Parteigenossen nur drei Liberale, auf deren Zustimmung die Petentinnen am meisten ge- rechnet hatten, wohl aber 28 Mitglieder des Zentrums. Das ist ein historischer Vorgang von großer Trag- weite. Zum erstenmal erklärt sich ein erheblicher Bruchteil der Vertreter der Zentrumspartei in einem überwiegend katholischen Lande für die Gewährung des politischen Stimmrechts an die Frauen. Dieser Vorgang wird Nachahmung finden. Das Zentrum rechnet damit, daß die Ereignisse der letzten Monate eine Beschränkung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Deutschland immer unwahrscheinlicher machen. Droht also die Sozialdemokratie durch ihre Stimmen dem Zentrum über den Kopf zu wachsen, so wird es die Erweiterung des allgemeinen Stimmrechts auf die Frauen beantragen, um hier eine Wähler- reserve zu erhalten, die der Sozialdemokratie feindlich gesinnt ist. Aus gleichen Gründen erklärte der alte Kardorff schon 1895, als unsere Fraktion im Reichstage den Antrag auf Gewährung des Stimmrechts an die Frauen gestellt hatte, daß er eventuell mit sich reden ließe, den Frauen das Stim- recht zu gewähren.

Die Sozialdemokratie kann sich diese Konkurrenz seiner ent- schiedensten politischen Gegner gefallen lassen. Mit dem Eintritt des weiblichen Geschlechts in die politische Arena bekommt der politische Kampf ein neues Gesicht und ein erweitertes Interesse. Eine große Reihe wichtiger Fragen werden von ganz neuen Gesicht- punkten aus zu behandeln sein.

Die Haltung des Zentrums in der Frauenfrage muß aber für unsere Parteigenossen Veranlassung sein, die Agitation unserer Ge- nossinnen unter den Frauen und Arbeiterinnen aufs kräftigste zu unterstützen und für deren volle politische Gleichberechtigung ein- zutreten, wo immer sich die Gelegenheit bietet.

Wir leben in einem revolutionären Zeitalter, das fast jeden Tag neue Fragen auf seine Tages- ordnung setzt. Hier gibt's kein Ruhen und Rasten mehr. Rast' ich, so rost' ich! —

Ein Wunschzettel der Landarmee.

Die Regierung verfährt bei ihren militärischen An- sprüchen stets mit kluger Vorsicht: sie rückt niemals gleich mit ihren gesamten Forderungen heraus, sondern präsentiert stets eine Rechnung nach der anderen. So will sie auch jetzt zunächst die Marinevorlage sicher in den Hafen bugsiieren; mit den Forderungen für die Landarmee wird sie dann später kommen. Es ist bei dieser Taktik der Regierung ganz dankenswert, daß jetzt ein Buch erschienen ist, in dem hübsch übersichtlich die Forderungen zusammengestellt sind, die man in militärischen Kreisen für dringend notwendig erachtet.

Das Buch ist um so bemerkenswerter, als sein Ver- fasser in der Nähe des Grafen Häfeler, des ehemaligen kommandierenden Generals des 16. Armeekorps, gewählt wird. Graf Häfeler selbst hat das Werk beifällig besprochen.

Die Forderungen des Verfassers sind keineswegs be- scheiden. Er verlangt, daß unsere Landarmee um nicht weniger als 72 200 Mann verstärkt werde. Den Kosten- auswand beziffert er auf 300 Millionen Mark an ein- maligen und 90 Millionen Mark an jährlichen Mehr- ausgaben!

Vermutlich, um eine günstigere Aufnahme dieser horrenden Forderungen zu erreichen, wendet sich der Verfasser unter anderem auch scharf gegen die Soldatenmishandlungen. Den Soldaten schindern müßten vor versammelter Mannschaft die Treppen heruntergerissen werden. Das soll aber nur von den Unter- offizieren gelten — über die von Offizieren begangenen Miß- handlungen schweigt sich der Verfasser völlig aus!

Der Frage der Kostendeckung geht der Verfasser zwar sehr militärisch schneidig, aber umsoweniger gründlich zu Leibe. Die Kosten sollen von der bestehenden Klasse getragen werden. Die Klassen sollen von den neuen Steuern getroffen werden, die in goldstrotzenden und mit allem denkbaren Komfort aus- gestatteten Villen und Palästen wohnen, tagtäglich die teuersten Weine und die ausgeschlachten Speisen auf ihrem Tische haben, die kostspieligsten Kleider auf dem Leibe tragen und sich ohne Rücksicht darauf, daß neben ihnen Millionen darben und zehren müssen, einer geradezu frevelhaften Luxus erlauben.“

Das klingt ja ungeheuer radikal, aber es klingt auch nur so! Der Verfasser muß, wenn er kein politisches Kind ist, ganz genau wissen, daß die besitzende Klasse, die doch im Parlament die Macht hat und deren ausführendes Organ doch nur die Regierung ist, zwar die Militärvermehrung gut- heißen, nicht aber auch die Kosten dafür tragen wird.

Daß die Regierung daran denkt, den Landmilitarismus in dem Umfange zu vermehren, wie der Verfasser vor- schlägt, ist ja fraglich; daß aber nach dem Wasser Militarismus auch die Landarmee an die Reihe kommen wird, steht außer allem Zweifel! Vielleicht dient das Buch nur dem Zwecke, die öffentliche Meinung zu sondieren und zu bearbeiten. —

Das geklebte Ministerium.

Paris, 13. November. (Fig. Ver.)

Die Rekonstruktion des Kabinetts ist vollzogen, und die Ein- schaft der neuen Kabinettsmajorität ist höchlich zufrieden — bis auf ein paar progressivste Sauerköpfe, die verbrochen feststellen, daß an Stelle Berthelet doch wieder ein Rivist und kein Mann vom militärischen Wert Kriegsminister geworden sei. Diese kritischen Bedenken äußert besonders der „Temp“, der auch hinter

den patriotischen Vorwänden die wahren Motive dieser Verstimmung bemerken läßt. Dem Progressisten war nämlich Herr Etienne als Minister des Innern weit wertvoller denn als Kriegsminister. Von ihm war zu erwarten, daß er die Wahlen gegen die Radikalen und zugunsten der Mittelparteien „machen“ würde, und nun hat Herr Dubief an seiner Stelle, der den radikalsten Kandidaten sozusagen einen amtlichen Passier- schein geben wird. Die gemäßigten Parteien können da um einen Teil der Früchte, die ihnen die von der Senatmehrheit vor einigen Tagen vollzogene Ablehnung eines „Klosetgesetzes“ tragen sollte. Die waderen Republikaner wollten keine wirklich geheime Wahl, die den Arbeiter in den Stand setzen könnte, unkontrolliert einen dem Unternehmer unwillkommenen Kandidaten zu wählen. Jetzt aber wird der Wählerprüfungs-Apparat statt von dem „demo- kratischen“ Etienne von dem „radikal-sozialistischen“ Dubief gehand- habt werden. —

Die Verlegung Etienes war der Preis, um den sich die Radikalen von Rouvier haben kaufen lassen. Die Sicherung der Mandate ist ja jetzt zeitgemäßer als die Verfestigung von Prinzipien. Zwischen dem alten und dem neuen Minister des Innern ist, von ihren Freundschaftskreisen abgesehen, kein großer Unterschied. Der alte verfolgte die Arbeiterorganisationen mit borniertem Hass, der neue wird sie mit der Tüde des verächtlichen Schwätzlings verfolgen. Man hat ja Herrn Dubief schon als Handelsminister am Werke gesehen, als er, der vor einigen Jahren die Koalitionsfreiheit der Staats- arbeiter literarisch verheißt hat, gegen die Gewerkschaft der Post- beamten den Staatsanwalt aufbot! Herr Tronillet wird ihn auf diesem Platz vermutlich würdig erlegen. Das Ministerium hat entschieden ein Einritt gewonnen, denn der einzige, für den der Radikalsozialismus wirklich nicht ein bloßes Fremdenbild war, Vertaux, ist glücklich hinausgeschleudert worden. Die anderen sind weiterfest und — eilen sich vor nichts.

Für die Verkommenheit der bourgeoisen Politik ist die Haltung der radikalsten Presse bezeichnend. Mit Ausnahme der „Lanterne“ findet sie die durch den Rücktritt Vertaux herbeigeführte Situation „sehr befriedigend“. Das Vertaux-gegnen ist, weil er die Progreßisten heute die Herren der Lage sind, sucht die Presse damit zu vertuschen, daß sie — den Sozialisten einen Bund mit den Anti- republikanern vorwirft, weil außer ihnen auch etliche Merkale gegen die von Rouvier verlangte beschleunigte Tagesordnung gestimmt haben. In das selbe Horn pfeift auch Gerault-Richard, der sich mit unerschütterlicher Hoffnung an dem „Blod“ fest- klammert. Aber über die Tatsache gehen die famosen Antiklerikale einfach hinweg, daß die Tagesordnung, die die Erwartung ausdrückt, daß Rouvier mit der Mehrheit regieren werde, die das Trennungsgesetz beschlossen habe, daß diese Tagesordnung von Leuten durchgesetzt worden ist, die gegen das Trennungsgesetz gestimmt haben! Das Ministerium Rouvier hat nachweislich die Mehrheit des alten Blods gegen sich. Für das von den Sozialisten beantragte Zabelsvotum stimmten 118 Abgeordnete, einschließlich Sozialisten und Radikalsozialisten, und 72 Radikale enthielten sich. Das Ver- trauensvotum wurde dagegen mit 284 Stimmen angenommen, wovon 213 Progressisten und Reaktionäre und nur 161 Radikale waren. Und dies nennt sich „Sieg der Republikaner“. — Korrespondenten „freistimmiger“ deutscher Zeitungen aber sprechen von „Intrigen“ der Sozialisten gegen den braven antikerikalen Republikaner Rouvier!

Die parlamentarische Situation stellt sich jetzt ungefähr so dar wie am Beginn des Ministeriums Rouvier, wo die Sozialisten und die Sozialradikalen dem verdächtigen Antönmling mit offener Ab- neigung entgegentraten, das Zentrum aber das „antiklerikale“ Pro- gramm des neuen Ministerpräsidenten verständnisvoll pardonnirte. In der Folge gestaltete sich wohl das Verhältnis der äußersten Linken zum Ministerium besser, besonders als Rouviers alter Haß gegen Delcassé den Sturz des Abenteurers beförderte. Aber die Lüge, die dem Ministerium von Geburt an im Geblüte sitzt, konnte auf die Dauer nicht unter der Oberfläche bleiben. Die Komödie des ewigen Blods, als des unheilbaren Instruments des sozialen und politischen Höllenfluges, ist ausgepielt. Die „repu- blikanischen Ideen“, die Frankreich glorreich regieren, präsentieren sich jetzt, auch dem Raubsten erkennbar, in den unappetitlichsten Geformern der kapitalistischen Klassenpolitik. —

Deutsches Reich.

Die Klerikalisierung der Schule.

Die geschicktesten wie die tonsurirten Dunkelmänner halten jetzt den Augenlid für gekommen, ihre Absicht, die Volksschule völlig der Herrschaft der Kirche zu unterstellen, durchzuführen zu können. Seit dem Jahre 1892, wo der Jeditsche Schulgesetzentwurf scheiterte, sind sie, und mit ihnen die ganze Koalition, die durch die kirchliche Verdummung des Volkes ihre Ausbeuterprivilegien am besten gewahrt sieht, am Werke, die Volksschule völlig zu konfessionalisieren und der geistlichen Schulaufsicht zu unterwerfen.

Bekanntlich hatten sich ja auch die Nationalliberalen bereit- finden lassen, einem Kompromiß zuzustimmen, durch das das Schulunterhaltungsgesetz zu der ersetzten Klerikali- sierung der Schule mißbraucht werden konnte. Die Grundtendenz des Kompromisses war die Durchführung der konfessionellen Schule. Immerhin sollten auch Kusanahmen zugelassen und die Simultans- schulen nicht völlig beseitigt werden. Dies Kompromiß scheint nur den Konservativen und dem Zentrum nicht weit genug gegangen zu sein, wenigstens haben diese Parteien inzwischen mit der Regierung eine neue Fassung des Gesetzes vereinbart, die ihren Wünschen nach völliger Verpflanzung der Schule noch mehr entspricht. Die Nationalliberalen beschwerten sich ihrerseits über dieses neue Schachergeschäft, zu dem sie nicht hinzugezogen worden seien. Das Zentrum dagegen erklärt den Nationalliberalen, daß bei einem etwaigen Sträuben der nationalliberalen Partei das Gesetz auch durch die Konservativen und das Zentrum allein durchgeführt werden könnte!

Ueber den Charakter des Schulunterhaltungsgesetzes darf man sich bei dem triumphierenden Eifer des Zentrums keinen Zweifeln mehr hingeben. Sicherlich handelt es sich um die völlige Unterwerfung der Volksschule unter die Macht der Geistlichkeit. Forderte doch 1902 der Zentrumabgeordnete Dautzenberg, daß es die Regel sein müsse, die Kreis- und Schulinspektion im Nebenamte den Geistlichen zu übertragen, und der konservative Freiherr Lim- burg-Stierum bekannte sich wenige Tage später ganz zu dem gleichen Prinzip!

Die „freie Deutsche Presse“ setzt nun aber ihre Hoffnungen auf die Obstruktion der Nationalliberalen. Sie sollte sich derartigen Illusionen lieber nicht hingeben, Beweis doch das Schulkompromiß, wie wenig Verlaß auf die Nationalliberalen ist. Nicht am Wider- stand der mehr als zweifelhaften parlamentarischen Opposition könnte das Gesetz scheitern, sondern höchstens an einem machtvollen Protest des Volkes selbst!

Das Mißverständnis des Herrn Müller-Sagan.

Das Verdrissen der „freien Deutschen Presse“ hinter ein angebliches „Mißverständnis“ der Ausführungen des Herrn Eichhoff ruht nichts mehr, da dieser freistimmig-vollparteiliche Abgeordnete nunmehr selbst das mehrfache Versteckspiel des Herrn Müller-Sagan aufdeckt. Herrn Eichhoffs Darlegungen über die „Weltmachtspolitik“ sind nicht miß- verstanden worden, sie waren ganz so gemeint, wie sie von der flottenfreundlichen sowohl wie von der sozialdemo- kratischen Presse aufgeföhrt worden waren.

In einer Zuschrift an die „Vorner Jtg.“ erklärt Herr Eichhoff:

Ich kann... nicht zugeben, daß meine Ausführungen in Wiesbaden mißverstanden und nur deshalb lebhaftem Widerspruch von verschiedenen Seiten begegnet seien. Ich hatte diesen Widerspruch vorausgesehen. Eben deshalb wird niemand glauben, daß ich mit meinen Worten die bisherige Haltung der Partei nach jeder Richtung hin habe billigen wollen. Daß ich mit dieser Auffassung nicht allein siehe, ist nicht erst durch die letzte Abstimmung im Reichstage offenkundig geworden und hat in Wiesbaden zu meiner Vergnügung eine neue Bestätigung gefunden; denn unter anderen trat ein Berliner Delegierter, ein bekannter Stadtoberordner, nach Schluß der Diskussion an mich heran und sagte zu mir: „Sie haben die innere Ueberzeugung von vielen in diesem Saale ausgesprochen, aber man wagt nicht, dies ebenso entschieden zu bekennen.“

Herr Gieshoff hält also den Zeitpunkt für gekommen, der Vertuschungskomödie ein Ende zu machen und ungeniert den Marinewimpel auf dem Richterischen Parteiwort zu hissen. Ob die Reuterer den Sieg davontragen werden? —

Liberale Heuschrecke.

In einem Leitartikel „Das Dreiklassenwahlrecht“ entwirft sich das „Berliner Tageblatt“, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht als ihre Spezialaufgabe betrachte und sie wohl gar mit den Mitteln der Straße lösen möchte. Der Kampf werde um so eher zum Erfolg führen, je breiter die Schar derer sei, die sich an ihm beteiligten. Und wenigstens soweit das Bürgerturn der Städte in Betracht komme, werde man es an der Einseitigkeit in diesem Kampfe nicht fehlen lassen.

Es sind nichts als hohle Phrasen, die das „Tageblatt“ niederschreibt. Die Arbeiterklasse in Preußen wartet seit vollen fünfundsüßzig Jahren, seit dem Wiederaufleben der liberalen Bewegung in Preußen-Deutschland, auf die Initiative für Erwerbung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, allein vergeblich. Der Liberalismus war einst im preussischen Abgeordnetenhaus in großer Mehrheit und er rührte keinen Finger für das eigentlich noch zu Recht bestehende allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Landtagswahlen in Preußen. Er ist seitdem in eine lägliche Minorität im Landtage gelangt, aber er hütet sich auch jetzt, so gefahrlos es für ihn wäre, die Initiative zu ergreifen. Wohl aber haben die Liberalen aller Schattierungen den Wahlrechtsraub in Lübeck und Hamburg mitgemacht, mit vereinzelten Ausnahmen auch in Sachsen, und in Bayern bildeten sie das Haupthindernis einer Wahlreform.

Die Liberalen aller Schattierungen, mit einzelnen ehrenwerten Ausnahmen, fürchten und hassen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht und werden niemals ernsthaft für dasselbe eintreten. Das „Berliner Tageblatt“ kann sich mitfromm dem Bürgerturn der Städte begnügen lassen.

„Man wagt es nicht“. Zur Reichstags-Stichwahl in Eisenach veröffentlicht der Zentral-Wahlaußschuß der freisinnigen Volkspartei nach einer Erklärung des „Berl. Tagebl.“ folgende Erklärung: Bei der bevorstehenden Stichwahl überlassen wir es den Bestimmungsgenossen, nach eigenem Ermessen ihre Stimme abzugeben, bemerken jedoch hierzu, daß kein freisinniger Mann dem antisemitisch-händlerischen Kandidaten seine Stimme geben kann.

Man überläßt es also den Wählern, mehr Mut und politische Einsicht zu beweisen als die Parteileitung selbst. Sehr freisinnig! —

Zentrumsfrage um die „Luther-Stadt“. Die „Germania“ beschwört den Eisenacher Jesuiten, bei der Stichwahl doch ja nicht den sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, sondern gleich den Zentrumsleuten geschlossen für den Vrotwiderer Schad zu stimmen. Für die „Luther-Stadt“ Eisenach sei es doch wahrlich seine Ehre, wenn man es der Sozialdemokratie ermöglichen, die rote Fahne auf der Wartburg zu hissen.

Es trifft sich sehr häßlich, daß an demselben Tage gerade die antisemitische „Deutsche Ztg.“ gegen eine „ultramontane Frechheit“ donnert, weil das Organ des Zentrums-Abgeordneten Gerstenberger, das „Fränk. Volkbl.“, sich folgende „dreifache Verschimpfung“ Lüthers geleistet habe:

„Die Frechheit des Innsbrucker Gemeinderats und seiner vom Böbel gewählten und mit dem Böbel sympathisierenden Bürgermeister, mit der diese dem katholischen Land Tirol, in dem kein einziger einheimischer Protestant wohnt, ins Gesicht schlagen, ist jetzt so weit gediehen, daß dieselben eine Straße „Lutherstraße“ benannt. Man sollte glauben, daß gegen eine solche Schandung Tirols das Land sich gleich dem Jahre 1809 wie ein Mann erhebe und das alldeutsche Lumpengefindel im Innsbrucker Rathaus zum Teufel jage.“

Wag sich Zentrum und „alldeutsches Lumpengefindel“ noch so wagt herumzulaufen: im Zeichen des Vrotwiderers finden sich die schönen Seelen alsbald wieder zusammen! —

Die „anständige“ bürgerliche Presse.

Die „Tägliche Rundschau“ liest nach der „Jenaer Zeitung“ ihren Lesern folgendes schlecht erkundete Anekdotchen auf: „In dem Jenaer Hotel, in dem während der roten Woche der sozialdemokratische Jar sein Hoslager aufgeschlagen hatte, spielte sich einmal coram publico eine Szene ab, die den Ausgang des Literatenstreites nicht mehr zweifelhaft ließ. Es war just am Abend des Tages, an dem man hinter verschlossenen Türen die berühmte Sitzung abgehalten hatte. Die Gemüter waren noch ziemlich erregt, und von Tisch zu Tisch ging die Debatte über die „Vorwärts“-Angelegenheit. Da wagte ein jüngerer Parteigenosse für die Wahl eines bewährten Parteifreundes zum Redakteur einzutreten und in warmen Worten diesen als den geeigneten Mann zu bezeichnen. Einen Wutausbruch hatte dies fähne Beginnen beim „Väterchen“ zur Folge, der inmitten seiner Getreuen thronte. Der Allgewaltige schlug auf den Tisch, daß es krachte und schrie dem vorwitzigen Genossen zu: „Der kommt mir nicht herein, das bulde Ich einfach nicht!“ Wie eine Bombe fuhr dieses „Ich“ unter die versammelten Genossen. Niemand wagte mehr zu widersprechen.“

Diese Erzählung der „Jenaer Zeitung“ ist von A bis Z aus den Fingern gelogen. Weder hat sofort, als ihm vor ein paar Tagen die „Jenaer Zeitung“ mit jener Ungeheuerlichkeit zugelangt wurde, durch Einsandbrief die Redaktion derselben mit Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes aufgefordert, als Verächtlichkeit aufzunehmen; daß die Notiz eine böswillige Erfindung sei, daß er weder in dem erwähnten Hotel noch an einem anderen Orte in Jena eine solche oder ähnliche Unterhaltung über die Anstellung eines Redakteurs gehabt habe.

Wir erwarten, daß nunmehr auch die „Tägl. Rundschau“ diese Verächtlichkeit bringt, anderen Falles sie Weder auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zwingen müßte, dieselbe zu veröffentlichen. Die Verächtlichkeit erwarten wir auch von denjenigen Blättern, die gleich der „Tägl. Rundschau“ die Fälschung der „Jenaer Zeitung“ verbreitet haben.

Die Fleischsteuerung verhängt sich in Nürnberg, wie uns von dort gemeldet wird. Die Regierg beabsichtigt, demnächst eine abermalige Erhöhung der Preise einzutreten zu lassen, inzwischen steigen auch alle anderen Lebensmittel im Preise, die Brotfabriken haben angekündigt, daß vom 20. November ab der Brotpreis um 1 Pf. pro Pfund erhöht wird. Die Stadtverwaltung kann sich nicht dazu entschließen, irgend etwas zu tun, um der Kalamität einigermaßen entgegenzuwirken. Der Magistrat hat den Seefischverkauf

durch die Stadt abgelehnt, weil sie nicht billiger verkaufen könne als die Händler. Im Gemeindefolgeamt stellte zu diesem Beschluß der Demokrat Wirsberger den Antrag, es möge wenigstens einmal ein Versuch mit dem Seefischverkauf gemacht werden. Diergegen wendeten sich nicht nur die Mittelstandsparteier, sondern auch eine ganze Anzahl freisinniger und nationalliberaler Herren, da man die 88 Fischhändler, die in Nürnberg ihr Geschäft betreiben, nicht in ihrem Erwerb schädigen dürfe. Der Antrag wurde auch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Ein Anstreicher in Trier hatte mit einem dort dienenden Soldaten einen Wortwechsel. In der Erregung beleidigte er den Soldaten und tat Äußerungen, die als Majestätsbeleidigungen erachtet wurden. Die Verhandlung, die unter Aufsicht der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung des Mannes zu fünf Monaten und zwei Wochen Gefängnis.

Husland.

Ungarn.

Die Bewegung zugunsten des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist in Ungarn in vollem Fluß. Am Sonntag wurden in der Hauptstadt Budapest wieder große, massenhaft besuchte Versammlungen abgehalten, in welchen mehrere Mitglieder des Kabinetts Fejerbary Reden für Einführung des allgemeinen Wahlrechts hielten. Die Bewegung greift immer weiter um sich und bringt die Mehrheitsparteien des ungarischen Parlaments in die größte Verlegenheit. Als Zeichen dieser Verlegenheit ist auch ein Brief anzusehen, den der ungarische Professor Dr. Leopold Kreutzer an der Hochschule zu Kolozsvar dieser Tage an den Genossen Gebel richtete, in dem er ihn aufforderte, zu erklären: ob er es gut heiße, daß die sozialdemokratische Partei in Ungarn das Lösungswort des allgemeinen Wahlrechts in den politischen Kampf geworfen habe, um die Aufmerksamkeit von dem Brennpunkt des Konflikts abzulenken. Dieser Konflikt bestehe darin, daß die Krone den Standpunkt der Nation, das heißt der parlamentarischen Mehrheit nicht anerkennen könne. Ferner: Ob er billige, daß seine Partei sich auf solche Weise den Bestrebungen der Nation entgegenstelle und in einem Moment das allgemeine Wahlrecht fordere, da man den Willen der Nation vor die Türe setze?

Darauf hat Gebel dem Herrn folgende Antwort erteilt:

Berlin, den 12. November 1905.

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihre offene Anfrage eine offene Antwort: Das ungarische Parlament vertritt nicht die ungarische Nation, viel weniger die anderen in Ungarn lebenden Nationalitäten, die wenn nicht zur ungarischen Nation, doch zu dem seit vielen Jahrhunderten auf ungarischem Boden lebenden Volke gehören.

Das ungarische Parlament ist nicht die Vertretung der ungarischen Nation, sondern der in Ungarn herrschenden Klassen, des Adels, des Großgrundbesitzes, der Geistlichkeit und der Bourgeoisie. Die große Mehrheit der ungarischen Nation ist außerstande, bei dem reaktionären Wahlsystem und dem bei den Wahlen ausgeübten Druck durch Regierung und herrschende Klassen ihre Vertreter in das ungarische Parlament wählen zu können. Die anderen in Ungarn lebenden Nationalitäten sind, obgleich sie die Steuerpflicht und die Militärpflicht, mit einem Wort alle ihnen von ungarischen Staat auferlegten Pflichten erfüllen müssen, von der Möglichkeit, eine Vertretung ihrer Interessen im Parlament zu erlangen, ausgeschlossen!

Ein Parlament, das auf solch einem Basis ruht, hat kein Recht im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln. Und wenn ein solches Parlament sich weigert, wie es das Ihre getan hat und weiter tun wird, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht als Grundlage für die Wahlen zum Parlament anzuerkennen, so verdient es, daß es weggefegt wird, einerlei mit welchen Mitteln. Seine Rechtsstellung beruht auf Usurpation, und Usurpation — und sei sie noch so alt — schafft kein Recht.“

Ich finde es also durchaus natürlich, daß meine ungarischen Parteigenossen sich gegen das ungarische Parlament erklären und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nehmen, von wo sie es bekommen können.

Ich siehe auch nicht an, zu erklären, daß ich für Wort das Urteil unterschreibe, das Ihr Ministerpräsident General v. Fejerbary über die Unfruchtbarkeit und vollkommene Unzulänglichkeit des bisherigen ungarischen Parlamentarismus gefällt hat. Ich wünschte, daß er sein Programm durchführen könnte, das Ungarn erst zu einem modernen Staate machte, was es bis heute nicht ist.

Hochachtungsvoll ergebentz etc.

*) Usurpation - Annahme, widerrechtliche Besignahme. Die herrschenden Klassen Ungarns haben die mit dem Blute des Volkes siegreich geschlagene Revolution zu ihren Gunsten benutzt, um sich zu Herren des Volkes aufzuwerfen, indem sie das ungarische Klassenparlament schufen.

Wahlrechts-Vorpiel.

Budapest, 14. November. (B. G.) Die koalitionsfreundlichen Studenten hielten gestern nachmittags eine Versammlung ab, in der der Universitätsdirektor und alle Verteidiger desselben umflätig beschimpft und dem relegierten Studentenführer Obationen bereitet wurden. Auch die sozialistischen Studenten hielten eine Versammlung ab. Ein Vertreter der sozialistischen Parteileitung erklärte, diese Partei habe beschlossen, jede Versammlung koalitionsfreundlicher und Kerlaker Elemente zu sprengen. Kerlaker Elemente versuchten die Versammlung der sozialistischen Universitäts Hörer zu stören, wurden jedoch in die Flucht geschlagen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Obstruktion.

Die passive Resistenz unter den Eisenbahnern „haut ab“, wie gewisse Blätter sich ausdrücken. In Wirklichkeit sieht es damit so, daß die Obstruktion auf den österreichischen Staatsbahn-Linien beendet scheint. Es ist nämlich von der Regierung die geforderte Lohnerhöhung bewilligt worden, und zwar für die oberen Kategorien um durchschnittlich 10, für die unteren um 20 Prozent. Die Geschichte hat aber einen Haken; denn es versteht sich von selbst, daß die Staatsbahner sich solidarisch mit den Kollegen der Privatbahnen fühlen. Deshalb fordern jene gewisse Garantien, daß auch diesen Zugeständnisse gemacht werden. Hoffentlich führt die tapfer und verständig durchgeführte Aktion zu einem Siege der Arbeiter auf der ganzen Linie.

Norwegen.

Es ist erreicht!

Das Resultat der Volksabstimmung liegt zwar noch immer nicht endgültig vor, indessen fehlen nur so wenige Kreise, daß ihre Zahlen an dem Endergebnis sicherlich nicht mehr rütteln können. Nach den letzten Daten aus 435 Wahlkreisen sind 242 518 Stimmen für und 64 081 Stimmen gegen die Königspleiere abgegeben worden. Das Volk will und wird sich also durchaus die Rechte aufbinden, die andere Nationen so gern entbehren würden. — Nur in 48 Kreisen haben die Republikaner die Mehrheit erzielt, im Amtsbezirk Vratberg in 13 von 23 Kreisen.

Die Regierung hat's sehr eilig. Morgen schon wird sie im Storting einen Gesetzentwurf wegen der Königswahl einbringen. „Nun, du siegst!“ —

Japan.

Japanisches.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tokio gemeldet: Der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses Hono, der der hauptsächlichste Sprecher in der letzten Versammlung war, in der gegen den Friedensschluß Einspruch erhoben wurde, ferner der Abgeordnete

Datsa und die bedeutenden Politiker Yamada und Ogawa sind verhaftet worden unter der Anschuldigung, sich an den in der letzten Zeit stattgehabten Aufhebungen beteiligt zu haben.

Ferner meldet das genannte Blatt aus Tokio, daß auch die Vereinigten Staaten ihre dortige Mission zum Range einer Vorkast erhoben haben, und daß Admiral Togo England mit einem Geschwader besuchen soll, und zwar wahrscheinlich Ende März.

Das halbamtliche Blatt „Kohunin“ meldet, der Kaiser von Japan werde, um bessere Beziehungen zwischen Japan und Japan herzustellen, binnen kurzem den Großfürsten Alexander Michailowitsch nach Japan entsenden und in gleicher Mission werde ein japanischer Prinz nach Russland entsandt werden.

Amerika.

Hearts hohe Stimmzahl.

Die Majorität Mc. Clellans über Heart bei der Stadtwahl in New York ist auf 8485 Stimmen zusammengestumpft. Der Tammanykandidat erhielt 28 851, Heart 225 166 und der Republikaner Jvins 137 049 Stimmen. Für Heart haben die Arbeiter in großen Massen gestimmt; seine hohe Stimmzahl hat Sensation erregt. Er hat alle Schritte eingeleitet, um eine amtliche Nachzählung zu erwirken, und in diesem Bestreben unterstützt ihn der größte Teil der New Yorker Zeitungen. Jvins landete einen Brief an Heart, in welchem er erklärt, daß er Heart als den Gewählten betrachte. Die Tammanyleute sollen viele Wahlbetrugereien verübt und eine Million Dollar in dieser Kampagne verausgabt haben. Tausende von ungültigen Wahlzetteln wurden für Mc. Clellan gezählt, andere tausende Heart geschloßen. Dieser bewies, daß ihm nach Recht und Billigkeit 50 000 Stimmen mehr zukommen. Daß Mc. Clellan seine Position stark verteidigt wird, erhellt man daraus, daß er Alton V. Parker als seinen Advokaten engagiert hat, einen Mann, der im vergangenen Jahre mit Roosevelt um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten kämpfte. Die zahlreichsten und oft sehr hohen Betten auf Mc. Clellan und Heart hatten noch der Entscheidung. Die Nachzählung wird vertögert, bis das amtliche Resultat heraus ist.

Von Tag zu Tag vermehren sich übrigens die Beweise, daß tatsächlich ungeheure Missetaten verübt worden sind. So meldet ein Telegramm aus New York, daß eine Anzahl Wahlen im Hudsonflusse gefunden wurden und daß man bei einem Wähler eine mit Stimmzetteln gefüllte Urne entdeckt hat, an deren Stelle eine falsche eingeschmuggelt worden ist.

Man erwartet, daß viele Verhaftungen vorgenommen werden.

Karl Schurz, der berühmte deutsch-amerikanische Staatsmann — der Vergangenheit, gibt gelegentlich ein kleines Lebenszeichen von sich, aber man merkt: er kann sich in die Gegenwart nur noch schwer zurechtfinden. In Deutschland glauben viele, Schurz, der Befreier Gottfried Kinkel, der Revolutionär von 1848/49, der amerikanische Minister des Innern, sei längst gestorben und begraben. Man wundert sich, wenn man von ihm hört. Bei den letzten Wahlen hat er durch einen Brief an die deutschen Wähler Philadelphias von sich reden gemacht. Nicht der Wahl in New York hat nämlich die Wahl in Philadelphia die allgemeine Aufmerksamkeit in den Vereinigten Staaten erregt, weil sich dieselbe eine Bürgerpartei gegen die in der Stadtverwaltung herrschende Korruption bildete. Es galt daher, einen starken Ring von Politikern, welche die Stadt verkaufen und verrieten, zu sprengen. Die Bürgerpartei rief Karl Schurz zu Hilfe, um auf die zahlreichen deutschen Wähler in Philadelphia einzuwirken. Schurz sandte einen langen Brief an die Deutschen und ermahnte sie, für eine gute, ehrliche Regierung einzutreten. Die „gute, ehrliche Regierung“, das ist noch immer Schurz' größtes Ideal; er sagt selbst in dem Briefe: „Ich lenne keinen wichtigeren politischen Kampf in unseren Tagen.“ Um „die ehrliche Regierung“ zu haben, braucht man seiner Meinung nach nur ehrliche Männer zu wählen. — Am mußte Schurz aber erleben, daß sein Brief von den verschiedenen deutschen Zeitungen in Philadelphia zurückgewiesen wurde und nur in dem sozialdemokratischen „Philadelphia Tageblatt“ Aufnahme fand und redaktionell besprochen wurde. Amerikanische Zeitungen waren liberal genug, Schurz' Brief bekannt zu geben, aber in der deutschen bürgerlichen Presse, die sonst gern mit dem Namen Karl Schurz, paradiert, kennt man den berühmten Landmann nicht mehr, sobald es gegen die eigenen Interessen geht, die mit den Interessen von Korruptionsliken geschändlich eng verknüpft sind. Es sei übrigens bemerkt, daß es der Bürgerpartei zum Glück gelang, den Ring von korrupten Politikern zu sprengen.

Soziales.

Krankengelderhinterziehung. Insbesondere im Dagegeterbe hören die Unterhaltungen an Krankengeldbeiträgen seitens Arbeitgeber nicht auf. Die Beiträge werden den Arbeitern abgezogen, aber nicht abgeliefert und dann — wird über hohe Kosten der Unternehmer gelangt. Dieser Tage sind allein in Berlin verurteilt: durch die vierte Strafkammer des Landgerichts I der Bauunternehmer Kneise wegen Hinterziehung von Krankengeldbeiträgen in Höhe von 68 M. zu 150 M. Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis, fast zu gleicher Zeit durch das Landgericht II der Bauunternehmer Salky Ledw wegen des gleichen Vergehens zu 3 Wochen Gefängnis, ferner der Schlosser und Bauunternehmer Wraeh zu einer Geldstrafe, der Baugeschäftsinhaber J. M. Müller zu 50 M. und der Bauunternehmer Gensle zu 60 M. Geldstrafe.

Was darf ein Zeugnis enthalten? Nach dem Gesetzbuch (Gewerbe-Ordnung, Handelsgesetzbuch § 73, Bürgerliches Gesetzbuch § 630) hat ein Arbeiter einen Anspruch auf Erteilung eines schriftlichen Zeugnisses bei Beendigung seines Arbeitsverhältnisses. Das Zeugnis hat sich über die Art und Dauer der Beschäftigung auszulassen. Der Inhalt hat sich auf Verlangen des Arbeiters auch auf die Leistungen und die Führung zu erstrecken. Diese Vorschriften sind zum Schutze gegen eine Behinderung der Verwendung der Arbeitskraft in einem anderen Betriebe gegeben. Aber selbst diese unzureichenden Vorschriften werden häufig nicht beobachtet, so daß Klagen auf Ausstellung des Gesetz entsprechender Zeugnisse, auf Verächtlichkeit unwarhrer Abschiedsscheine, auf Schadenersatz wegen unrichtiger Zeugnisse unangelegelt Gewerbe-, Kaufmanns- und Amtsgerichte beschäftigen. Vor uns liegt ein von der „Deutschen Buch- und Kunsthandlung“, Gesellschaft m. b. H. in Rosen“ einem Buchbindermeister erteiltes Zeugnis. Das Schriftstück legt Zeugnis davon ab, wie schwer es manchen Firmen wird, ihre elementarsten gesetzlichen Pflichten zu erfüllen und gerade solche Firmenleiter, die nicht Firmeninhaber, sondern deren Angestellte sind, die Stellung der im Betriebe tätigen Arbeiter als die von Hörgen zu betrachten belieben. Das Zeugnis lautet:

Zeugnis.

Herr Joseph Sch. war in der Zeit vom 17. November 1904 bis heute in unserer Druckerei als Buchbindermeister tätig. Mit seinen Arbeiten waren wir im allgemeinen zufrieden, obwohl er es oft an der nötigen Sorgfalt fehlen ließ. Seine Entlassung mußte erfolgen, da er seinem Vorgesetzten in fleghafter Weise den Gehorsam verweigerte, und außerdem in der Zeit der darauf erfolgenden Kündigung, sei es durch Nachlässigkeit oder Abicht, dem Geschäft durch Verderben einer größeren Arbeit schweren Schaden bereitete.

Deutsche Buch- und Kunsthandlung, Gesellschaft mit beschr. Haftung, Josen, 903 Jahn.

Bekanntmachung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert. Die Stadt Jena hat gestern ein Ortsstatut erlassen, das die Besteuerung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Wert verfährt. Jena ist die erste Stadt des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach, die ein solches Statut erlassen hat.

Gewerkschaftliches.

Die vollendeten Rechtsgarantien.

In München sind zurzeit als Folge der letzten beiden Massenaussperrungen zahlreiche Anklagen wegen Vergehens nach § 153 der Reichs-Gewerbeordnung an der Tagesordnung. Es vergeht nahezu nicht eine Sitzung, wo nicht das „Vogelstreckgericht“ die komponierte Ehre einiger zweifelhafter „nützlicher Elemente“ zu reparieren oder wenigstens den Versuch hierzu macht. Dabei tritt eine sehr marante Rechtsunsicherheit zutage, die schon im Interesse einer geordneten Rechtspflege möglichst bald dadurch beseitigt werden sollte, daß Anklagen nach § 153 der Gewerbeordnung stets nur einem und demselben Schöffengericht überwiesen werden sollten. Denn während das eine Gericht den Tatbestand der §§ 152 und 153 nicht gegeben erachtet, weil es sich bei den in Rede stehenden Bewegungen nicht um Streiks zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um Aussperrungen der Arbeiter gehandelt habe und in zahlreichen Fällen aus diesem Grunde auf Freisprechung erkannte, stellen sich wieder andere besetzte Schöffengerichte auf den Standpunkt, daß die Aussperrung der Arbeiter erfolgte zu dem Zwecke, um die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter hintanzuhalten, wo der Tatbestand des § 153 gegeben sei! Verhängnisvoll ist es in diesen Fällen, daß man jenem berichtigten Schöffengericht, der den Austritt der Arbeiter aus ihrer Organisation forderte und dessen Richtunterzeichnung schließlich zur allgemeinen Aussperrung führte, wenig oder gar keine Bedeutung beimißt! — So erhielt am Sonnabend der Maurer Johann Niedau vierzehn Tage Gefängnis, weil er während des „Maurerstreiks“ verfuhr, einen Arbeitswilligen durch Überzeugung am „Streik“ zu bestimmen. Ebenfalls auf 14 Tage Gefängnis wurde das Vergehen des Maurers Rorig Wunder tagiert, der ähnlich handelte wie sein Kollege. Dagegen kamen die Maurer Otto Seibold und Franz Eichner mit drei Tagen Haft frei, weil sie während des Bauarbeiterstreiks durch Drohungen zur Teilnahme am „Bauarbeiterstreik“ zu bewegen suchten. Und am Montag wurde der Zimmermann Rieswimmer von der Anklage des gleichen Vergehens freigesprochen. Die beleidigenden Äußerungen wurden von dem Angeklagten zugegeben. Dagegen befreit der Verteidiger Rechtsanwalt Ruybaum, daß der Tatbestand des § 153 gegeben sei, da es sich nicht um einen Streik zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um eine Aussperrung der Arbeiter handelt, wobei der Mebers, der den Arbeitern eine Chlofigkeit zumutete, die Hauptsache war. Das Gericht würdigte diese Ausführungen und erkannte auf Freisprechung, wobei das Gericht in der Urteilsbegründung feststellte, daß die Zumutung der Arbeitgeber an die Arbeiter, einen derartigen Mebers zu unterschreiben, eine höchst ungerechtfertigte war.

Berlin una Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Kupferschmiede. In der Verbandsversammlung am Montag erstattete der Vorsitzende Korbowicz den Bericht über den Stand des Streiks. Demnach sind zu den 27 Firmen, die bereits bewilligt hatten, keine neuen weiter hinzugekommen. Nicht bewilligt haben 12 Firmen. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bisher 113 Kollegen, 108 stehen noch im Streik. Die Lohnkommission hat sich jüngst schriftlich an den Vorsitzenden der Arbeitgeber-Vereinigung mit dem Gesuchen um Verhandlung gewandt. In der Antwort heißt es unter anderem, die Arbeitgeber hätten zwar ebenfalls den Wunsch, die Lohnbewegung beendet zu sehen, jedoch hielten sie gemeinschaftliche Beratungen für zwecklos, weil dadurch die früheren Beschlüsse der Arbeitgeber nicht rückgängig gemacht werden könnten. Zwar versöhliche sich die Arbeitgeber-Vereinigung nicht der Tatsache, daß sich die Löhne in aufsteigender Tendenz bewegen und auch fernerhin bewegen würden; die gegenwärtigen Forderungen seien aber zu hoch. Deshalb müßten sie es den Geistes überlassen, zu den bereits gemachten Zugeständnissen, Erhöhung des Minimallohnes von 50 auf 52 1/2 Pf. pro Stunde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch an den Vorstand der Berliner Kupferschmiede-Zinnung hat sich der Altpräsident mit dem Antrage gewandt, eine Innungsversammlung zwecks gemeinsamer Aussprache über die Forderungen einzuberufen. Eine Antwort ist bisher jedoch nicht erfolgt, ein Beweis dafür, daß die Innung sich nur noch als Anhängsel der Brandenburger Arbeitgeber-Vereinigung fühlt. — In der Debatte wurde der Stand des Streiks von der großen Mehrheit der Mebers nach wie vor als günstig bezeichnet, indem sie der Ansicht Ausdruck gaben, daß, da der Streik erst drei Wochen gedauert und ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis erzielt habe, gar kein Anlaß zum Nachgeben vorliege. Arbeitswillige seien nur wenige vorhanden, und an Geldmitteln sei ebenfalls kein Mangel. Auch könne die Forderung, 60 Pf. Minimallohn und 10-stündige Arbeitszeit, nicht als unbefriedigend bezeichnet werden. Zuletzt ließ jedoch ganz unermittelt ein Antrag ein, den Streik aufzuheben. Dieser Antrag führte zu einer neuen erregten Debatte, in deren Verlauf beschlossen wurde, zum Sonnabend eine weitere Versammlung einzuberufen, woselbst die Streikenden nur allein über Beendigung oder Weiterführung des Streiks beschließen sollen.

Tarifbewegung der Kartonnierer. Der Tarifvertrag der Kartonnierer, der im September des Jahres 1903 abgeschlossen wurde, läuft am 31. Dezember ab. Bereits am 6. November hatte sich eine Branchenversammlung der Meier mit dem von ihrer Kommission ausgearbeiteten Entwurf zu einem neuen Tarifvertrag beschäftigt, und eine zweite Branchenversammlung, die am Montag bei Feind in der Weinstraße stattfand, beendigte diese Beratungen. Der schließlich einstimmig angenommene Entwurf unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von dem geltenden Tarifvertrag. Es werden nur geringe Verbesserungen verlangt, deren Durchführung voraussichtlich keine großen Schwierigkeiten bereiten wird, zumal da eine verhältnismäßig starke Organisation in der Branche selbst wie auch eine starke Zentralisation, der Buchbinderverband dahinter steht. Besonders wichtig erachtet es, daß für die Bekimnung über Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises eine schärfere Fassung vorgeschlagen wird, und das Umhauen nach Arbeit gänzlich verboten werden soll. Bisher ist es in der Branche leider teilweise noch üblich, daß die Arbeiter durch Anfragen bei den Prinzipalen oder Werkführern, durch Briefe und Karten Arbeit suchen, obgleich keineswegs ein derartiger Arbeitsmangel herrscht, daß er zur Entschuldigung dieses hethelhaften Verfahrens dienen könnte, das dazu führt, daß Arbeitsuchende, die sich an den Nachweis halten, oft ungebührlich lange auf Arbeit warten müssen. — Die Versammlung erteilte der Branchenkommission den Auftrag, unverzüglich mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten und für Durchführung des neuen Tarifvertrages zu sorgen.

Die Leberarbeiter (Weißgerber, Färber) nahmen gestern abend in einer hael besuchten Versammlung Stellung zu dem erneuten Angebote, daß die Unternehmer in einer Sitzung mit der Lohnkommission gemacht hatten. Danach wollen die Fabrikanten gewähren: 3 Proz. Lohnerhöhung, nach weiteren zwei Jahren Stunde Arbeitszeitverlängerung und 5 Proz. Lohnzulage oder aber bei keiner Arbeitszeitverlängerung sofort 5 Proz. Lohnerhöhung und in zwei Jahren ein weiteres Prozent. Die Versammlung beschloß nach mehrstündiger Debatte, das Angebot in geheimer Abstimmung mit 485 gegen 36 Stimmen abzulehnen. Der Kampf geht weiter.

Von der Zigarettenfabrik „Lass“ erhalten wir folgende Zuschrift:

In Ihrer Nummer 267 bringen Sie unter: „Zur Lohnbewegung der Berliner Zigarettenarbeiter“ u. a., daß wir am Sonnabend unseren Arbeitern Lohnabzüge gemacht hätten. — Das ist unrichtig. Es handelt sich lediglich darum, daß einem einzigen Arbeiter bei der Wochenlohnberechnung irrthümlicher Weise „20 Pf.“ zu wenig ausbezahlt wurden. Es war dies aber kein bewußter Abzug, sondern bloß ein Versehen, das bereits richtiggestellt wurde. Es ist umgekehrterweise auch schon mal vorgekommen, daß einem Arbeiter zuviel ausbezahlt worden ist, was ebenso prompt richtiggestellt wurde, wie es in diesem Falle geschehen wäre, wenn der betreffende Arbeiter sofort den Irrtum aufgeklärt hätte.

Hochachtungsvoll

Zigarettenfabrik „Lass“.

Achtung, Maurer! Der Neubau in der Neuen Donaustraße zu Rixdorf, der angeblich von dem Baumeister Kurt Behrendt, in Wirklichkeit von einem Unternehmer Lehmann ausgeführt wird, ist wegen verschiedener Mißstände für organisierte Maurer gesperrt.

Achtung, Eisenformer! In der Gießerei „Deutsche Stahl- und Eisenwerke“, Ober-Schöneweide bei Berlin, haben sämtliche Former und Gießerei-Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Verschiedene Mißstände sowie unangemessene Behandlung der Arbeiter gaben die Veranlassung. — Zugang ist fernzuhalten.

Berichtigung. In der gestrigen Veröffentlichung des Verbandes der Graveure, Bieleure usw. soll es nicht heißen: Friedrichshagen-Berlin, Sektion Berlin, sondern richtig: Friedrichshagen-Berlin, Seestraße.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik in Schlesien.

Nach der „Schlesischen Zeitung“ haben die Bergarbeiter der Wilbensteinsegrube der Direktion ihre neuen Bedingungen überreicht, unter denen sie die Arbeit wieder aufnehmen würden. Die Direktion gab hierauf die Erklärung ab, nicht eher wieder in Unterhandlungen treten zu wollen, bis die Aufnahme der Arbeit erfolgt sei. Sie lehne bis dahin die Forderungen ab.

Der Ausstand in der Wilbensteinsegrube hat sich auf alle Schächte dieser Grube ausgedehnt. Von der gestrigen Frühlingschicht sind etwa 1000 Mann nicht eingefahren.

Auf der konsolidierten Giessegrube hat der Ausstand einen solchen Umfang angenommen, daß die Eisenerzverladungen eingestellt sind. Auf der Kleophasgrube sind von der Belegschaft nur 1200 Mann angefahren.

In Jauer sind Gendarmen gegen die Ausständigen mit scharfer Waffe vorgegangen. Die „Schlesische Zeitung“ meldet, daß ein Gendarm einen Streikenden erschossen, mehrere andere schwer verwundet habe! Der Gendarm selbst wurde schwer verletzt!

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Mülhausen i. El., die am Sonntag, den 12. d. Mts., stattfanden, unterlagen die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften mit durchschnittlich 1650 Stimmen gegenüber den Kandidaten des Kartells der freien Gewerkschaften, welche mit durchschnittlich 2520 Stimmen gewählt wurden. Die Wahlbeteiligung betrug 48 Proz. Das christliche Gewerkschaftskartell hatte eine intensive Geheimagitation unter Vermeidung aller öffentlichen Versammlungen entfaltet.

Die städtischen Arbeiter in Königsberg, die sich in diesem Sommer organisiert haben, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben folgende Forderungen aufgestellt: 1. Einführung der Maximal-Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben auf neun Stunden täglich. 2. Ueberstunden sind nur in ganz besonders dringlichen Fällen zulässig. 3. Wo jetzt eine längere Arbeitszeit besteht, soll sie unverändert bleiben. 4. An Minimallohn werden für die gelehrten Arbeiter pro Tag 4,20 M. gefordert. (Besonders leuchten die Stadtbäder vor noch gar nicht langer Zeit einen sozialdemokratischen Antrag ab, den Minimallohn auf 30 Pf. festzusetzen.) 5. Von Jahr zu Jahr soll der Lohn um 10 Pf. pro Tageschicht steigen, bis 5,20 M. pro Tageschicht erreicht sind. 6. Ueberstunden sind mit 52 Pf. zu bezahlen. 7. Für Nacharbeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh werden 62 Pf. pro Stunde verlangt. 8. An Minimallohn werden für ungelernete Arbeiter 3,50 M. pro Tag gefordert. 9. Der Lohn soll hier auch von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tag steigen, bis ein Lohn von 4,50 M. erreicht ist. Ueberstunden sollen mit 45 Pf., Nacharbeit mit 55 Pf. bezahlt werden. 10. Der Mindestlohn für Feuerleute in der Gasanstalt soll 4,20 M. pro Tageschicht betragen, steigend von Jahr zu Jahr um 10 Pf. pro Tageschicht, bis der Lohn von 5,20 M. erreicht ist. 11. Leute, die an Sonntagen arbeiten müssen, wie Strohkentner, Laternenanzünder usw., sollen den vollen Schichtlohn erhalten, ganz gleich, wie lange ihre Tageschicht dauert. Diese Arbeiter sollen aber jeden dritten Sonntag frei haben. 12. Nacharbeit ist völlig zu beseitigen. 13. Arbeitern, die schon höhere Löhne erhalten, als wie jetzt gefordert werden, darf der Lohn nicht gekürzt werden. — Es gibt in Königsberg etwa 1300 städtische Arbeiter. Davon sind 600 organisiert. Die Forderungen sollen in den Betrieben, in denen Arbeitervereine vorhanden sind, diesen zur weiteren Veranlassung übergeben werden, und in den anderen Betrieben sollen sie vom Verband direkt vertreten werden. — Nun wird die „liberale“ Stadtverwaltung Farbe zu bekennen haben. Sie wurde auch zu dieser Versammlung, in der die Forderungen aufgestellt wurden, eingeladen. Es war aber von den Herren niemand erschienen.

Konstant.

Die französischen Arsenalarbeiter.

Loben den Ausstand proklamiert und gestern früh begonnen; in Rochefort arbeiten von 2900 Mann 250, in Lorient sind nur einzelne Arbeiter zur Arbeit erschienen, die Ausständigen veranfaßten dort eine große Kundgebung. In West erschienen angeblich eine große Anzahl von Arbeitern im Arsenal. Aus Brest, Cherbourg, Lorient und Toulon wird gemeldet, daß die Ausständigen Versammlungen abhalten und truppweise die Straßen durchziehen, wobei sie die Internationale abingen. — In Toulon waren nur etwa 100 Arbeiter zur Arbeit erschienen. Der spät abends bekannt gewordene Beschluß der Arsenalarbeiter, den Ausstand zu proklamieren, veranlaßte die Zivil- und Militärbehörden, über die zu treffenden Maßnahmen eine Einigung herbeizuführen. Man kam überein, die Zivilbehörden mit der Aufrechterhaltung der Ordnung zu betrauen, insofern weigerte sich der sozialistische Bürgermeister von Toulon, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, weswegen schließlich der Unterpräsident mit dieser Aufgabe betraut wurde. In den Arsenalen werden alle Vorkehrungen getroffen, um mit den noch nicht streikenden Leuten die Fortsetzung der dringenden Arbeiten zu sichern. Man beschloß deshalb, die Probefahrten mit den neu fertiggestellten Schiffen auf später zu versetzen.

Verfammlungen.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Der Zweigverein Berlin und Umgegend hielt am 12. November bei Duggenhagen seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom dritten Vierteljahr schließt mit der Einnahmesumme von 75 916,20 M., wozu ein alter Bestand von 61 497,83 M. kommt; ausgegeben wurden 69 157,30 M., so daß der Bestand am Vierteljahreschluß auf 68 256,73 M. angewachsen war. Die Zahl der Mitglieder, die ihre Beiträge voll bezahlt hatten, stieg im selben Zeitraum von 638 auf 822. Nach der Rechnungslegung durch den Kassierer Wötcher hielt Genosse Ernst Bräuner einen Vortrag über „Partei und Gewerkschaften“. Der Redner sprach sich für die grundsätzliche Neutralität der Gewerkschaften aus und erklärte, daß trotz dieser Neutralität die Mitglieder naturgemäß

zum Klassenkampf erzogen würden, und zwar durch die Vorträge in den Versammlungen, durch die Bibliotheken und durch die ganze Agitationsweise. Die Erreichung des idealen, sozialen Zieles der Partei sei nur auf dem Wege der Evolution möglich; wohl würden die Evolutionsperioden vielleicht durch gewaltsame Ausbrüche, Expirationen, unterbrochen, aber durch diese selbst werde eine neue Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt. Dieser Auffassung entsprechend äußerte sich der Redner über die Masse der Arbeiter sowie über die Frage des politischen Massenstreiks, der bei den in Deutschland herrschenden Verhältnissen hier gegenwärtig keinen Erfolg verspreche. Der Redner schloß mit der Bemerkung, daß vor allem eine solche Erziehung der Kinder notwendig sei, daß die jungen Männer als Soldaten sich nicht verführen lassen, auf Vater und Mutter zu schießen. Beim Austausch der Meinungen innerhalb der Arbeiterbewegung solle man sich nur durch vernünftige Erwägungen leiten lassen und keinen persönlichen Gefühlsregungen Raum geben. — In der Diskussion bemerkte Genosse Karg, der ganze Inhalt des Vortrages sei zu verwässert und entspreche in den Grundgedanken wohl manchem in der Versammlung nicht. Es klinge allzu revisionistisch, wenn der Referent von „radikalen Vorfällen“ spreche. In Deutschland seien auf Grund der wieder vorgeschrittenen Aufklärung die Bedingungen für einen politischen Massenstreik in weit höherem Maße vorhanden als in Rußland. — Weitere Redner verlangten nicht das Wort. In seinem Schlußwort erwiderte der Referent auf jene Einwendungen.

Sodann sprach Heidemann über das Ergebnis der diesjährigen Bautenkontrolle, über die bereits im „Bau-Hilfsarbeiter“ vom 4. November ein ausführlicher Bericht erschienen ist. Sie erstreckte sich auf 1671 Bauten, auf denen 12 857 Bauhilfsarbeiter tätig waren, von welchen zurzeit 8870 organisiert waren, und zwar 7828 im Bauhilfsarbeiter-Verband. Die Nachforschungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben ergeben, daß sich das Vertragsverhältnis im allgemeinen gut behaltet hat. Bei 114 Arbeitern konnten die Löhne nicht ermittelt werden; rechnet man diese mit zu den unter Tarif Arbeitenden, so kommt man auf eine Gesamtzahl von 492 Arbeitern, die geringeren Lohn als den tarifmäßigen erhielten; das sind 5,37 Proz. der Beschäftigten. Unter diesen 492 befinden sich viele in den Außenbezirken tätige polnische Arbeiter. Von ihnen ist ein großer Teil auf Regeler Gebiet bei der städtischen Gasanstalt beschäftigt. Bei Aufnahme der Kontrolle haben die Kontrolleure sowie auch die Arbeiter mehr Entgegenkommen gezeigt als früher, und die Kontrolleure wurden nicht, wie es sonst häufig der Fall war, vom Bau verwiesen. — Ferner berichtet Heidemann über die am 7. November getroffene Vereinbarung zur Schlichtung der Grenzstreitigkeiten mit der Sektion der Gips- und Zementbranche des Maurerverbandes. Auf Grund des betreffenden Kartellvertrages wurde vereinbart, daß mit Beginn des Jahres 1906 diejenigen Mitglieder der Maurerverbands-Sektion, die mit der Zubereitung und dem Transport des Materials beschäftigt sind, ohne Eintrittsgeld in den Bauhilfsarbeiter-Verband überreten. Bedingung ist, daß sie ihre Beiträge voll bezahlt haben. Mitglieder des Bauhilfsarbeiter-Verbandes, die ihrer Verpflichtung nach dem Maurerverband angehören sollten, treten unter denselben Bedingungen in diesen Verband über. — Den Mitgliedern des Bauhilfsarbeiter-Verbandes wird alles Mögliche über diese Angelegenheit durch Rundschreiben mitgeteilt. — Des weiteren teilte der Redner mit, daß am 6. Dezember eine Statistik über die Arbeitslosigkeit im Beruf aufgenommen wird, was in Zukunft im Jahre viermal geschehen soll. — Der Kassierer Wötcher machte darauf aufmerksam, daß in den Bezirken, wo das Hausflattern eingeführt ist, gute Erfolge damit erzielt worden sind, und daß dieses System in allen Bezirken durchgeführt werden soll.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. J. Grunzel, System der Industriepolitik, 308 Seiten. Preis 8 M. Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig.
Kascher, Leopold. Wie es in der Welt angeht. Karl 5 Bogen 1 M.
Fouquier, Prof. Dr. Alfred: Die Sozialpolitik, eine soziale Gefahr. Deutsch von Dr. med. Gulton Vorberg. 60 Pf.
G. W. Schiele. Briefe über Landflucht und Polenfrage. 106 Seiten. Preis brosch. 1,50 M., Kart. 2 M., Verlag Grieben u. Reetz, Berlin, W. 30.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Immer dasselbe Lied.

Dresden, 14. November. (B. T. B.) Die Zweite Kammer begann heute die Etatsberatung. Finanzminister Dr. Müger warnte in seinem Finanzprospekt vor allzu großem Optimismus und berührte das finanzielle Verhältnis zum Reich, das er als nicht zufriedenstellend bezeichnete. Auch die starke Zunahme der Reichsschulden, die wegen der Militärarbeitsverpflichtung der Einzelstaaten auf diese rückwirkende Kraft hätten und also im letzten Grunde Landesschulden seien, mahnte zu einer Verminderung der Staatsschulden. Daß die finanziellen Verhältnisse des Reiches nicht weniger als befriedigend seien, werde von keiner Seite bestritten. Die Militärarbeitsverpflichtung der Einzelstaaten sei eine ungemessene. Unaufrichtig drohe der Rückgriff der Reichsforderungen auf die Landesfinanzen. Ob die Reichsfinanzreform hierin Abhilfe bringen werde, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit gar nicht absehen.

Studentendemonstration.

Lemberg, 14. November. (B. T. B.) Heute abend versuchten mehrere hundert Köder des Polittechniums der Universität und Handwerker eine Demonstration vor dem russischen Konsulate zu veranstalten. Polizeibeamte traten ihnen jedoch in den zu dem Konsulate führenden Straßen entgegen und gesteuerte die Demonstranten, die von dort nach dem deutschen Konsulate zogen, wo jedoch ebenfalls die Jungströmen abgesperrt waren. Die Demonstrationen bedarfen die Polizei mit Steinen und gaben mehrere Revolverkugeln ab, so daß die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte, um die Menge zu zerstreuen. Mehrere Studenten und Polizeibeamte wurden dabei verwundet.

Segen der deutschen Politik.

Lemberg, 14. November. (B. T. B.) Sämtliche polnischen Blätter behaupten, die plöbliche polenfeindliche Strömung in den Petersburger Regierungskreisen sei durch den Einfluß Deutschlands herbeigeführt worden.

Ungarische.

Budapest, 14. November. (B. T. B.) Die Regierung hat den Ausbruch der Bester Komitobersammlung, der den Widerstand gegen die Regierung organisiert hat, aufgelöst und den Bester Vizegapan Jajelas, der sich gewickelt hatte, den Weisungen des Obergapan Folge zu leisten, seines Amtes entsetzt.

Generalstreik der französischen Tabakarbeiter.

Paris, 14. November. Das Zentralkomitee der staatlichen Tabakmonopolarbeiter hat beschlossen, den Generalausstand für den 16. d. M. zu proklamieren, falls der Senat den geforderten Reumündentag nicht beschließt.

Paris, 14. November. Der Senat nahm auf Antrag des Ministerpräsidenten Rouvier den Gesetzentwurf an, durch welchen Ergänzungskredite eröffnet werden, die es ermöglichen, die tägliche Arbeitszeit der Arbeiter in den staatlichen Tabak- und Streichholzfabriken auf neun Stunden herabzusetzen.

Zum Streik der Arsenalarbeiter.

Paris, 14. November. (B. T. B.) Nach den letzten bis neun Uhr abends hier eingelaufenen Nachrichten sind in den Arsenalen und anderen Marinestabliements im ganzen 40 Proz. der Gesamtarbeiterschaft ausständig. Die größte Zahl weist Toulon auf, wo von 6500 Arbeitern 6100 ausständig sind.

Gewerkschaft gegen Partei.

Die inneren Verwaltungsangelegenheiten unserer Partei, speziell die Zusammensetzung der Redaktion des „Vorwärts“, sind sicherlich keine gewerkschaftlichen Angelegenheiten; und ebenso wenig wie die sozialdemokratischen Instanzen berechtigt sind, den Gewerkschaften Vorschriften darüber zu machen, welchen Personen sie ihre Vertrauensposten übertragen sollen, ebensowenig haben umgekehrt die Gewerkschaften zu bestimmen, welche Personen die von der Partei ernannten Aufsichtsinstanzen in Vertrauensstellungen berufen oder belassen sollen. Dieser Grundsatze ist so allgemein anerkannt, daß man Verstöße gegen ihn für ausgeschlossen halten sollte, und doch wirkt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften sich zugleich zum Ankläger und Richter in einer reinen Parteifrage, im sogenannten „Vorwärts“-Konflikt, auf, und zwar auf Grund der einseitigen Aussagen des einen Teiles der Beteiligten, ohne den Erklärungen der Gegenseite irgend welche Beachtung zu schenken; ein Verfahren, das nicht nur von einer maßlosen Selbstüberhebung, sondern zugleich von einer befremdenden Befangenheit zeugt, die sich nur aus einer eigenartigen Seelenverwandtschaft des Verfassers mit den ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteuren erklären läßt.

Schon die Ueberricht, welche das „Correspondenzblatt“ als Einleitung seines Aufsatzes gegen den Parteivorstand, die Prehkommision und die neue Redaktion über die Vorgänge im „Vorwärts“ gibt, ist höchst tendenziös zugespitzt. Charakteristisch dafür ist folgende Auslassung:

„Ehe diese Aufklärung erfolgte, spitzte sich der Konflikt zur Kündigungslose Entlassung der sechs Redakteure zu. Der Parteivorstand wollte das Schweigegebot in erster Linie auf den „Vorwärts“ erstrecken. Die Redakteure glaubten ihrer Parteipflicht zuwider zu handeln, wenn sie Angriffe der bürgerlichen Presse aus diesem Anlaß nicht zurückwiesen, und sie wählten mit Zustimmung der beiden anwesenden Parteivorstandsmitglieder eine Notiz im „Vorwärts“ veröffentlicht, die sich gegen die Verteidigung des Parteivorstandes durch die Stummische „Post“ richtete. Diese Veröffentlichung wurde in letzter Stunde durch zwei Redakteure der Minderheit inhibiert und letzteres danach vom Parteivorstand gerechtfertigt.“

Tatsächlich ist keine einzige Person „Kündigungslos“ entlassen, noch sollte irgend jemand „Kündigungslos“ entlassen werden. Die sechs ausgeschiedenen Redakteure haben vielmehr selbst gekündigt und zwar in höchst probatorischer Weise; aber selbst dann haben keineswegs Parteivorstand und Prehkommision sofort die „Sechs“ entlassen, sondern erst, als diese den „Vorwärts“ zur Inzenierung eines Parteistandals benutzten. Doch selbst dann noch wurde streng darauf geachtet, daß keine berechtigten Ansprüche verletzt wurden und jedem der Sechs sein ganzes Gehalt bis zum 1. April nächsten Jahres ausgezahlt.

Zweitens waren die beiden Redakteure durchaus befugt, die Veröffentlichung der „Post“-Notiz zu inhibieren, da nach einem früher vom Parteivorstand und der Prehkommision unter Zustimmung der Gesamtedaktion gefassten Beschluß alle Parteifragen betreffenden Artikel und Notizen vor dem Abdruck der Gesamtedaktion vorgelegt werden mußten, die „Sechs“ sich aber einfach über diesen Beschluß hinweggesetzt hatten.

Diese in den engeren Parteikreisen allgemein bekannten Tatsachen werden nun, um Stimmung gegen die Partei-Instanzen und die neue „Vorwärts“-Redaktion zu machen, vom Verfasser des „Correspondenzblatt“-Artikels einfach ignoriert. Immerhin ist die Schilderung der Vorgänge noch ein Muster von Objektivität gegen die Folgerungen, die der Verfasser daraus zieht. Er sagt:

„Soweit die Vorgänge lediglich innere Parteiverhältnisse betreffen, ist es nicht unsere Aufgabe, uns in diese Auseinandersetzungen hineinzuwagen. Der Streit zwischen der ökonomisch-historischen und der ethisch-ästhetischen Richtung ist ebenso wenig wie der der Radikalen und Revisionisten eine Angelegenheit der Gewerkschaften. Es ist Sache jedes Parteigenossen selbst, in diesen Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Auch der soziale Konflikt, in den die sechs Genossen als Angestellte der Partei gedrängt wurden, berührt die Gewerkschaften nur mittelbar. Das Verhältnis der Angestellten der modernen Arbeiterbewegung ist ein anderes, als das zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist — soll es wenigstens sein. Diese Angestellten dienen nicht der kapitalistischen Profitierung, sondern dem Gemeinwohl der Partei bezw. der Gewerkschaften. Sie stehen sonach nicht in einem Klassen Gegensatz zu ihren Arbeitgebern, sondern in einem besonderen Vertrauensverhältnis als Beauftragte ihrer Genossen und Organisationen. Daraus ergibt sich naturgemäß, daß die Anstellung und Entlassung solcher Kräfte sich nach anderen Maximen vollzieht, als in bürgerlichen Unternehmungen. Das Vertrauen der Genossen ist in erster Linie der Rechtsboden solcher Stellungen; wo dieses fehlt, da tritt der Betreffende zurück oder wird seiner Stellung entsetzt. Dazu kommt selbstverständlich die soziale Pflicht, für den Genossen, dessen Arbeitskraft im Dienste der Gesamtpartei aufgebraucht wurde, auch für den Rest seiner Tage zu sorgen.“

Aber eben weil die Angestellten der Arbeiterbewegung Vertrauenspersonen sind, darf umsomehr verlangt werden, daß man auch ihren Rat hört und daß man ihnen dieses Vertrauen nicht kurzerhand entzieht, ohne sie zu hören und ohne ihnen Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Wenn wir selbst vom Privatunternehmer verlangen, daß er den einzelnen Arbeiter nicht entläßt, ohne ihn zu hören und ohne seiner Verteilung, seien es Arbeiterauswahl oder Gewerkschaft, das Recht der Beratung und Mitentscheidung zu geben, so muß ein solches Recht der Angestellten der Arbeiterbewegung in weit höherem Maße gelten. Der Redakteur, der entlassen werden soll, muß zuvor gehört werden, sonst hätte er niemals das Vertrauen verdient, das ihn zu seinem Posten berief. Das ist so völlig selbstverständlich, daß kein Mensch daran gedacht hätte, es noch besonders im Parteistatut — ausgerechnet im Statut einer demokratischen Partei — zu erwähnen, wie auch niemand im Ernst daran gedacht hätte, dieses Recht zu bestreiten. Der Parteivorstand, der letzteres unternimmt, hat demnach auch lediglich bei der Schwarzmalerei Beifall gefunden, die dem Unternehmer das absolute Recht des „Herrn im Hause“, seine Arbeitskräfte nach Belieben einzustellen und zu entlassen, wahr.“

Dann folgen längere Ausführungen über „kollektiv-Entlassungen“ und darauf heißt es:

„Aber die sechs Redakteure wollten doch nur, weit entfernt, eine schiedsgerichtliche Erledigung ihrer Angelegenheit zu verlangen, gehört werden, wollten sich verteidigen dürfen. Und nicht einmal das wurde ihnen seitens der entscheidenden Instanzen zugestanden, und nicht einmal dann, als die Massenentlassung erwogen wurde, jene gewalttätige Art der Lösung, die sonst nur der Klassenkampf hervorbringt!“

Zu Anfang dieser Ausführungen gibt das „Correspondenzblatt“ selbst zu, daß „der Streit“ nicht eine gewerkschaftliche Angelegenheit ist, und ganz richtig unterscheidet es zwischen einem bloßen

Lohnverhältnis und einem „Vertrauensverhältnis“. Wenige Zeilen später aber ist diese Unterscheidung schon wieder verschwunden und unter Aneignung der Ausdrucksweise gewisser Unternehmerblätter wird von „Arbeitskräften“, „Herrn im Hause“ usw. gesprochen! Motiviert wird dieser Ausfall damit, daß die „Sechs“ vor ihrem Austritt nicht zuvor „gehört“ worden seien. Hätte der Verfasser des betreffenden Artikels sich bei irgend einem Mitglied des Parteivorstandes oder der Prehkommision erkundigt, oder hätte er sich auch nur die Denkschrift beider angesehen, dann würde er gefunden haben, daß zwar die Redakteure zu den Sitzungen, in denen über die Kündigungen verhandelt wurde, nicht zugelassen worden sind, daß aber vorher sowohl eine große Versammlung der Berliner Funktionäre, als kleinere Sitzungen des Vorstandes und der Prehkommision stattgefunden haben, in welchen stundenlang über die Haltung des „Vorwärts“ gesprochen und den ausgeschiedenen Redakteuren Gelegenheiten gegeben worden ist, sich gegen die ihnen gemachten Vorwürfe zu verteidigen und ihre Auffassung zu vertreten. Erst als diese Aussprachen ohne jeden Einfluß auf die Haltung des Blattes blieben, als die Parteinstanzen erkannten, daß alle ferneren Erörterungen zwecklos seien, faßten sie die Absicht, durch Kündigungen eine andere Zusammensetzung der Redaktion herzustellen.

Schließlich leistet sich das „Correspondenzblatt“ noch einen Ausfall gegen die neue Redaktion des „Vorwärts“, indem es schreibt:

„Dann kam das bittere Nachspiel: die Gemahregelten mußten durch andere ersetzt werden, die nur unter dem Odium der Unsolidarität, des unkollegialen Verhaltens die freigewordenen Plätze einnehmen konnten. Mag der Gewissenskonflikt den eintretenden Redakteuren schwerer oder leichter gefallen sein, — so kann es doch für die Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein, daß das Partei-Interesse Handlungen toleriert, die im gewerkschaftlichen Leben als Streikbruch verurteilt werden.“

Der Verfasser des Artikels scheint noch nicht zu wissen, was Streikbruch ist. Erstens kann dann, wenn jemand kündigt, unter Auszahlung aller seiner Forderungen entlassen wird, und darauf ein anderer in der erledigte Stelle tritt, dieser niemals als „Streikbrecher“ gelten, zweitens wird aber von Arbeitern, wenn sie zum Streik greifen wollen, stets diese Absicht den Kollegen vorher mitgeteilt und gemeinsam Beschluß gefaßt. Die aus der „Vorwärts“-Redaktion ausgeschiedenen „Sechs“ haben aber der Minderheit die Absicht ihrer Kündigung vorher verhehlt, so daß diese die erfolgte Kündigung selbst erst durch den „Vorwärts“ erfahren hat.

Von dem Genossen Emil Roth geht uns folgender zum Abdruck im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission“ bestimmter Artikel zur Veröffentlichung zu:

Literatenrevolte und „Correspondenzblatt“.

„Niemand wird der Vertretung der Gesamtpartei und den Berliner Parteigenossen das Recht bestreiten, eine Aenderung in der Redaktion des „Vorwärts“ herbeizuführen, wenn nicht anders möglich durch Kündigung des oder der schuldigen Redakteure im geordneten Verfahren.“ (So im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Nr. 45.)

Würde die Redaktion des „Correspondenzblattes“ dieser vernünftigen und demokratischen Anschauung auch in der Willkür gehuldigt haben, so hätte sie in demselben Artikel nicht die Gewerkschaften aufgerufen, sich rücksichtslos gegen die vom Parteivorstand einschließliche der Prehkommision beliebige Art der Erledigung zu erklären“. Damit erhebt die Redaktion die Gewerkschaften zur Instanz, die über die inneren Parteifragen der Sozialdemokratie zu befinden hat, und fordert die Parteigenossen in den Gewerkschaften zu offenem Disziplinbruch auf. Ein gefährliches Beginnen für eine Redaktion, die wissen sollte, wie notwendig innerhalb der Arbeiterorganisationen die freiwillige Unterordnung unter die selbstgewählten Instanzen ist; denn was das „Correspondenzblatt“ in seinem, der gesamten Gewerkschaftspresse als Manifest zugewandten Artikel über die Verlegung „der elementarsten gewerkschaftlichen Grundzüge“ seitens der Parteinstanzen sagt, kann gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkte als sichthaltig nicht befunden werden, sondern dient augenscheinlich nur zur Verdrängung ganz anderer Ziele.

Nicht man die Verhandlungen des Jenaer Parteitag über den „Vorwärts“ durch, so wird man finden, daß die Berliner Parteigenossen mit der Redaktionsführung der Mehrheit der „Vorwärts“-Redakteure seit langem nicht einverstanden waren, gerade deswegen ihren Antrag auf Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Lokalorgan verlangten, um mehr Einfluß auf die Befragung der Redakteurstellen zu gewinnen. Hieron wußten anscheinend allein die ausgeschiedenen sechs Redakteure nichts oder wollten nichts davon wissen, trotzdem bereits am 17. Juni die Berliner Parteigenossen „scharfen polemischen Ausführungen“ gegen die Haltung des „Vorwärts“ zugestimmt und „der Redaktion zur Beachtung empfohlen“ hatten. „Es wurde aber nicht danach gehandelt“ — riefen die Berliner Delegierten indessen Webel zu, als er diese Tatsachen anführte. Und nachdem man immer wieder diese Erfahrung machen mußte, daß die Redaktion nicht nach dem handelte, was die Parteigenossen beschlossen hatten, da war es der letzteren demokratisches Recht, das zugleich eine Pflicht in sich schloß, für eine andere Zusammensetzung der Redaktion Sorge zu tragen. Ob nun allen Redakteuren oder nur zwei oder drei gekündigt werden sollte, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage — zumal man beabsichtigte, die Gefährdeten in neue Poststellen unterzubringen —, aber welche lediglich die zuständigen Instanzen zu entscheiden hatten. Ebenso ist es nebensächlich, ob bei der Kündigung die Redakteure zugezogen wurden zu den Verhandlungen oder nicht. Oder glaubt man etwa, die 80 Parteigenossen des Parteivorstandes, der Prehkommision und der Vertrauensleute der zuständigen Organisationen Berlin und der Provinz Brandenburg, die gegen 8 Stimmen am 23. Oktober die Kündigung der sechs Redakteure akzeptierten und eine nochmalige Konferenz mit der Gesamt-Redaktion des „Vorwärts“ ablehnten, wären durch die faszinierende Beredsamkeit der „Sechs“ eines anderen befehrt worden nach den vorausgegangenen, langwierigen Auseinandersetzungen? Mit nichten! Höchstens hätte sich die schleichende Krise zum Schaden der Partei noch eine Weile hingezogen, da, nach den bisherigen bandwurmartigen „Erklärungen“ usw. der Sechs zu urteilen, von einer Erledigung der Angelegenheit an einem Abend nicht die Rede sein konnte, wenn den Schluß ihrer Beredsamkeit mit derselben Wüßhauer der düstige Anhalt literarischen Eigenbütels einströmt wäre, wie er in jenen Erklärungen zum Ausdruck kommt.

Hielten sich die Redakteure aber ungerecht behandelt, indem zuerst nur drei von ihnen gekündigt werden sollte, und wollten sich die übrigen der Sechs mit jenen solidarisch erklären, so galt für sie, genau so gut wie für jeden anderen Parteigenossen, nach dem Organisationsstatut die Kontrollkommission als Disziplininstanz und nicht das ihnen zu ganz anderen Zwecken anvertraute Blatt und dessen Leser.

Ja aber auch nach rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkten gilt als Grundsatze, nicht zum Streik zu greifen, zumal gegenüber einem bisher über allen Zweifel erhabenen, „aristokratischen“ Unternehmer, bis alle Mittel friedlicher Verständigung erschöpft sind. Wie gerade das „Correspondenzblatt“ bei seiner Inskanznahme der streikenden oder meinetwegen ausgesperrten Redakteure diese Schuld verleben übersehen konnte, obwohl es unter den gewagtesten Kombinationen den

Parteiinstanzen „Kapitalprozentum“ vorwirft und die jetzigen „Vorwärts“-Redakteure als Streikbrecher bezeichnet, wäre unverständlich, wenn man nicht wüßte, was hinter dem Artikel des „Correspondenzblattes“ steckt.

Das ist der Verein „Arbeiterpresse“, der für seine „gemäßregelten“ Kollegen und gegen eine gewisse Richtung Partei ergreift und schnell Stimmung zu machen sucht. Daher der Versand des Artikels an die gesamte Gewerkschaftspresse, bevor er im „Correspondenzblatt“ erschien.

Ein Gutes wird vielleicht diese Stellungnahme haben: Sie zeigt, daß das kollegiale Standesbewußtsein in manchem der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen mehr ausgeprägt ist als das Klassenbewußtsein. Treiben die Dinge so weiter, so haben wir im Verein „Arbeiterpresse“ als dem Hochverein der Partei- und Gewerkschafts-Angestellten die zukünftige oberste Instanz der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu sehen, die eventuell durch einen Streik der Angestellten den Organisationen ihren Willen aufzwingen wird.

Das ist ja leider kein hohles Schreckgespenst mehr, nachdem bereits gelegentlich des Parteitag in Hannover der Genosse Gioner im neugegründeten Verein „Arbeiterpresse“ einen solchen Literatenstreik empfohlen und jetzt in die Praxis umgesetzt hat, nachdem der Genosse Stämpfer, Inhaber einer Meinungsfabrik und eines Informationsbureaus in Groß-Lichterfelde, „zur prinzipiellen Aufklärung“ den unverständlichen Glaubenssatz aufgestellt hat:

„Stellt sich dabei heraus, daß er (der Redakteur) sich über die Art seiner Redaktionsführung in dauernder Rücksichtbereinstimmung mit seinen Aufsichtsinstanzen befindet, so wird er nicht zögern, sein Amt freiwillig niederzulegen. Wie aber, nie kann eine solche Rücksichtbereinstimmung für seine Arbeitgeber einen rechtmäßigen Entlassungsgrund abgeben.“

Da haben wir neben dem lebenslänglichen schwaibischen Schultzeisen, der neuerdings abgeschafft worden ist, den lebenslänglichen Redakteur in einer sozial-demokratischen Partei, die in ihrem Programm: „Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortung und Haftbarkeit derselben“ proklamiert hat.

So wird das Programm einer „realpolitischen Revision“ unterworfen und das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften“ stellt sich tatsächlich, wenn auch nicht theoretisch — Freund, gran ist alle Theorie! — auf den nämlichen Standpunkt und verlangt von den Gewerkschaftlern, sich diesem Standpunkt „rücksichtslos“ anzuschließen auf Grund der gewerkschaftlichen Prinzipien.

Dieser Standpunkt des „Correspondenzblattes“ kann der deutschen Arbeiterbewegung unberechenbaren Schaden zufügen, denn es ist nicht anzunehmen, daß die „befreundete Arbeiterpartei“, wie das „Correspondenzblatt“ sagt, sich diese Anrempelung des letzteren so ohne weiteres gefallen lassen wird.

Dieser Schaden kann nur überwunden werden, wenn sich die Gewerkschaften rücksichtslos gegen den vom „Correspondenzblatt“ beliebigen Eingriff in die Rechte der Parteinstanzen wenden und die Generalkommission in ihre Schranken mit ihren eigenen Worten zurückweist: „Der „Vorwärts“-Konflikt hat an sich mit der Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun.“

E. Roth.

Aus dem Kasernenleben.

Als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ hatte sich Genosse Wättnier am Dienstag vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Den Gegenstand der Anklage bildete eine im „Vorwärts“ vom 10. Oktober 1904 abgedruckte Korrespondenz aus Offenbach. Dieselbe gibt eine kurze Darstellung vor einer am Offenbacher Schöffengericht verhandelten Beleidigungsklage, die ein Unteroffizier Stolze vom 169. Infanterie-Regiment in Jahr gegen einen Porzellaner Keim angehängt hatte. Keim, dessen Bruder in der Korporalschaft des Unteroffiziers Stolze diente und sich über Mißhandlungen beklagte, hatte aus diesem Anlaß an Stolze einen Brief geschrieben, durch dessen Inhalt sich der Empfänger des Briefes beleidigt fühlte und deshalb gegen den Briefschreiber Klage, der denn auch zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt wurde. Außer diesen Tatsachen gibt unsere Offenbacher Korrespondenz an, in der betreffenden Gerichtsverhandlung sei festgestellt, daß der Bruder des Briefschreibers, der damalige Soldat Leopold Keim, als kranke Mann beim Militär eingetreten, wiederholt vom Unteroffizier Stolze mißhandelt und auf dessen Veranlassung eines Nachts von den eigenen Kameraden verprügelt worden sei. Die Folge dieser nächtlichen Mißhandlung sei eine Verletzung des Rückenmarks, sowie ein schweres Masenleiden, woran Leopold Keim seit jener Zeit zu leiden hatte. Auf eine Beschwerde des Gemißhandelten habe der Unteroffizier gesagt: Keim werde wohl die Prügel verdient haben, dieselben seien übrigens einem anderen, dem Musikier Jögel, zugedacht gewesen. Dem werde es aber noch besorgt werden. Die Mutter Keims habe sich wegen der Mißhandlung ihres Sohnes an den Hauptmann Dänneke gewandt, dieser sei über die Mißhandlungen sehr entrüstet gewesen, habe aber die Mutter gebeten, die unliebsame Besichte nicht an die große Klotz zu hängen, da Webel leider schon zu viel Material habe, das er im Reichstag verwenden könne. — Außerdem macht die Korrespondenz noch Mitteilung von weiteren Mißhandlungen Keims, die in der Offenbacher Gerichtsverhandlung zur Sprache gekommen sind.

Durch den Inhalt dieser Korrespondenz soll sowohl der Unteroffizier Stolze wie der Hauptmann Dänneke beleidigt sein. Der Unteroffizier insofern, als ihm zum Vorwurf gemacht werde, er sei schuld daran, daß Keim infolge von Mißhandlungen, die der Unteroffizier veranlaßt, krank geworden sei. Der Hauptmann fühlte sich dadurch beleidigt, daß in seiner Aeußerung bezüglich Webels, die er nicht getan haben will, der Vorwurf liege, er, der Hauptmann, habe die zu seiner Kenntnis gebrachte Mißhandlung vertuschen wollen. Die Anklage ist erhoben aus §§ 185, 186, 187 des Strafgesetzbuches. Die Anklage behauptet, der Bericht aus Offenbach sei unzutreffend, er gebe als festgestellte Tatsachen an, die das Gericht gar nicht feststellt habe. Das Offenbacher Gericht habe es dahingestellt sein lassen, ob die angegebenen Mißhandlungen wirklich auf Veranlassung des Unteroffiziers Stolze erfolgt seien, und ob die Krankheit Keims als Folge der Mißhandlungen anzusehen sei. Die Beurteilung sei deshalb erfolgt, weil der Bruder Keims in seinem Briefe an den Unteroffizier geschrieben hatte: „Ein rüddiger Hund wäre mir lieber wie Sie.“

Wättnier, der durch Rechtsanwält Heine verteidigt wird, hatte zum Zweck des Wahrheitsbeweises die Vernehmung einer Anzahl von Zeugen beantragt, durch welche die Wahrheit dessen, was in der Offenbacher Korrespondenz enthalten ist, erwiesen werden sollte. Die Zeugen sind kommissarisch vernommen worden. Die Verlesung dieser Aussagen nahm mehrere Stunden in Anspruch. Der wesentlichste Inhalt derselben ist folgender:

Musketier Schmidt II sagte aus, er wisse nicht, ob Unteroffizier Stolze, abgesehen von einem Falle, die Soldaten aufgebordet habe, Kameraden zu schlagen. Der Musikier Webel habe sich im Dienst schlecht gehalten. Unteroffizier Stolze habe zum Zeugen und zum Musikier Haas gesagt: „Wenn Ihr den Weibel heute nicht nicht verhaßt, dann werde ich Euch morgen schwänzen.“ Darauf sei Webel in der nächsten Nacht von den Kameraden verbannt worden. Unteroffizier Stolze habe den Soldaten manchmal, wenn sie nicht aufgehört hätten, die Sturmwaffen am Helm unter dem Sinn sehr fest zugeschmalt, mitunter habe er auch den Soldaten befohlen, diese Prozedur an ihren Kameraden auszuführen.

Zeuge Muskettier Haas erinnert sich nur, daß Unteroffizier Stolze, als Neill mit schlecht gepulvertem Gewehr in den Dienst kam, sagte, einem solchen Manne sollten es die Kameraden ordentlich beibringen.

Zeuge Jäger ist der Mann, der die Prügel bekommen sollte, die Neill in der Nacht erhielt. Er hat von einem Kameraden gehört, daß der Unteroffizier gesagt habe, er werde sie morgen schwingen, wenn sie den Neill heute nicht verhaulen. Darauf, so sagt der Zeuge, einigten wir uns, den Neill in der Nacht zu prügeln. Einer rief in der Nacht: „Alle raus, den Neill verhaulen!“ Ob das der Unteroffizier, der in einem besonderen Verhältnisse schief, gehört hat, weiß Zeuge nicht. Neill, der in einer anderen Stube schlief, wurde nun durchgeprügelt. Am nächsten Morgen fragte Unteroffizier Stolze die Soldaten Schmidt und Haas, ob sie es dem Neill gegeben hätten. Sie antworteten mit ja und Stolze sagte darauf, das sei recht. Der Zeuge gab weiter an, er habe einmal, weil er ein Ohrleidende hatte, ein Kommando überhört. Als Strafe dafür mußte er sich auf Befehl des Unteroffiziers Stolze 30 Mal auf den Boden legen und wieder aufstehen. Als Neill in der Nacht geschlagen wurde, schrie er. Unteroffizier Stolze fragte, was denn los sei und als ihm gesagt wurde, es werde einer verhaulen, meinte der Unteroffizier: der werde es wohl verdient haben. Den Tag darauf — sagte der Zeuge — hörte ich, daß ich eigentlich die Prügel haben sollte, die Neill bekommen hatte.

Andere Zeugen bestätigten, daß Unteroffizier Stolze die Schwere hatte, die Soldaten zur Mißhandlung von Kameraden, die ihm im Dienst nicht genügen, aufzufordern. — Zeuge Heintze sagte aus, Unteroffizier Stolze ist mir in der Instruktionstunde mit einem Buche über das Gesicht gefahren, so daß ich Nasenbluten bekam, er hat mich aber nicht mit dem Buche geschlagen.

Reidweber Wolf weiß nicht, daß Unteroffizier Stolze sich Mißhandlungen zuschulden kommen ließ.

Hauptmann Dönitzke sagte unter anderem aus: Frau Neill bedauerte sich bei mir, daß ihr Sohn mißhandelt und infolge dessen krank geworden sei. Ich sagte ihr, ich werde die Sache untersuchen lassen, habe sie aber nicht erachtet, die Sache nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, auch nichts von Bebel erwähnt.

Leopold Neill gab bei seiner Zeugenvernehmung an, er sei in jener Nacht von Kameraden mit einem harten Gegenstand, anscheinend einem Schmelzeisen, geschlagen worden. Als er schrie, sagte der Unteroffizier, was da los sei. Als er dem Unteroffizier am anderen Tage den Vorfall meldete, sagte dieser, die Schläge habe ein anderer bekommen sollen. Später ließ der Unteroffizier den Muskettier Vogel sehr lange das Gewehr strecken und sagte dabei zum Zeugen Neill: Jetzt kannst Du Dich freuen, das ist der, der statt Deiner Schläge haben sollte. Unteroffizier Stolze hatte die Gewohnheit, Soldaten, die etwas versehen hatten, den Helm sehr fest auf den Kopf schmalen zu lassen, so daß es schmerzte. Einmal stülpte er dem Zeugen den Helm so festig auf, daß er den ganzen Tag Kopfschmerzen hatte. Ein anderes Mal ließ der Unteroffizier sein Gewehr so heftig auf den Helm des Zeugen fallen, daß vom Verschlag eine Schraube lösging und der Zeuge heftige Kopfschmerzen bekam. Gleich nach der nächsten Prügelung wurde der Zeuge Neill unwohl, er konnte den Helm nicht mehr halten und hatte heftige Schmerzen an der Stelle, wo er geschlagen worden war. Da er zu derselben Zeit im Dienst nahe Füße bekam, weil seine Stiefel gerissen waren und er sich infolgedessen erkältete, so könne er nicht sagen, ob seine Krankheit eine Folge der Schläge oder der Erkältung sei.

Aus der Zeugenaussage der Frau Neill, der Mutter des Mißhandelten, ist folgendes hervorzuheben: Als mein Sohn zum Militär kam, war er kerngesund und ein guter Turner. Als er bei seinem ersten Urlaub nach Hause kam, machte er den Eindruck, als ob er krank sei. Meinem Schwiegervater sagte er auch, er fühle sich recht krank. Als ich dies später erfahren hatte, fuhr ich nach Rade zum Hauptmann Dönitzke und sagte ihm, daß mein Sohn mißhandelt und infolgedessen krank geworden sei. Der Hauptmann geriet in Erregung, weil solche Dinge in seiner Kompagnie vorgekommen wären, denn er habe beföhlen, die Soldaten gut zu behandeln. Wenn das wahr wäre, was ich sagte, so werde das ein böses Licht auf seine Kompagnie. Neill sei doch ein guter Junge und ein ordentlicher Soldat, er könne deshalb nicht glauben, daß er so behandelt worden sei. Er habe ja gesehen, daß mein Sohn alle Tage weniger werde, aber krank gemeldet habe er sich nicht. Ich sprach hierauf mit meinem Sohn, da kam der Hauptmann mit dem Reidweber über den Kasernenhof und fragte meinen Sohn, wie sich die Sache verhalte. Mein Sohn wollte nichts sagen. Der Hauptmann fragte: „Warum nicht? Haben Sie zu mir kein Vertrauen?“ Mein Sohn antwortete: „Herr Hauptmann, Sie sind ein guter Mann, aber ich möchte nichts sagen, denn ich mag niemand wehtun.“ — Ich redete meinem Sohne zu, er möge doch die Wahrheit sagen. Darauf gab er zu, daß er geschlagen worden ist. — Der Hauptmann meinte, das werde mein Sohn wohl geträumt haben. Zu mir sagte der Hauptmann: „Nicht wahr, Frau Neill, Sie werden das nicht in die Öffentlichkeit bringen. Was würde der Bebel für ein Geschäft machen, wenn er das erführe. Ihr Sohn kommt ins Lazarett und wird gut verpflegt.“ — Die Zeugin fügte hinzu, sie habe den Namen Bebel damals nicht genannt. Erst aus dem Munde des Hauptmanns hörte sie ihn zum erstenmal. Sie würde die Sache nicht in die Öffentlichkeit gebracht haben. Das sei aber durch den Brief ihres Sohnes Wilhelm an den Unteroffizier geschehen.

Unteroffizier Stolze hat in seiner Zeugenaussage alles in Abrede gestellt, was ihm zur Last gelegt wurde!

Ein anderer Teil der Beweisaufnahme drehte sich darum, ob der im „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht aus Offenbach ein wahrheitsgetreues Bild von der Schöffengerichtsverhandlung gibt. Der kommissarisch vernommene Assessor, welcher die Schöffengerichtsverhandlung leitete, sagte aus, das Gericht habe nicht festgestellt, daß Neill vom Unteroffizier Stolze mißhandelt worden und daß Reims Krankheit eine Folge der Mißhandlungen sei. — Der Amtsanwalt, welcher in jener Verhandlung fungierte, ist dagegen der Meinung, daß die dem Stolze gemachten Vorwürfe doch etwas Wahres haben. Der Verteidiger in jenem Prozeß, Rechtsanwalt Kay in Offenbach, bestätigte, daß der Bericht das Gesamtbild der Verhandlungen in Kürze wiedergegeben habe. Der Amtsanwalt habe in der Verhandlung gesagt, Neill sei durch sein besonderes Geschick, welches er beim Militär hatte, invalide geworden.

Zur Beantwortung der Frage, ob die Krankheit Reims eine Folge der Mißhandlungen ist, sind mehrere Ärzte, teils Militär-, teils Privatärzte, als Gutachter vernommen worden. Aus den verschiedenen Gutachten geht hervor, daß Neill außer seinen Schmerzen in der Seite mit einem Wundenleiden behaftet ist, welches ihn hindert, den Helm zu halten. Er wird als nur zur Hälfte erwerbsfähig angesehen. Es sei wohl möglich, daß das Leiden eine unmittelbare Folge der Mißhandlungen sei, aber mit Sicherheit lasse sich das nicht feststellen, das Leiden könne auch andere Ursachen haben.

Auf Antrag des Verteidigers Reims wurde noch eine Verfügung erlassen, welche Oberst v. Hartmann anlässlich des Falles Reims erlassen hat. Darin wird unter anderem gesagt, daß von einem Disziplinarverfahren gegen den Unteroffizier abgesehen werde, weil die Sache verjährt sei, und weiter wird gerügt, daß die Sache nicht von der Kompagnie aus gemeldet worden sei, um weiter verfolgt zu werden.

Der Staatsanwalt vertritt die Ansicht, der unter Anklage stehende Artikel entspreche nicht den Tatsachen, schon die Form desselben lasse erkennen, daß der Bericht für die Leser des „Vor-

wärts“ zugefugt und in der „Bekanntem Saue serviert“ sei. Es sei nicht erwiesen, daß der Unteroffizier Mißhandlungen veranlaßt, ebensowenig, daß er schuld sei an der Krankheit Reims. Der Hauptmann fühle sich mit Bebel beleidigt, weil ihm eine Verurteilung nachgesagt werde, die ihn als einen Mann erscheinen lasse, der durch vor den Sozialdemokraten habe. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils im „Vorwärts“ und im „Offenbacher Abendblatt“.

Rechtsanwalt Reims führte unter anderem aus: Es sei unbegreiflich, daß in dieser Sache Strafantrag gestellt wurde, nachdem doch der Oberst des Regiments aus Anlaß des Falles Reims dem Hauptmann, wie man zu sagen pflegt, eine Nase ertickt habe, weil er den Fall nicht gemeldet, und da der Oberst auch auf neue verfügte, daß die Soldaten nicht mißhandelt werden dürfen, wenn er auch dahingestellt sein läßt, ob diese Sache sich so wie angegeben verhält. Die Beweisaufnahme habe in vollem Umfange die Wahrheit dessen ergeben, was in dem Artikel gesagt wird. Festgestellt sei, daß der Unteroffizier Stolze Mißhandlungen veranlaßt hat, und daß dies seine Gewohnheit sei. Es sei ferner festgestellt, daß der Unteroffizier Kenntnis von den Mißhandlungen hatte. Festgestellt könne ja nicht werden, ob Reims Wundenleiden eine Folge der Mißhandlungen sei, aber das Gegenteil sei auch nicht erwiesen. Nach alledem könne sich der Unteroffizier nicht beleidigt fühlen. Aber auch der Hauptmann sei nicht beleidigt. Von ihm sei nichts weiter behauptet, als daß er eine für ihn und seine Kompagnie unangenehme Sache nicht in die Öffentlichkeit gebracht haben wollte. Wenn auch der Hauptmann die auf Bebel bezügliche Äußerung nicht gemacht haben wollte, und der Reidweber, welcher dabei stand, sie nicht gehört habe, so stehe dem doch die ganz bestimmte durchaus glaubwürdige und auch nach Lage der Sache sehr wahrscheinlich klingende Aussage der Frau Neill und ihres Sohnes entgegen. Sollten in dieser Hinsicht noch Zweifel obwalten, so beantrage er, diese vier Zeugen nach Berlin zu laden, damit sie in mündlicher Vernehmung gegenüber gestellt werden können. Im übrigen beantrage er Freisprechung.

Nach längerer Beratung fällt der Gerichtshof folgendes Urteil: Eine Verleumdung des Unteroffiziers Stolze liege nicht vor. Es sei festgestellt, daß sich der Unteroffizier nicht nur der Mißhandlung schuldig gemacht, sondern was noch viel schlimmer ist, er habe sogar seine Untergebenen angehetzelt, ihre Kameraden zu mißhandeln. Der Unteroffizier sei demnach nicht beleidigt. Eine Verleumdung des Hauptmanns Dönitzke liege aber vor. Das Gericht nahm an, daß der Hauptmann die ihm in den Mund gelegte Äußerung nicht getan habe. Wenn einem höheren Militär nachgesagt werde, er habe zu der Mutter eines mißhandelten Soldaten gesagt, sie solle nichts in die Öffentlichkeit bringen, damit Bebel die Sache nicht im Reichstage vorbringe, so sei dies der Vorwurf der Feigheit. Mindestens aber würde eine solche Unterstellung den Vorwurf enthalten, daß der Hauptmann in seiner Stellung nicht angemessenes Verhalten zur Schau getragen habe. Eine Gegenüberstellung der Zeugen könne kein anderes als das hier festgestellte Resultat haben. Dadurch, daß in dem Artikel die auf Bebel bezügliche Äußerung im Druck besonders hervorgehoben sei, solle geprübelt werden mit der Furcht, die der Hauptmann angeblich vor den Sozialdemokraten habe. Aus diesen Gründen werde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, auf Verurteilung der betreffenden Exemplare des „Vorwärts“ erkannt und dem Hauptmann Dönitzke die Befugnis erteilt, das Urteil im „Vorwärts“ und im „Offenbacher Abendblatt“ zu veröffentlichen.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Lindenwalde beschloß nach eingehender und übereinstimmender Aussprache folgende Resolution:

„In der Erwägung, daß dem Parteivorstand und der Preßkommission des „Vorwärts“ das Recht, in der Zusammenfassung der Redaktion Änderungen vorzunehmen, nicht verweigert werden darf, insbesondere wenn es sich darum handelt, eine den Grundgedanken der Partei entsprechende Haltung des Zentralorgans herbeizuführen, erklärt sich die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Lindenwalde mit dem Vorbesatz des Parteivorstandes und der Preßkommission einverstanden. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste das übertriebene Handeln der ausgeschiedenen Redakteure, welches den Anschein erweckt, ihrem Vorgehen liege persönliches Rachegefühl zugrunde. Ebenso verurteilt die Versammlung die auf die Unterstreichung der reaktionären Redakteure gerichtete Stellungnahme der „Brandenburger Zeitung“. Die Versammlung erwartet auf das bestimmteste, daß sich die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ nicht wieder durch persönlich-kollektive Empfindungen zu einer derartigen, die Parteibewegung schädigenden Handlung verleiten läßt.“

Es versteht sich, daß die „Brandenb. Ztg.“ sich mit Händen und Füßen gegen dies ebenso unzweideutige wie zutreffende Urteil wehrt.

Auch die Kreiskonferenz des Wahlkreises Duisburg-Rhein-Oberhausen, welche von sämtlichen Orten des Kreises zahlreich besetzt war, nahm am letzten Sonntag Stellung. Der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Hengsbach, ging in längeren Ausführungen auf die ganze Materie ein und verurteilte ganz entschieden, unter Zustimmung der Konferenz, daß der Raum unserer Parteipresse durch diese Angelegenheit in einer die Partei schädigenden Art und Weise mißbraucht werde. Folgende Resolution, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige Kreiskonferenz der organisierten Sozialdemokratie des Wahlkreises Duisburg-Rhein-Oberhausen spricht dem Parteivorstand in Sachen der „Vorwärts“-Redaktion ihr volles Vertrauen aus.“

Sie ist der Meinung, daß eine Redaktion, die sich fortgesetzt in Gegensatz zu der in der Partei allgemein geltenden Auffassung (siehe Dresdener Resolution) stelle, oder auch durch ihre Überzeugung glaubte stellen zu müssen, schon längst hätte die Konsequenzen ziehen und ihre Mündigkeit einreichen müssen. Der einzige Vorwurf, der scheinbar dem Parteivorstande gemacht werden könnte, ist der, daß er allzulange eine unangebrachte Rücksicht mit den Schädlingen an unserem Zentralorgan übte, die allerdings nur in dem Bestreben, einen Parteienandal zu vermeiden, ihre Erklärung und Entschuldigung findet. Die Kreiskonferenz ist weiter der Meinung, daß diese die Partei schädigende Polemik seitens der Parteipresse jetzt zu schließen ist, und verweist die frühere „Vorwärts“-Redaktion mit ihren Beschwerden an den nächsten Parteitag in Mannheim.“

Aus Regensburg, den 13. November 1905, wird uns im Einverständnis mit anderen Genossen von dem dortigen Vertrauensmann geschrieben: In der Streitfrage betreffs „Vorwärts“-Redakteure wünschen die Regensburger Parteigenossen, daß die Polemik und gehässige Schreibweise gegen den Parteivorstand von seiten einzelner Parteiorgane bald zu Ende sein möge. Wir haben wahrlich gerade in dieser Zeit Verleseres zu tun, als tagtäglich ellenlange Artikel verschiedener Personen zu verdauen, die nur zum Gaudium unserer Gegner dienen. Die Annahme gewisser Parteiführer wirkt elenderregend. Es scheint, als wäre die Partei und ihre Presse dazu da, den angeblich „Entrüsteten“ ihre Sentenzgelüste zu befrichtigen. Der Verlust, die Partei und Gewerkschaften gegeneinander scharfzumachen, muß ganz entschieden zurückgewiesen werden. Die Erklärung des Parteivorstandes und der Preßkommission hat den Schleier gelüftet, so daß der Ausspruch Bebel's in Dresden: „Seht Euch die Leute zweimal an, ehe Ihr dieselben auf Vertrauensposten setzt“, heute erst recht seine Berechtigung hat. Das Vertrauen zum Parteivorstand wird trotz aller Hege selbst in dem schwarzen Regensburg nicht erschüttert

werden können. Dagegen werden unsere Gegner die „Münchener Post“ in ihren blauen Klappen wohl aufbewahren und uns bei der Agitation unser eigenes Organ unter die Nase reiben.

Aus Mittweida, den 13. November, erhalten wir dagegen folgende Mitteilung: In der am 11. November stattgefundenen, zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Mittweida und Umgegend kam auch der „Vorwärts“-Konflikt zur Debatte. Es wurde hierüber von allen Rednern ausnahmslos das Verhalten des Parteivorstandes aufs entschiedenste verurteilt und darauf hingewiesen, daß dieses Verhalten nicht nur gegen jedes demokratische Prinzip verstößt, also um unserer selbst willen zu verurteilen ist, sondern auch das Ansehen der Partei auf das empfindlichste schädigen wird. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Organisationsleiter der drei Hamburger Wahlkreise haben am letzten Sonntag einstimmig beschlossen, nächsten Freitag eine allgemeine Versammlung der Hamburger Parteigenossen abzuhalten, um zu dem „Vorwärts“-Konflikt Stellung zu nehmen und Genosse Bebel als Referenten einzuladen. Weiterer hatte Bedenken, die Einladung anzunehmen, und unterbreitete die Angelegenheit dem Parteivorstand. Dieser beschloß einstimmig, die Hamburger Genossen zu ersuchen, vom dem Vorhaben, Bebel zum Referenten zu bestellen, abzuziehen. Es geht nicht an, daß Bebel, der persönlich in die Konfliktangelegenheit verwickelt ist, als Referent auftritt, auch werde damit die ganze Angelegenheit aufs neue aufgerollt und die Polemik beginne womöglich von vorne.

Zur Hordheraffäre erhalten wir folgende Erklärung: Seit Wochen wird das Gerücht über mich verbreitet, ich hätte als Hordher an der Tür die interessantesten Beratungen der sozialdemokratischen Geheimrat am 8. Oktober abends belauscht. Obwohl in einer Anmerkung der Redaktionsnotiz das Gerücht der gebührenden Überprüfbarkeit überliefert wurde, wird es gleichwohl fortgesetzt. Es bleibt daher nichts übrig, als dieses bedeutsame Parteieignis feierlich klarzustellen. Bei Beginn der betreffenden Sitzung, zu der die Redaktion eingeladen war, waren Schröder und ich anwesend; es war uns völlig unbekannt, daß Mündigkeitsfragen behandelt werden sollten und daß man Schweigegebote erachtete. Ein Genosse der Preßkommission ersuchte die anwesenden Redakteure, sich einzustellen zu erkennen, weil zunächst eine andere Angelegenheit zu besprechen sei. Da Genosse Singer uns zuvor angelegt hatte, daß diese andere Angelegenheit redaktionelle Verhältnisse betreffe, so erregte der Vorgang unser höchstes Erstaunen und unsere ganze Enttäuschung. Mehrere Kollegen erklärten, daß sie ihre redaktionelle Arbeit für die nächste Nummer des Blattes vollendet hätten und unter diesen Umständen überhaupt nicht warten wollten, bis es den Genossen gefallen werde, uns herbeizurufen. Die Kollegen verließen die Redaktion, Schröder und ich blieben zurück, da wir noch einige Arbeiten zu erledigen hatten, es wurde ein Lokal vereinbart, wo wir uns treffen wollten. Bald darauf ging auch Schröder, während ich noch zu tun hatte. Als dann meine Arbeit vollendet war, entschloß ich mich gleichwohl, noch auf der Redaktion zu bleiben. Obwohl ich sehr enttäuscht war über die brisante Hinausweisung aus der Sitzung, glaubte ich, die Redaktion sei es der Preßkommission schuldig, daß wenigstens ein Redakteur zur Stelle und zur Verfügung bleibe, da ja nur unsere „einstufige Entfernung“ gewünscht worden war. Ich blieb in meinem Arbeitszimmer, ich wartete und wartete, ob es den wertigen Genossen gefallen werde, uns herbeizurufen oder uns mitzuteilen, daß wir für diesen Abend endgültig überflüssig seien. So verging längere Zeit, ich war sehr ärgerlich über die Zumutung, daß ich anscheinend zwecks so lange Zeit warten sollte, ich war wiederholt auf dem Sprunge, in die Sitzung zu gehen und zu fragen, ob mein Bleiben an diesem Abend noch gewünscht werde. Als immer und immer noch keine Mitteilung aus der Sitzung kam, eilte ich zum Konferenzsaal, wo die Sitzung stattfand, um mir Bescheid zu holen. Ich zögerte an der Tür, weil es mir doch wieder nicht angenehm war, mitten in einer Sitzung, aus der man mich so unparteiisch hinausgewiesen, einzubrechen. Daß ich dabei ganz und gar nichts von den welt-historischen Geheimnissen, die hinter der Blase sich zutragen, erfahren habe, ist bereits festgelegt worden, ich erfuhr von den Vorgängen in der Sitzung erst drei Tage später durch meine Kollegen. Die Absicht, in die Sitzung einzutreten, kam dann auch nicht zur Ausführung, ich wandte mich vielmehr an Genossen Preßhalter im benachbarten Sekretariat, er möge hineingehen und fragen, ob ich noch länger warten soll oder für heute nicht mehr gebraucht werde. Preßhalter ging hinein und brachte mir die Mitteilung, daß mein Warten nicht erforderlich sei. Es sei noch bemerkt, daß die Stelle, auf der ich die Miksetat begangen haben soll, innerhalb der Redaktionsräume gerade diejenige ist, die am allerungeeignetsten für jemanden wäre, der den Wunsch hätte, Geheimnisse zu belauschen; sie ist von drei Seiten offen zugänglich und hell beleuchtet, gerade dort befindet sich die stets geöffnete Tür des Sekretariats, durch welche andauernd Verkehr stattfindet. Vielleicht hat die Parteileitung die Güte, eine Sonderbeilage des „Vorwärts“ mit einem Situationsplan des graufigen Ereignisses herauszugeben.

Aus diesem Tatbestande ist die sogenannte Hordherlegende entstanden. Es kennzeichnet die Sitten, die bei uns eingerissen sind, daß man die Geschichte in die Öffentlichkeit gebracht hat, ohne auch nur mich zur Rede zu stellen, ohne mir irgendwie Gelegenheit zur Aufklärung zu geben.

Ich halte es für tieftraurig, daß Angehörige einer Partei, welche die höchsten Aufgaben verfolgt, sich auf das Niveau berartigen Altwelberklatsches herablassen. Mit Parteigruß

G. Gradnauer.

Auf diese Erklärung haben wir lediglich zu entgegnen, daß die Hordheraffäre schon in der ersten Denkschrift des Parteivorstandes und der Preßkommission kurz erwähnt worden ist. Die sechs haben darauf in ihrer Rechenschaft in spöttischer Weise geantwortet, wie in derselben nachgesehen werden kann. Empfind Gradnauer das Verdämiß, die Angelegenheit unterzuden zu lassen, so konnte er das längst verlangen, um dem „Altwelberklatsch“ ein Ende zu machen. Das hat er aber unterlassen. Nachdem dann zum drittenmal die Hordheraffäre in der Wilmersdorfer Versammlung — siehe Bericht im „Vorwärts“ Nr. 266 — erwähnt und bestritten wurde, war es geboten, den Sachverhalt, wie ihn die Mitglieder des Parteivorstandes und der Preßkommission kennen lernten, öffentlich mitzuteilen. Es liegt für uns kein Grund vor, etwas von unserer Darstellung zurückzunehmen.

Neben die Jaure's-Versammlung und die Lichterfelder Meinungs-fabrik lesen wir in unserer Leipziger Bruderorgan, nachdem es im Anschluß an den Schluß der letzten Vorstandserklärung nochmals ausspricht, daß sich die Partei zu der jetzigen Lösung unhaltbarer Zustände beglückwünschen darf, folgendes:

„Das geht auch aus einer besonderen Erklärung des Parteivorstandes hervor, wonach die geplante Jaure's-Versammlung dieses Sommers — deren Gestaltung, wie sich unsere Leser erinnern werden, Eisker in unwürdiger Weise vom Reichsanwalt zu erbeten suchte — von eben diesem Eisner, mit der größten Heuchelei hinter dem Rücken des Parteivorstandes herbeigeführt worden ist. Da darf sich der Parteivorstand allerdings den Vorwurf der Halbheit nicht ersparen. Denn statt wegen dieses unqualifizierten Verhaltens“ an Eisner „Vorwürfe“ zu richten, hätte er ihm damals schon die Tür weisen sollen.“

Derweil erheben sich die Arbeitermassen, wie wir vorausgesehen hatten, immer rücksichtsloser gegen den Spießfuß; man kann sogar schon die häßlichsten Szenen solcher Ständele beobachten, nämlich wie die Ratten das stinkende Schiff verlassen. In Voraussicht unangenehmer Konsequenzen“ erteilt die Stämpfische Meinungs-fabrik ein Rundschreiben an ihre Abnehmer, worin sie treuherrig verkündet, sie habe ja gar nichts getan, als „private Informationen“ verpaidt.

In der Tat — dieser Meinungsfabrikant, der Tag für Tag gegen die Berliner Partei-Instanzen hinter deren Rücken gehet und durch seine „privaten Informationen“ die große Mehrzahl der Partei-Organen auf falsche Fährte gelockt hat, von der die meisten inzwischen beäugt zurückgekehrt sind, dieser selbe Meinungsfabrikant stellt sich jetzt als verkannter Wiederkehrer hin, der mit frohem Gleichmut die „ihm unangenehmen Konsequenzen“ tragen will, zu denen der „persönliche Kampf gegen ihn“ führen könnte.

Soffentlich machen sich die mit so tragischem Weltweh angelegenen Parteireaktionen nicht auch noch einer „Halbheit“ schuldig, wie sie der Parteivorstand nunmehr nachträglich an seinem Teile beilagt.

Die Redaktion des „Vorwärts“ muß jetzt leider auf den — Genuß der Produkte der Lichterfelder Meinungsfabrik verzichten; sie bekommt sie nicht mehr zu Gesicht.

Ueber den Genossen Hue und die „Vergarbeiter-Zeitung“ wird der „Leipziger Volkszeitung“ noch aus Vochum geschrieben: „Der böswärtige politische Gegner kann nicht schlimmer gegen die Partei und den Parteivorstand wüten, als es in der „Vergarbeiter-Zeitung“ durch den Abgeordneten Hue geschieht. Seine vorausgegangenen Artikel im Vochumer „Vollblatt“ lassen zur Genüge erkennen, daß kein anderer als Hue der Verfasser des ungeheuerlichen Separatistens in der „Vergarbeiter-Zeitung“ ist. Hue beiduldigt den Parteivorstand, mit der Vernichtung Dülwells und der Genossen Luxemburg habe er einen Schlag gegen den Vergarbeiterverband geföhrt. Man wisse „nimmere ganz genau, wie man im Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei zum Verband der Vergarbeiter siehe“. Die Gewerkschaften sind durch Reabesetzung der „Vorwärts“-Redaktion vor den Kopf geschlagen worden.“ So ist der Artikel eine einzige Hege, distilliert von maßlosem persönlichen Haß; daß weiß jeder organisierte Vergarbeiter und Parteigenosse im Mehrere. Daß Hue seit Jahren ein persönlicher Gegner Dülwells ist, ist bekannt; und jetzt erachtet Hue die Berufung Dülwells als passende Gelegenheit, seinen Nachgefolgten zu töten. Da werden nicht bloß die Interessen der Partei außer acht gelassen, da bringt Hue es sogar fertig, die Gewerkschaften gegen die Partei anzukleben! Hier in Vochum glaubt niemand daran, daß die Verbandsleitung mit seinem Artikel einverstanden ist, wenn gleich durch die Hineinziehung Sachses der Ansehens erwidert werden soll. Man glaubt hier vielmehr mit gutem Grund, daß gerade der Vorsitzende Sachse einen gegenteiligen Standpunkt einnimmt. Daß Seimpeters derselben Meinung ist wie Hue, ist selbstverständlich. In den Kreisen der Genossen und der Vergarbeiter herrscht aber lebhafter Unwille über die unverantwortliche Hege der „Vergarbeiter-Zeitung“.

Zu dem schon eher im „Vollblatt“ erschienenen Artikel wurde in einer Parteiverammlung in Vochum eine Aussprache herbeigeföhrt. Alle Redner, bis auf Seimpeters, nahmen eine gegenteilige Stellung ein; die Debatte soll nächstens weitergeführt werden. Man will wissen, Hue wolle dann die „Kabinettsfrage“ stellen, aber man denkt sich das Seinige davon. Durch solche Reden sucht man einem Mißtrauensvotum zuvorzukommen. Denn die Verantwortung einer Reuwahl nehmen die Genossen nicht sehr gerne an sich.

Wir bitten die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ um Aufnahme dieses Artikels, damit man im Lande erfährt, daß Hue in Vochum mit seiner widerlichen Hege nahezu allein steht.

Personalien. Von den aus unserer Redaktion ausgeschiedenen Redakteuren ist, wie wir schon berichteten, Wegler an das „Vollblatt“ in Vochum berufen; jetzt will ein bürgerliches Blatt, das rheinisch-westfälische Scharfmacherorgan, wissen, daß Wegler an der Redaktion der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in Dresden eintritt. Die Parteipresse übernimmt diese Mitteilung bisher ohne Widerspruch, obwohl sie auch eine nahegelegene bloße Kombination sein könnte, da Gradnauer bekanntlich Abgeordneter für Dresden-Außstadt ist. Unser Dresdener Bruderorgan selbst hat sich, soweit wir sehen, noch nicht geäußert.

Ein Parteitag für das westliche Westfalen
fand am 11. und 12. November in Bitten statt. Zu dem Agitationsbezirk gehören die Wahlkreise Dorimund, Vochum, Hamm-Sooft, Reddinghausen-Vorlen, Arnberg, dieselben wurden vertreten durch 68 Delegierte. 6 Kreisvertrauensleute sowie die Reichstagsabgeordneten Bömelburg, Sachse und Hue waren anwesend. Auf die Wahlkreise entfallen 34 Vereine mit 4052 Mitgliedern sowie 2933 Genossen, welche nur Parteimarzen haben. In der Diskussion geht Genosse Wolf-Vochum auf die Versammlungen nach dem Vergarbeiterstreik, sowie auf die Kommunalwahlen näher ein und bedauert, daß man es bei verschiedenen Wahlen verstanden hat, sich als Sozialdemokraten zu bekennen, und sich erstreckte unter dem Deckmantel Arbeiterpartei; hier müsse eine Änderung eintreten. Bömelburg wendet sich gegen die Anstellung eines besoldeten Beamten für Reddinghausen, da eine Bewegung aus den Kreisen selbst herauswachsen müsse. Er verteidigt die auswärtigen Redner beim Vergarbeiterstreik; es seien zu wenig eigene Kräfte im Bezirk vorhanden. Landesvertrauensmann König gab folgenden Bericht: Nach Beendigung des Vergarbeiterstreiks sollte die Agitation ganz energisch betrieben werden und erhielt ich von Berlin vom Parteivorstand 1000 M. zur Agitation geschickt. Wir haben Versammlungen abgehalten, doch war der Besuch nicht besonders, da es an bekannten Rednern mangelte. Die Flugblattverteilung hat auch viel zu wünschen übrig gelassen. Die Frauenbewegung geht nur langsam vorwärts, da wir zunächst die Männer intensiv bearbeiten müssen. Die Agitationsbroschüre „Wahrheit“ löst an ihrer Verbreitung viel zu wünschen übrig. Die augenblickliche Auflage beträgt 8000. Die Einnahmen betragen 842,79 M., die Ausgaben 834,23 M., so daß ein Bestand von 8,56 M. vorhanden ist, dazu stehen 250 M. Forderungen aus. Redner geht auf die Gemeinderatswahlen ein, wo 3. B. in Gelsenkirchen ein Mitglied zu verzeichnen ist, wogegen die Gemeinderatswahl in Camen sehr gut ausgefallen ist; unsere Genossen erhielten bei der ersten Beteiligung 206, die Gegner 304 Stimmen. Die Kleinarbeit muß energisch betrieben werden, wir müssen im nächsten Jahre im Reich der Organisation stehen. — Kühler-Reddinghausen spricht für die Anstellung eines besoldeten Beamten. Es wird dann folgende Resolution Wolf angenommen:

Der Provinzialparteitag für das westliche Westfalen empfiehlt den Parteigenossen wiederholt auf das dringlichste, den Kommunalwahlen ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Der Wahlkampf soll jedoch in jedem Falle partei-offiziell geführt werden. In all den Fällen, wo seitens der Behörden den Arbeitern die Beteiligung an der Wahl durch schärfste Festlegung der Wahlzeit unmöglich gemacht wird (wenn sie nicht anders eine Schlichterbestimmung wollen), soll energisch Beschwerde geführt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung. Referent König: Entwurf zu einem Organisationsstatut. Derselbe ersucht, den Entwurf anzunehmen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen, welche Änderungsanträge begründeten.

Am zweiten Tage fand zur Debatte der Entwurf des Organisationsstatuts. Der Entwurf schlägt vor, als Mindestbeitrag 20 Pf. zu erheben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen und nunmehr zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen des Entwurfs übergegangen. Dieselben wurden mit einzelnen kleinen Änderungen angenommen. Als Mindestbeitrag wurden 30 Pf. pro Monat festgelegt. — Reichstagsabgeordneter Bömelburg referierte dann über die politische Lage. Ueber die Entwicklung der politischen Parteien unter spezieller Berücksichtigung des Ruhrgebietes sprach Reichstagsabgeordneter Hue. Gerade im Ruhrgebiet seien die großen Entscheidungsschlachten auf wirtschaftlichem Gebiet geschlagen worden. Es werde der Kampf nicht mehr, wie 3. B. in der französischen Revolution, in den großen Städten geschlagen, sondern in den großen Industriezentren. Der eigentliche Feind der Sozialdemokratie sei das Zentrum. Dasselbe hat fortwährenden Stimmengewinn erhalten in jenen Domänen, wo es Boden hat unter der katholischen und kleinbäuerlichen Bevölkerung. Das Zentrum sei schon deshalb der größte Feind der Sozialdemokratie, weil es unentwegt als festes Ziel die Stärkung der Reaktion im Auge habe. Die Zentrumspartei sei die herrschende Partei im Parlament, ohne ihre Zustimmung könne nichts zustande kommen. Seine weiteren Ausführungen gipfelten darin, daß die Sozialdemokratie ihre Taktik im Kampfe einer Revision unterziehen müsse. Wenn es ihr gelinge, die richtige Opportunitätspolitik zu finden, so wird es auch gelingen, das Zentrum zu besiegen. Daß der Katholizismus nicht ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei, zeigen die Erfolge derselben im Ruhrgebiete. Er gibt die Anregung, in Broschürenform die Geschichte der Entwicklung der Sozialdemokratie im Ruhrgebiete herauszugeben. Nach parteigeschichtlichen Kernsätzen aus dem Kulturkampf usw. und vergleichenden Betrachtungen über die Entwicklung der einzelnen Wahlkreise gipfelten die weiteren Ausführungen des Redners darin, daß es verfehlt sei, eine radikale Sozialdemokratie zu züchten. Der Schwerpunkt müsse gelegt werden auf die sachliche Schilderung der Entwicklung des Großkapitals. Diese Agitation macht unzweifelhaft Eindruck, weil sie nicht durchsetzt ist mit einer persönlichen Agitation, die notwendigerweise Kreise vor den Kopf stoßen wird, welche zwar ihrer wirtschaftlichen Lage nach zu uns gehören, aber durch Gefühlsmomente abgelenkt werden, sich uns anzuschließen. Der Mittelstand 3. B. sei nicht staatsfeindlich, denn das Großkapital könne ihn jeden Augenblick zerschütten; deshalb sollten wir uns nicht als eine Partei nur für industrielle Arbeiter betrachten, sondern als eine solche, die alle Volksgenossen in sich aufschließt, die seinen Interesse an der Hebung des Großkapitalismus haben. Die Sozialdemokratie müsse jetzt auf dem Boden sein, denn sie stehe vor der Gruppierung der beiden großen wirtschaftlichen Gruppen. Die Götterdämmerung der Volkstheorie sei angebrochen; wohl dem, der Mitstreiter im Kampfe um die Freiheit des Denkens und der Persönlichkeit sein dürfte. Ein Antrag Runge, die Einbeziehung der Wahlkreise Essen, Mülheim, Duisburg, Ruhrort in den Agitationsbezirk in die Wege zu leiten, wird angenommen. Der nächste Provinzialparteitag soll im Wahlkreise Reddinghausen-Vorlen stattfinden, vorausgesetzt, daß dort ein Lokal zu haben ist, wenn nicht, kommt als nächster Wahlkreis zur Abhaltung des Provinzialparteitages Hamm-Sooft in Betracht. — Sodann wurde als Sitz des wiedergewählten Landesvertrauensmannes König Dortmund festgelegt. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und unter den Klängen der Arbeitermarzelliedes ging der Parteitag auseinander.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Während unsere Partei bei den Nationalratswahlen von den vereinigten Bürgerlichen schamlos verewaltigt wurde, konnten gleichzeitig in verschiedenen Gemeinden Wahlerfolge anderer Art erzielt werden. So wurde in Delenberg (Kanton Bern) unser Genosse Wolf mit rund 800 Stimmen in den Berner Kantonsrat (Landtag) gewählt; in Biel unser Genosse Fährdrich in den Großen Stadtrat und ebenda unser Genosse Voghard mit 998 gegen 959 Stimmen in die Schulkommission. In Löh bei Winterthur ist mit 529 gegen 444 Stimmen unser Genosse Gurter zum Friedensrichter gewählt worden.

Verfassungen.

Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin und Umgegend) hielt am Donnerstag in den Arminhallen seine sich aus Delegierten zusammensetzende Zahlstellenversammlung ab. Zunächst ehrten die Anwesenden das Ableben von 6 Organisationsgenossen durch Erheben von den Plätzen. Der Assisenbericht für das dritte Quartal lag den Delegierten im Druck vor. Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle balanzieren in der Summe von 31 881,35 M. Mit den Beiträgen der Zahlstelle inkl. dem früheren Bestande belief sich die Gesamteinnahme auf 124 201,13 M., der eine Gesamtausgabe von 40 576,35 M. gegenübersteht. Das Zahlstellenvermögen beträgt somit 93 624,78 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 4789. Das ist eine Zunahme von 106 Mitgliedern seit dem zweiten Quartal. Hierauf referierte der Vorsitzende Witt über die am 2. Dezember d. J. im Verband im Kraft tretende Arbeitslosenunterstützung, unter besonderer Berücksichtigung der zu diesem Zweck sich notwendig machenden Einführung von Reise- und Kontrollstellen. Die Versammlung erklärte nach kurzer Debatte ihr Einverständnis mit dem Vorschlag der Konferenz, 6 Reddestellen und 21 Kontrollstellen einzurichten. Alsdann besprach Witt die jüngsten Vorgänge im Bezirk 13 (Charlottenburg) und unterzog das Bestreben einzelner Personen in diesem Bezirk, denselben von der einheitlichen Zahlstelle Berlin und Umgegend abzuspalteln, unter dem Beifall der Versammlung einer scharfen Kritik. Obgleich, so meinte der Redner, der Zentralvorstand unseres Verbandes in einer Versammlung in Charlottenburg sowie durch Herausgabe eines Flugblattes die Undurchführbarkeit einer selbständigen Zahlstelle für Charlottenburg aus solidarischen sowie aus statutarischen Gründen haarklein nachgewiesen habe, sehe dennoch ein bestimmter Kreis von Personen, wie mit Blindheit geschlagen, die zerstückelnde Tätigkeit fort, um zur Freude der Unternehmern einen Keil in unsere einheitliche Verbandsbewegung hinein zu treiben. Derartige Machinationen, die lediglich von einzelnen Personen zu dem Zweck inszeniert wurden, ihre böswilligen Launen zu befriedigen, könnten im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung gar nicht scharf genug gegethelt werden. Erklärlicherweise habe aber die Mehrzahl unserer Mitglieder im Bezirk 13 sich von diesem Treiben einzelner Organisationschädiger abgewandt und erklärt, diese Agitation unter keinen Umständen zu unterstützen, so daß die Hoffnung besteht, daß im Bezirk 13 (Charlottenburg) bald wieder geordnete Organisationsverhältnisse Platz greifen und unser Bezirk 13 in kürzester Zeit ungeschwächt dastehen wird. Diejenigen Kameraden allerdings, die ihre Beiträge den statutarischen Bestimmungen gemäß, nicht in der nämlichen Weise wie bisher, an den von der Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 13, eingeleiteten Bezirkskassierer gegen Empfang der üblichen Beitragsmarken weiter entrichten, gelten als aus dem Verbandsausgetreten. Gleichzeitig seien ihre erworbenen Rechte an den Verband mit demselben Moment erloschen, so daß dieselben für die Zukunft von allen Mitgliedern unseres Zentralverbandes als nicht organisiert betrachtet werden müssen. Sämtliche Diskussionsredner stimmten den Ausführungen zu, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am 9. November in den Arminhallen tagende Zahlstellenversammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen im Bezirk 13 (Charlottenburg) und verurteilt die Handlungsweise einzelner Personen, die darin besteht, den Bezirk 13 von der einheitlichen Zahlstelle Berlin und Umgegend abzuspalteln, auf das entschiedenste. Die Versammlung erblickt in diesem Treiben eine direkte Schädigung unserer gemeinsamen Verbandsinteressen und spricht denjenigen Kameraden, die auf eine Zerspaltung der Kräfte im Berliner Wohngebiet hinarbeiten, ihre schärfste Mißbilligung aus. Sie hegt jedoch zu der Mehrzahl der Mitglieder des Bezirks 13 das Vertrauen, daß sie nach wie vor unsere Organisation hochhalten und alle Versuche, eine Abtrennung von der Zahlstelle Berlin und Umgegend herbeizuföhren, energisch entgegenzutreten werden. — Des weiteren ersucht die Zahlstellenversammlung alle Mitglieder des Verbandes, nach Kräften für die Ausbreitung und Festigung unserer einheitlichen Organisation zu agitieren, dagegen alle Quertreibern und Zerspaltungversuche mit Nachdruck zu bekämpfen.“

Nach Erledigung einiger Verwaltungsangelegenheiten und nachdem Witt zur regen Agitation für die Wahlereine und Verbreitung der Parteipresse unter den Berufsgenossen aufgefordert hatte, erfolgte Schluß.

Eine gut besuchte Brandenburger Versammlung der Stoll- und Zellulosearbeiter, welche im Holzarbeiterverband organisiert sind, tagte am 13. November im Gewerkschaftshaus. In einem interessanten Vortrage sprach Genosse Max Schütte über die russische Revolution. — Zu den in der Branche überragend nehmenden Ueberstunden nahm darauf die Versammlung Stellung. Julius Hildebrandt referierte über diese Frage. Nach seinen Ausführungen ist das Ueberstundenwesen zu einer großen Kalamität geworden, und zwar in den verschiedensten Fabriken.

Genannt wurden u. a. Gembitzki, die beiden Firmen Noa, sowie Schülke Nachfolger. Vielfach haben unter den Kollegen Erörterungen über die Ueberstunden stattgefunden, namentlich unter denen von Schülke Nachfolger, bei welcher Firma seit langer Zeit Ueberstunden vorherrschen. Die Branchenkommission hält es für notwendig, daß die Kollegenschaft in der Gesamtheit ihre Meinung zu der brennenden Frage sagt. — Im Laufe der Debatte wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, keine Ueberstunden mehr zu machen. Er wurde schließlich einhellig in der Sitzung angenommen, daß vom Montag ab in jedem Betriebe die Ueberstunden zu verweigern sind. — Darauf erledigte man noch einige Berstattungsangelegenheiten.

Erklärung. Nach einem Versammlungsbericht des „Vorwärts“ in der Nr. 207, 1. Beiblatt, haben es die Steinarbeiter für notwendig befunden, das Verhalten des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission in Sachen der Denunziation einzelner Delegierter der Steinarbeiter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse an die Aufsichtsbehörde, auf das „schärfste“ zu verurteilen.

Es zeugt von einem Mangel an besserer Einsicht, daß trotz des Beschlusses des Plenums der Kommission, die Steinarbeiter immer noch nicht überzeugt sind, daß eine Denunziation an die den Arbeitern an und für sich nicht wohlwollenden Aufsichtsbehörden, immer eine Denunziation bleibt, die vom Standpunkt jedes politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiters von vornherein zu verurteilen ist, welches auch immer der Beweggrund einer solchen Handlungsweise sein möge.

Da der Ausschuss nur über die Denunziation selbst zu befinden hatte, so erübrigte sich für ihn ein Eingehen auf die materielle Seite der Angelegenheit.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus der Frauenbewegung.

Liebendwürdige Behandlung von weiblichen Angestellten.

Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht München behauptete eine Verkäuferin eines Zigarrenkioskes im Automaten-Restaurant „Bavaria“, daß sie entlassen worden sei, weil sie dem Direktor Albin Schramm nicht zu Willen war, daß der Herr Direktor überhaupt seinem weiblichen Personale in stützlicher Beziehung nachstellte und seinen Favoritinnen höhere Bezüge verspreche. Der Chef veranlaßte den Direktor, gegen das Mädchen Klage wegen Beleidigung zu stellen. Diese Beleidigungs-Klage erübrigte mit einer kleinen Blamage für den Direktor. Durch Zeugnisse wurde festgestellt, daß der Herr Direktor einer 20jährigen Angestellten in ausdrücklicher Weise nachstellte und sich diesem Mädchen gegenüber ein grobes unästhetisches Attentat erlaubte, das stark an das Strafrechtbuch streifte. Einem anderen Mädchen verbrach er höheres Salair, wenn es ihm zu Willen sei und seine Geliebte mache; einer Dienstmagd gegenüber erlaubte er sich ebenfalls ungestimmte Äußerungen. Das Schöffengericht München erachtete den Wahrheitsbeweis für erbracht und erkannte für die Verkäuferin auf Freisprechung, so daß der allzu liebendwürdige Herr Direktor auch noch die gesamten Kosten als Vergabe für die erlittene Blamage zu tragen hat.

Brig. Am Donnerstag, den 16. d. Mts., findet bei Weniger, Werderstr. 27, die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Brig statt. In derselben wird Herr Dr. Blum einen Vortrag halten über: „Die verheulenen Ursachen des Magens und Darmes?“ — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.
Stegitz. Am Donnerstag, den 16. d. Mts., hält der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Stegitz und Umgegend seine Mitgliederversammlung bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, ab. Herr Dr. Sommerfeld spricht über: „Eine gesundheitsgemäße Erziehung der Kinder“. 2. Punkt der Tagesordnung: Diskussion, und 3. Verschiedenes. — Da das Thema alle Frauen, besonders die Mütter angeht, so wird ein zahlreicher Besuch erwartet. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Rixdorf. Große Mittwochs, den 15. November, abends 9 Uhr: Sitzung im Lokal von Fritz Schmidt, Beckstr. 14. Vortrag: Zahlreiche Besuch erwartet.
Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Ludau. Ortsverein Berlin. Donnerstags, den 16. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung beim Genossen Bohm, Grünstr. 21. Tagesordnung: Beschlußfassung über unsere statutarische Kalender- und Flugblattverbreitung im Kreise.

Eingegangene Druckschriften.

Die Neue Gesellschaft, Heft 33. Sozialistische Wochenzeitschrift. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.
Annalen des Deutschen Reiches Nr. 11 für Gefehung, Vermahlung und Volksrecht. Herausgeber Dr. R. Th. Sieberg u. Dr. A. Drost. Jahrgang 12. Heft. Jahrgang 10 M. Verlag J. Schweizer (H. Selzer), München.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Otto Hildebrandt
gestorben ist. 154/15
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwochs, den 15. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes, Daldorfer Chaussee, aus statt. Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Brauerer-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion II.
Todes-Anzeige.
Sonntag, den 12. d. Mts., verstarb unser Mitglied, der Bagger
Georg Hoelke.
(Königsstadt).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 16. November, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, vom Brauererhaus, Schönhauser Allee 178, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
42/2 Der Vorstand.

Verein der Chemigraphen.
D. S. S.
Am Sonntag, den 12. Nov., verstarb nach langem Leiden unser Mitglied und lieber Freund, der Nachschneider
296/1
Otto Heinrich.
Der Verstorbene war uns stets ein braver Kollege, dessen Andenken wir in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Mittwochs nachmittags 4 Uhr in Mariendorf, Döllingstr.-Sträßchen, statt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer Deutschlands.
Filiale III.
Am 12. November verschied unser langjähriges Mitglied
Julius Zach.
Die Beerdigung findet heute, 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, auf dem Aufseherhaus-Kirchhof in Weihensee, Lichtbergstr. 110, statt.
Die Ortsverwaltung.

Feine Pelzwaren
Stolas-Jacketts
L. tabeller Ausführung, sehr preiswert.
57 Leipzigerstr. 57 Hof
neben den Kolonnen.
Kein Schrankkasten!

Als ein durch tausende von Dankschreiben anerkanntes Mittel gegen
Wagenleiden aller Art
empfehlen wir den ersten
Indischen Kräuter-Magen-Likör.
Nehmen zu beachten: 34/174
Gehr. Klein, Hannover, Am d. Ränge 1.
Jede Anweisung w. gern kostenlos erteilt

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Kollegen und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Uffler**
Otto Pürschel
am 11. d. M. infolge eines Unfalles verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, vom Schauhause, Hannoverstraße 6, nach dem Sionskirchhofe (Nieder-Schönhausen) statt.
Um dieses Beileid bitte 4305 die trauernde Witwe **Karoline Pürschel** nebst Kindern.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Arbeiter-Rad-Bund „Solidarität“.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Bundesgenosse, der **Uffler**
Otto Pürschel
infolge eines Unfalles während der Beförderung von Bahrfahrtafeln am 11. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr vom Schauhause, Hannoverstraße 6, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
27/13 **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und zahlreichen Kränzen bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Ww. A. Marquardt
nebst Sohn.

Todes-Anzeige.
Allen Genossen und Genossinnen die Mitteilung, daß die Beerdigung unseres leider so früh aus dem Leben geschiedenen Genossen
209/16
Otto Pürschel
am Donnerstag, den 16. November, nachmittags punkt 3 Uhr, vom Leichenschauhause, Hannoverstraße aus nach dem Friedhof der Sions-Gemeinde, Nordend, stattfindet.
In treuer Pflichterfüllung folgte der Verstorbene am Wahltag dem Rufe der Partei und stellte seine Kraft zur Verfügung. Freudig wollte er die Siegesbotschaft dem „Vorwärts“ überbringen, da — mitten in dieser ehrenvollen eifrigen Arbeit ereilte ihn das Unglück.
Die Partei verliert in dem Genossen Pürschel einen opferwilligen, begeistertsten Anhänger und wird sein Andenken stets in Ehren halten.
Um zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung eruchen
Die Vertrauensleute Berlin
und der Vororte.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für 87942*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Bodentags 12-1, 3, 6-8, Sonntags 10-12.

Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten.
Kaffe, Mocquettes, Plüsch, Reste! Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabefranko.
Emil Lefevre, Berlin, 158,
Oranienstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Uffler**
Otto Pürschel
infolge eines Unfalles am 11. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 16. November, nachmittags 3 Uhr, vom Schauhause, Hannoverstraße 6, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
96/19 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Uffler**
Max Voß
am 12. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Geyersmann-Friedhofes in Rieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Stodarbeiter**
Georg Beer
am 12. November nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Geyersmann-Friedhofes in Rieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
96/19 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Stodarbeiter**
Georg Beer
am 12. November nach langer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Geyersmann-Friedhofes in Rieder-Schönhausen (Nordend) aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
96/19 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).
Nachruf!
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Uffler**
Ludwig Runge
inobhaft Mariannenstr. 19 (Stadtbezirk 9) am 5. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
264/1 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Bauarbeiter**
Oskar Lepios
nach langem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Hedwigs-Kirchhofes, Reinholdsdorfer Str. 1, Treffpunkt 1 Uhr im Volkshaus.
Um rege Beteiligung erucht
268/5 **Der Vorstand.**

Danksagung.
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Wilhelm Feldbinder
sage allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie den Vereinen, insbesondere den Kollegen der Städtischen Straßenreinigung, Abteilung 28, meinen herzlichsten Dank.
4385
Helene Feldbinder
geb. Hämmer.

Paul Stügelmaier und Frau
geborene Zimmermann, Vermählte.
Berlin, November 1905.
Marktgrafenbamm 34. 4355
Unserem Bezirks-Dublier
Paul Lier
die besten Glückwünsche zum heutigem Geburtstag.
Die Genossen des 97. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 12. November verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Julius Krumbiegel
Heußelstr. 32.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sionskirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
260/17 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin II.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied
Julius Krumbiegel
am 12. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. Novbr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sionskirchhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht
182/5 **Die Ortsverwaltung.**

7. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 14. November 1905, vormittags
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
347 797 800 917 1333 500 2110 235 367 691 985
[500] 3322 175 507 791 4064 160 319 474 516 74
608 750 847 5151 68 288 339 643 732 45 637
37 315 635 829 863 7066 130 466 54 597 718 78 918
57 8407 534 53 [500] 53 95 418 592 872 [500] 608
9014 853 90
10356 90 888 11227 331 490 72 73 94 644 12046
118 57 83 227 78 347 497 337 677 70 15 869 983
13022 61 337 89 [500] 367 733 308 922 84 14082
11000 280 308 602 15007 72 183 [500] 385 300 34 87
644 772 800 928 10033 113 18001 264 68 428 [500] 64
64 [500] 633 83 [500] 17054 230 [500] 538 600 788
18070 131 287 387 436 683 748 836 919 77 [500]
19171 247 70 540 66 686 781 [500]
20096 110 25 336 557 890 912 21176 [500] 99
[500] 201 388 [500] 33 511 600 [1000] 769 802 44
[500] 961 22046 125 236 68 336 408 563 629 72 725
45 631 23306 [500] 929 787 829 98 24032 120 603
59 826 690 912 13 253 60 846 711 826 975 26007
[1000] 88 74 343 82 483 673 722 78 27248 [500] 436
868 918 30 29063 158 288 382 86 10001 869 29082
104 287 582 730
30230 78 [1000] 422 85 777 31006 167 235 318
84 48 408 517 85 652 61 781 914 32325 100 47 217
90 422 632 782 832 907 81 33030 152 [500] 572
[1000] 408 518 674 777 888 [500] 901 34401 118
281 318 73 [1000] 77 692 796 831 901 [500] 35241
404 880 36311 466 806 616 736 85 949 [500] 79
98 37001 98 443 951 [1000] 732 93800 20 225 43 87
377 410 71 874 39350 417 36 34 558 900 701 874
40034 81 96 111 25 308 95 373 475 [1000] 334 72
[1000] 95 602 14 88 744 305 4141 259 827 42061
110 568 622 33 [500] 818 67 82 97 43011 65 86 [1000]
106 266 5001 17 [500] 47 618 27 [500] 51 44229
98 384 503 45158 [500] 205 332 632 748 90 417 64739
30 [500] 81 1500 165 47104 221 32 532 [500] 240 32
66 48233 303 77 [500] 422 33 580 605 30 365
49146 922
50181 30001 215 69 [500] 830 778 823 98 978
51290 323 412 28 58 514 71 709 948 52117 210 28
51 68 636 67 679 95 747 894 53062 225 230 555 770
54010 40 175 [1000] 239 219 63 88 95 405 578 843 704
55035 129 90 478 [500] 91 548 73 [500] 929 87
[500] 56198 224 303 7 472 522 632 65 [500] 797 831
97 57130 210 541 670 711 69 [500] 56804 101 97
[500] 75 246 517 850 59043 [500] 118 75 412 29 621
70 72 816
60116 221 26 465 [500] 514 26 61093 119 81
446 328 614 27 925 62124 492 58 90 578 630 740 43
67 63185 355 [1000] 57 483 1051 62 778 966 64024 60
571 640 87 726 996 [1000] 65091 249 98 222 561 790
970 66030 57 56 240 55 85 450 800 696 771 8 6
67036 85 140 42 425 [1000] 557 [500] 747 849 68080
55 130 338 463 744 69196 350 419 515 690 701 60
928 82
70035 67 [500] 94 98 197 300 449 [500] 641 44
803 [1000] 923 92 [500] 73 71197 306 498 74234
367 665 747 854 914 73187 88 96 239 335 616 770
940 74002 [500] 8 80 81 177 91 335 95 97 922 75075
158 [500] 238 240 545 [500] 943 70917 186 303 420
56 640 788 [1000] 77114 300 73 86 615 798 [500] 1
78219 [500] 481 820 73 628 83 921 21 748 [500] 79213
[500] 81 [500] 498 519 25 678 79 [500] 874
80197 232 390 424 85 516 22 [500] 83 [1000] 83
744 803 [500] 81115 249 894 714 20 891 82809
120 612 595 705 446 [500] 878 85076 425 44 518
764 84106 61 377 454 842 37 87 1483 [500] 99 723
40 803 85011 33 55 59 [500] 112 33 251 493 981 82
906 86069 264 348 419 515 55 745 [500] 87947 220
364 487 688 66 86 743 67 84 57 820 86103 14 449 312
97 830 944 89025 26 230 340 57 630 974
90184 263 668 716 17 965 91164 61 388 412 [500]
587 748 925 92088 100 57 61 224 562 612 50 315
920 86 93066 88 416 210 390 [500] 411 577 97 868
705 [1000] 69 824 925 31 94042 48 473 [500] 802 707
95109 40 74 201 39 393 [500] 446 84 621 60 785
454 60 69 807 77 906 90121 97 [1000] 212 429 96
513 [500] 633 [1000] 712 637 26 [500] 86 [1000] 97170
200 318 94 [500] 667 646 716 79 909 98233 365 484
662 726 23 81 90967 106 77 286 386 480 61 647 [500]
749 72 865 68 [500] 953
100132 242 89 [500] 415 701 [500] 5 10190 242
351 437 631 62 714 83 806 931 102069 99 380 384
96 749 858 69 103298 422 32 502 922 65 986 104061
117 63 [500] 221 88 477 81 806 924 30 105083 [500]
263 301 402 678 90 7 78 106007 29 204 718 97 87
610 30 74 922 107058 [1000] 130 231 74 367 482
700 800 53 994 108141 [500] 83 90 [500] 471 824
790 24 42 821 92 109001 194 361 514 608 94 90 745
81 896
110111 254 315 419 968 [500] 111287 613 31
[500] 65 819 74 923 112146 49 222 318 [500] 63 95
639 85 810 61 [500] 93 113 09 137 [500] 48 51
535 821 90 114860 83 192 200 305 455 609 778 88
898 27 87 975 115086 362 409 83 523 42 800 45
1894 72 906 30 116057 83 194 [500] 334 438 34
72 660 700 817 902 117338 [500] 289 306 438 [500]
86 482 545 [500] 70 716 861 86 118142 242 79 301
21 92 729 [1000] 931 82 119041 217 440 46 505 25
54 736 32 836 [1000] 91 334 [1000]
120234 49 392 674 759 90 802 [500] 948 [500]
121174 345 36 632 751 94 122808 [500] 322 482
507 801 [500] 986 123007 187 287 [1000] 94 316 19
88 550 720 968 88 124427 98 [500] 119 564 504 787
890 [1000] 125158 323 95 620 827 126073 180

201 22 407 13 [500] 585 647 [500] 92 995 127139
230 67 428 80 98 559 98 608 126789 158 83 329 70
62 473 544 881 328 129065 140 43 287 300 630 47
726 [500] 74 827 [500] 963
130433 502 [500] 858 [500] 754 830 917 93 131007
24 67 179 414 58 512 [500] 40 [1000] 83 523 942 49
82 132284 257 656 [500] 91 [500] 902 39*15091
133214 300 411 97 706 883 982 134025 95 354 476
77 [500] 612 18 27 704 11 42 49 71 84 815 32
135007 111 [1000] 18 273 436 519 83 713 49 918 47
[500] 64 79 136389 912 137047 [500] 107 320
735 58 91 138206 78 90 123 35 279 518 25 734 [500]
897 139501 [500] 83 845
140051 687 728 60 67 63 141347 78 692 730
22 813 948 142140 61 [500] 255 353 570 875 754
143121 43 370 [500] 72 901 20 144016 17 90 [500]
265 4 672 30 683 832 985 145299 311 514 35 601 764
602 52 67 90 146235 603 727 89 885 [500] 915
147021 135 353 80 95 475 [1000] 700 808 148118
240 320 [500] 81 75 424 711 897 149006 247 63 383
518 649 [500] 43 51 701 817 [500] 983
150074 221 384 544 83 610 710 34 151057 189
99 268 340 81 433 507 18 42 [1000] 60 72 152006 224
56 [500] 346 73 514 95 689 838 89 916 42 153047 372
[1000] 594 [500] 620 35 951 154018 140 282 300 991
15515 50 240 91 303 82 498 724 156007 242 88 414
648 917 60 157007 32 235 301 38 412 61 620 158222
[1000] 400 83 76 000 80 749 [500] 159375 78 603
713 848
160035 165 259 450 542 46 838 903 [500] 93 161054
66 112 28 206 36 82 308 771 904 [500] 162111 227
64 801 995 163018 100 332 588 77 744 [500] 806 82
164135 57 [500] 512 92 844 83 165307 74 738 823
[500] 901 15 [500] 166078 239 67 372 720 22 811 83
167232 628 [1000] 81 168446 152 249 307 [1000] 88
817 85 169013 144 342 54 79 464 86 603 867 71
170136 241 433 573 85 744 90 [500] 883 90 171188
[500] 613 [500] 809 29 37 979 172103 223 78 380
67 428 37 71 533 96 679 80 783 173107 [500] 8 10001
233 62 [1000] 459 545 747 883 923 [500] 53 174074
82 210 17 325 820 37 84 780 820 175416 650 717 927
61 176948 [500] 100 67 393 820 [500] 33 69 177347
421 529 792 [500] 178053 67 136 [1000] 490 533 638
63 701 89 897 179083 298 [500] 310 43 479 500 833
39 65 733 83 [1000] 830 [500] 87 944
180036 90 539 78 673 771 819 900 [1000] 45
181061 77 [500] 98 184 98 285 324 41 46 [1000] 84
93 [500] 578 779 819 17 182029 199 284 73 [500]
201 454 [500] 89 940 118 [500] 42 70 77 812 364
183024 [500] 59 148 [500] 94 607 28 879 845
184024 [500] 213 374 429 58 623 715 98 77 [500] 974
185035 256 344 436 60 618 38 894 69 913 184136
70 72 287 304 [500] 80 [500] 416 32 514 97 862 70
187010 162 11 500 10 85 633 800 188134 44 82 394
695 603 22 [500] 724 545 189114 90 215 42 339 473
685 729
190131 361 444 547 89 608 84 794 927 [500]
191106 50 63 427 638 831 78 192174 236 328
492 617 70 787 912 34 193046 84 159 222 53 788 905
194044 [500] 344 412 511 614 [500] 709 30 [500] 53
802 53 [500] 920 195052 [500] 272 580 77 512 887
196078 163 253 328 73 452 670 765 [500] 943 197885
729 198015 133 38 [500] 82 201 92 298 606 845 87 997
199219 596 77 835
200012 222 [1000] 227 747 876 975 [1000] 201003
225 332 42 54 74 85 714 622 [500] 202238 373
[500] 99 562 82 692 835 203067 93 111 35 37 43
212 43 72 489 644 662 635 786 822 923 204201 [500]
436 713 812 [500] 983 205058 79 258 [500] 391
206030 683 82 207121 [500] 579 [1000] 325 369
[1000] 208038 [500] 55 62 121 299 68 333 78
87 423 43 618 758 808 38 51 71 209135 665 901 23
210090 60 238 578 [1000] 631 [500] 730 211239
487 467 666 829 940 92 1830 212122 296 91 831
[500] 213100 15 55 233 [500] 869 301 451 871
214483 601 [500] 680 838 969 215489 593 614 57
[500] 58 [500] 801 216374 538 625 67 734 876
[1000] 217267 611 838 218026 356 544 [500] 1
828 219121 68 221 310 89 531 [500] 738 [500] 77
[1000] 90 983
220040 172 92 888 [1000] 909 59 221029 85
[500] 370 257 54 973 222078 153 340 69 407 61 622
802 223063 242 44 [1000] 303 70 498 896 224062
102 364 604 30 587 225156 82 403 14 23 251 626 266
[500] 216 343 63 495 334 78 701 71 78 913 227297
304 416 53 69 381 849 76 [1000] 228152 77 357 92
669 827 917 21 55 220076 219 [1000] 317 427 [1000]
807 7 931 [500]
230097 [1000] 113 298 442 704 96 843 990
[500] 231160 [500] 289 94 448 82 67 633 703 33 801 13 988
[500] 232158 257 652 [1000] 732 233019 59 186
290 77 451 62 618 88 719 70 886 939 90 234108 263
492 855 61 912 235154 67 434 35 503 [500] 615 63
237042 90 312 49 [500] 698 74 84 716 80 982 [500]
238033 225 401 18 968 [1000] 238141 390 375 545
49 703 57 976 239118 30 304 [500] 39 61 62 [500]
333 90 817 973
240024 95 [1000] 105 67 92 353 636 924 241054
292 468 110 000 246 647 782 97 242891 176 [500]
628 801 243189 333 483 816 [500] 82 43 71 338
[500] 244 326 260 436 556 546 [1000] 382 34
245069 82 134 240 79 370 [500] 594 576 725 28 800
[500] 89 246118 327 413 43 68 529 99 247942
200 77 [1000] 680 825 [1000] 438
Im Gewinnrade verloschen: 1. Prämie A 300 000 M.,
1 Gewinn A 150 000, 2 A 100 000, 1 A 50 000, 2 A 30 000,
1 A 20 000, 10 A 10 000, 19 A 15 000, 35 A 10 000, 35 A
5000, 1350 A 3000, 1500 A 1000, 3319 A 500.

Aus Industrie und Handel.

Wagenbestellungen der preussischen Eisenbahnverwaltung. Die Eisenbahndirektion in Berlin ist jetzt endlich beauftragt worden, wegen Beschaffung von 1070 Personenwagen, 897 Gepäckwagen, 58 vereinigten Post- und Gepäckwagen sowie 9400 Güterwagen (erste Teilbeschaffung für 1906) für die bestehenden Bahnen und die im Etatsjahr 1906 zur Eröffnung kommenden Neubaulinien mit den Wagenbauanstalten, die gegenwärtig für die Staats-Eisenbahn-Verwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Lieferungen sollen am 1. April 1906 beginnen und am 1. November 1906 abgeschlossen sein. Ferner sind als Nachbestellung für das Etatsjahr 1905 weitere 882 Güterwagen bei den Werken in Auftrag gegeben worden. Die Antiezerung der Wagen soll noch vor Ablauf dieses Etatsjahres erfolgen.

Vom Walzdrahtverband. Wie der Geschäftsbericht des Walzdrahtverbandes für das dritte Vierteljahr 1905 ausführt, hat die gegen Ende des zweiten Vierteljahres 1905 eingetretene Abschwächung der Geschäftslage während des dritten Vierteljahres angehalten, wozu nach dem verbandsoffiziösen Bericht wesentlich die aus der Auflösung des Drahtstiftverbandes sich auf das gesamte deutsche Drahtgewerbe ausdehnende Unsicherheit der Verhältnisse beigetragen hat. Die Inlandsverbraucher beschränkten ihre Käufe angeblich auf ein möglichst geringes Maß; es wurde deshalb die den Drahtwalzwerken erwünschte Arbeit in verstärktem Maße im Auslande gesucht, welches in Flußeisenwalzdraht denn auch mehr als die Hälfte aller Lieferungen aufgenommen hat. Trotzdem stellte sich der Auslands-Grundpreiserlös um rund 1,50 M. pro Tonne höher als im zweiten Vierteljahre. Von einer Produktionseinschränkung wurde Abstand genommen. Um die für den Verband nachteilige Wirkung der Auflösung des Drahtstiftverbandes möglichst abzumildern, wurde unter den größeren Werken des Drahtstiftgewerbes ein neuer Verband deutscher Drahtstiftfabriken ins Leben gerufen und den Walzdrahtverbraucher für den Fall ihres Beitritts eine nachträgliche Preisermäßigung für den zu Drahtstiften verbrauchenden Walzdraht von 7,50 M. die Tonne zugesagt. Im ganzen haben sich dem genannten Verbande an Walzdrahtverbraucher jedoch nur 4 Firmen angeschlossen, welche mit ihren Lieferungen auf das Ausland angewiesen sind.

Seidenwaren-Industrie. Die Großdetailleure der Seidenstoff- und Wandbränden sind gewillt, Stellung zu nehmen gegen die ihnen durch die Konvention der Seidenwaren-Großhändler ausgenützten Konditionen, weil diese Vereinbarungen nicht durch gegenseitige Rücksicht ergäbe worden sind. Großhändler des Auslandes haben den Groß-Abnehmern des Detailhandels angeboten, hierseits Zweigniederlassungen zu errichten und ihnen vorteilhafte Bedingungen zu bewilligen. Um über die veränderte Lage in Beratung zu treten, ist, wie der „Confectionair“ erzählt, für den 17. November eine Versammlung der Großabnehmer des Detailhandels nach Berlin einberufen worden.

Der ober-schlesische Kohlenbergbau wird fortgesetzt durch neue Grubenanlagen erweitert. Noch sind eine Anzahl neuer Bergwerke ihrer Bestimmung nicht übergeben und schon werden von der Fürst v. Plehischen Verwaltung Vorbereitungen zur Errichtung einer

neuen Grubenförderanlage getroffen. Bohrversuche, die angestellt wurden, zeugen von dem Vorhandensein abbaubarer Flöze bei günstigen Gebirgsverhältnissen. Der Bau einer neuen Förderanlage, bestehend aus zwei Türmen in Eisenkonstruktion, Maschinen und Kesselhaus, sowie noch anderer hierzu erforderlichen Anlagen steht sicher bevor. Von angeblich durchaus zuverlässiger Quelle wird der „Industrie“ versichert, daß die Arbeiten schon Anfang des nächsten Jahres in Angriff genommen werden sollen.

Vom Stahltrust. Ueber die Geschäfte der United States Steel Corporation im dritten Quartal des laufenden Jahres bringt Bradstreet's Finanzschrift einen genauen Ausweis, der zeigt, daß der Stahltrust glänzende Geschäfte macht. Folgende Zusammenstellung zeigt, wie günstig die Lage gegenüber dem vorhergehenden Jahre geworden ist:

	Der Reingewinn betrug	
	1905	1904
im 1. Quartal	23 025 066 Dollar	18 445 232 Dollar
„ 2. „	30 305 116 „	19 490 736 „
„ 3. „	31 240 582 „	18 773 932 „
Zusammen	84 570 784 Dollar	51 709 890 Dollar

Am 31. Oktober waren noch für 6 800 000 Tonnen Stahl unausgeführte Bestellungen vorhanden. Die Geschäftseinstellung plant eine große Erweiterung der Betriebe. Der Stahltrust wurde 1901 gegründet und im November 1903 gründete der Trust die United States Steel Products Export Company, speziell für das Exportgeschäft.

Gerichts-Zeitung.

Nahrungsmittelverfälschungsprozeß. Vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung eines großen Prozesses wegen Nahrungsmittelverfälschung. Die Anklage richtet sich gegen folgende sieben Personen: den Kaufmann Jul. Karl Perschl, den Handlungsgehilfen Wilh. Paul Perschl jun., den Rohwurstfabrikanten Karl Behnke, den Schlächter Ernst Fischer in Neu-Weihensee, den Kaufmann August Meyer und zwei Angeklagte aus Breslau, den Kaufmann Heinrich Stod und den Kaufmann Rich. Gärtner.

Der Angeklagte Behnke ist beim Austritt der Sache nicht anwesend. — Der Kaufmann Perschl senior wird beschuldigt, im Jahre 1902 durch mindestens zwanzig selbständige Handlungen vorsätzlich Nahrungsmittel verfälscht zu haben, so daß sie der menschlichen Gesundheit schädlich werden können, ferner wissentlich Nahrungsmittel verkauft und feilgeboten zu haben, die durch Vorsäure verfälscht waren, und endlich durch den Verkauf verfälschter Nahrungsmittel sich des fortgesetzten Betruges schuldig gemacht zu haben. Ebenso lautet die Anklage gegen Behnke und Meyer. Die Angeklagten Paul Perschl, Fischer, Stod und Gärtner stehen unter der Anklage der Beihilfe. — Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschloß der Gerichtshof, gegen den ausgebliebenen Behnke einen Haftbefehl zu erlassen. — Karl Perschl sen. betreibt hier seit dem Jahre 1879 in der Neuen Königstraße 11 unter der Firma Gebrüder Perschl eine Schmalzfabrik, verbunden mit dem Handel von Fleisch-, Wurst- und Käsewaren. Das Geschäft ist sehr umfang-

reich. Der Umsatz betrug zuletzt etwa 1/2 Millionen Mark und ging vorzugsweise in die Provinz. Das Geschäft unterhielt auch mehrere Filialen, und zwar hier in Berlin in der Frankfurter-, Kottbuser-, Landsberger- und Reusselstraße und in der Siegfriedstraße in Schöneberg, ferner in Posen, Magdeburg, Breslau und Ventten. Dem Angeklagten Perschl sen. wird zur Last gelegt, daß er in seiner Schmalzfabrik zur Herstellung von sogenanntem „besseren Berliner Braten-Schmalz“ verdorbene Reste von Fleisch, Speck und anderen Stoffen verwendet habe. Die Anklage behauptet ferner, daß Perschl leere Butterfässer, die längere Zeit offen auf dem Hofe gestanden, habe austragen und „bunt“, das heißt grünlich-schwarz gewordenen Butter in das Schmalz habe hineinbraten lassen. Beim Anbraten sollen veräumte alte Pflaumen- und Kaffeefäcke verwendet worden sein. Es wird ferner behauptet, daß immer in gewissen Proportionen Schmalz, verdorbener Speck und wenig Naturbutter zusammengebracht und gestedt worden seien, auch verdorbener zerkleineter Speck solle in dieser Weise Verwendung gefunden haben. Unter allerlei täuschenden Namen soll ferner Wurst verkauft sein, die in Wahrheit Pferdewurst gewesen, die er von dem Angeklagten Behnke, dem Leiter einer in Weiskesee gelegenen Rohwurstfabrik, bezogen habe. Ferner soll mit Käse außerordentlich unappetitlich vorgegangen sein, mit Milben durchsieht und völlig verdorbener Käse soll verkauft sein. Perschl soll nach der Anklage geäußert haben: „Gute Ware verkaufen kann jeder, das ist kein Kunststück, aber schlechte Ware muß man verkaufen können!“ oder: „Die Pollacken fressen ja alles, für die ist alles gut genug.“ Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Da eine große Anzahl Zeugen und Sachverständige geladen sind, so werden sich die Verhandlungen voraussichtlich auf drei oder vier Tage erstrecken. Ueber den Gang und das Resultat der Verhandlungen werden wir zusammenschauend berichten.

Fahrerläufige Tötung. Der Arbeiter Johann Lütjenkirchen wurde vom Landgericht Köln am 15. Dezember v. J. wegen fahrerläufiger Tötung zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte einen leeren Handwagen durch seinen völlig unerfahrenen und schwächlichen Sohn vorschriftswidrig auf der linken Seite fahren lassen. Ein Radfahrer fuhr gegen den einen Scherbaum des Wagens darauf an, daß er stürzte und nach einiger Zeit starb. Das Reichsgericht hielt die Fahrerläufigkeit des Angeklagten für genügend festgestellt und verwarf deshalb am Montag die Revision des Angeklagten. — Wieviel Unternehmer, insbesondere Großgrundbesitzer, wären außerhalb des Gefängnisses, wenn mit der gleichen Schärfe gegen sie der Begriff der Fahrerläufigkeit bei Betriebsunfällen zur Anwendung gebracht würde?

„Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus.“
Divisionspfarrer Bachstein ist gestern vor dem Oberkriegsgericht in der abermaligen Verhandlung wegen Beschimpfungen der katholischen Kirche wiederum freigesprochen. Wie unsere Leser sich entsinnen, sollte der frühere katholische Kaplan, jetzige evangelische Divisionspfarrer durch einen Vortrag, den er am 19. Januar unter dem Titel „Ein Blick in die Seele des Ultramontanismus“ vor dem Donadrücker Zweigverein des evangelischen Bundes gehalten, durch Darlegung seiner Ueberzeugung sich strafbar gemacht haben.

Bei der Entwöhnung der Säuglinge von der Mutterbrust empfiehlt sich, zur Ueberleitung zur Kuhmilch und der gemischten Kost, der Zusatz von Aueles Kindermehl zur Milch, welche dadurch im Magen des Kindes feinstodig, der Muttermilch ähnlich, gerinnt und so leichter verdaulich wird. Man gibt diese Mischung als Getränk oder man kocht auch eine Suppe aus Aueles Kindermehl mit Milch oder Fleischbrühe, besonders aus Kalbsknochen. Aueles Kindermehl, welches sehr wohlschmeckend ist, kann man für größere Säuglinge auch mit etwas Kakao mischen; es ist sehr ausgiebig, daher billig und kann demnach in jeder Familie ohne große Kosten gebraucht werden.

Lagerbierbrauerei E. Haase Breslau

Größte Privatbrauerei im Königreich Preußen.

Letzter Jahresverkauf: **321882 Hektoliter**

Für Berlin und Umgegend findet der Vertrieb meiner Lagerbiere, hell und dunkel, Pilsener, Märzen und Bockbier, letzteres nur während der Wintermonate, in Gebinden und Flaschen, nicht mehr durch Herrn Gustav Haesen, Schlesische Straße 28, sondern so lange durch meine neu errichtete eigene Niederlage

Tel. Amt VII 3311. **Berlin O. 17** Mühlenstraße 73/74 Tel. Amt VII 3311.

statt, bis ich wieder die Räume in meinem eigenen Grundstücke Schlesische Straße 28 in Benutzung genommen haben werde.

Ich ergreife diese Gelegenheit, meinem sehr geschätzten Kundenkreise für die meinen Produkten bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Anerkennung verbindlichst zu danken und zu bitten, mich auch fernerhin in gleicher Weise freundlichst mit Aufträgen beehren zu wollen.

Lagerbierbrauerei E. Haase, Breslau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 15. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die Heirat wider Willen.
Schauspielhaus. Maria Magdalena. Neues Opernhaus. Gustav Adolph. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Westen. Hedera. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Kiwito. Kleines. Sibolla.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Hofkunst.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus) Hofkunst. Lesing. Stein unter Steinen. Zentral. Missette.

Nachmittags 4 1/2 Uhr: Prinzessin Goldbraut.
Reizend. Der Bräutigam. Trianon. Der letzte Troubadour. Lustspielhaus. Die heilige Sache. Thalia. Bis früh um fünf! Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle. Carl Weiß. In Berlin ist was los. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Santa Wulfsburg.

Zuilen. Hamlet. Deutsch-Amerikanisches. Über Herr Herzog!
Metropol. Auf - ins Metropol! Kaffee. Das Opernhaus. Apollo. Frau Luna. - Spezialitäten.

Walhalla. In Lebensgefahr. Herrfeld. Familienlog im Hause Prellstein.
Wintergarten. Anne Danquet. Otero. - Spezialitäten. Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. - Spezialitäten.

Reichshallen. Berliner Sängerkreis. Stettiner Sängerkreis. Zum Schluss! Neu! Kräutler Doktor. Zeitbarste von Meisel.
Metropol. Auf - ins Metropol! Kaffee. Das Opernhaus. Apollo. Frau Luna. - Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Satirischer Schwan in 3 Akten von L. Kautz und R. Chancel. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 3 1/2 Uhr. Barlet 60 Pf.: **Santa Wulfsburg.**
Abends 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Morgen: In Berlin ist was los. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln. Abends 8 Uhr: Die Waive aus Lowood.

Gebürder
Herrnfeld-Theater.
Zum 12. Male die Komödie:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld. Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levermann, Carla Metzger, Else Grossin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glasser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neutert, Rich. Goltz, Max Ziller, Fritz Ruß, Hugo Döblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.

Donat Herrnfeld als „Esau Prellstein“. Anton Herrnfeld als „Winkelkonsulent Schostak“. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.
Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.
Bozena Bratsky
in ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich
der unverwundliche Dummkopf.
14 neue erstklassige Nummern.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Liniestr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 61. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

Walhalla-Theater
Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas
Gr. Ringkampf - Konkurrenz.
Heute ringen:
Schnelder (Büdingen) gegen Terrassier (Belgien).
Weber (Deutschland) gegen Miedbach (Sachsen).
Gebhard (Deutschland) geg. Estefelov (Rusland).
Petroff (Bulgarien) gegen Kiochhöfer (Berlin).
Fürst (Wien) gegen Schwarz (Berlin).
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Rommas
oder: Ein alter Weiser.
Schausp. in 5 Akten v. E. Wallert. Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung.
Freitag zum letztenmal: Nora.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Original Nürnberger Sänger.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Bräutigam.
Satirischer Schwan in 3 Akten von L. Kautz und R. Chancel. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollleur.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 3 1/2 Uhr. Barlet 60 Pf.: **Santa Wulfsburg.**
Abends 8 Uhr:
In Berlin ist was los.
Morgen: In Berlin ist was los. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln. Abends 8 Uhr: Die Waive aus Lowood.

Gebürder
Herrnfeld-Theater.
Zum 12. Male die Komödie:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld. Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levermann, Carla Metzger, Else Grossin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glasser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugen Neutert, Rich. Goltz, Max Ziller, Fritz Ruß, Hugo Döblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.

Donat Herrnfeld als „Esau Prellstein“. Anton Herrnfeld als „Winkelkonsulent Schostak“. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Passage-Theater.
Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.
Bozena Bratsky
in ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich
der unverwundliche Dummkopf.
14 neue erstklassige Nummern.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Liniestr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 61. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgezeichn. Spezialitätenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

Walhalla-Theater
Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas
Gr. Ringkampf - Konkurrenz.
Heute ringen:
Schnelder (Büdingen) gegen Terrassier (Belgien).
Weber (Deutschland) gegen Miedbach (Sachsen).
Gebhard (Deutschland) geg. Estefelov (Rusland).
Petroff (Bulgarien) gegen Kiochhöfer (Berlin).
Fürst (Wien) gegen Schwarz (Berlin).
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Rommas
oder: Ein alter Weiser.
Schausp. in 5 Akten v. E. Wallert. Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Vorstellung.
Freitag zum letztenmal: Nora.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Mittwoch, abends 8 Uhr: **Hofkunst.** Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Nora.** Freitag, abends 8 Uhr: **Der Veilchenfresser.**
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.) Mittwoch, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.** Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Deyerdlein. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Zapfenstreich.** Freitag, abends 8 Uhr: **Der Traum ein Leben.**

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8. **Frankfurter-Chaussee 5.**
Jeden Sonntag: unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Große Soiree der Fuhrmann-Walde-Sänger.
Nachher: **Familien-Kränzchen.**
Dens haben Gältigkeit.
Gebr. Arnhold.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Größte Attraktion der Gegend! Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig!
Schuß eines lebend. Menschen aus einem Geschütz.
Auftritt des **Mr. Pearson.** Herr Direktor Busch mit seinen 6 englisch. Solistinnen. Quadrille excentrique, ger. auf 12 Schupf. **Zum 60. Male: Mexiko.**
Gr. Ausstattungs-Pantomime aus d. mexikanischen Pflanzenleben und die vorzüglichsten Programm-Nummern.

Deutsch-Amerikanisches THEATER Köpenickerstraße 67-68.
Heute abend 8 Uhr, Gastspiel Ad. Philipp zum 75. Male:
Aber, Herr Herzog!
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich.“
Sonnabend, den 25. Novbr. 1905, Nachm. 4 Uhr: **KINDER-VORSTELLUNG.**
Zum 1. Male:
„Hänsel u. Gretel“
in **AMERIKA**
Kleine Preise.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.
Das Opferlamm.
Schwan in 3 Akten von Waller und Stein.
Vorher: Im Sprechsaal. Operette. Der berühmte Kapitän Martens etc.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. B. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende November-Programm.
Unter anderem:
Carl Braun
in seiner Komödie „Im weißen Röhl“. Hierauf: Komponisten-Wettstreit.
Neu! **Bargold** Neu! der einbeinige Universal-Artist.
Die weiße Dame.
Poffe mit Gesang von D. Richter und 10 erstklassige Nummern. Familienarten in allen Barbiers, Friseur- und Higarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Abendlich toller Beifall!
Direktor **Wiener Fiker, Gustav Behrens.**
Berliner Droschkentischer: **Albert Kutwich.**
Elektr. Strahlenbühnen:
Willy Sander.
Oly Marietta, die beste Instrumentalvirtuosin (8 Instrumente) sowie 15 Spezialitäten-Nummern.

Wintergarten
OTÉRO
und ein auserlesenes Künstler-Programm.
Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

Wo
kaufen Sie den neuen Winterpaletot? Lieben Sie es, sich das Doppelte vorschlagen zu lassen, stundenlang zu handeln und zu feilschen, so finden Sie Läden genug. Wollen Sie aber im realen Geschäft Herren- und Knaben-Konfektion gut und billig kaufen, dann gehen Sie zu:
Herrmann Schlesinger
Turmstr. 58 u. 85.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der feinsten türkischen Tabake ist die 40082*
Kapitän-Cigarette
(geleglich geschätzt Nr. 75658)
in Qualität unerreicht; man fordere sich ausdrücklich diese Marke.
C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Amt VII Nr. 3561.

Warnung! Diebstahl!
an sich selbst begeht derjenige, welcher sich vor dem Einkauf in Herren- und Knaben-Konfektion nicht von der ganz enormen Billigkeit im
Total-Ausverkauf
überzeugt. X Unsere Fenster beweisen alles! X Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang!
ca. 1000 Stck. Herren-Hosen, zu jedem annehmbaren Preise!
ca. 1000 „ Knaben-Anzüge, kolossal billig!
ca. 1000 „ Knaben-Joppen, ungläublich billig!
ca. 1000 „ Knaben-Paletots, zu jedem Preise!
ca. 1000 Herren-Paletots, staunenswert billig!
ca. 1000 Herren-Anzüge, zu Engros-Preisen!
ca. 1000 Knaben-Hosen, . . . Stück 65 Pfennig!
ca. 500 Joppen für Herren, enorm billig!

E. Süsskind & Co., Rosenthaler Straße No. 9.
Ecke August-Straße.

Zirkus Albert Schumann
Heute Mittwoch, den 15. d. M., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Grande Solrée equestre. Elite-Programm. U. a.:
Mr. Willi Bale, der Mann mit dem mysteriösen Globus.
Reu! The Wally-Hoste-Trio.
Reu! Mit Francis, die Heilendünigln.
Reu! La Passio Romalino.
Nur noch kurze Zeit!
Die phänomenalen
Frères John und Louis Boller.
Die augez. Javaner-Truppe.
Die beliebte jugendliche Schulkreierin Fr. Dora Schumann.
Das einzig existierende, einen halben Saltomortale schlagende Pferd.
Jerner sämtliche Spezialitäten und Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.
Zum Schluss: Die reizende Sportpantomime: Der Tag des Englischen Derby.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee Nr. 118.
Heute: **Gr. Sonder-Abend.**
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Reine Spielfolge.
Die Neuwahl. Poffe mit Gesang.
Nach der Vorstellung: Freitanz. Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Georg Kaiser
Ein Abend in einem Amerikanischen Tingel-Tangel.
16 sensationelle Debüts.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 Uhr: Volkspreise. Jed. Sitzpl. inkl. Garderobe 60 Pf. Rauchen im Wintergarten gest.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängerkreis.
Zum Schluss! Neu! Kräutler Doktor.
Zeitbarste von Meisel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Die drei lebenden gr. anatomischen Wunder:
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Salz von 100-1200 Berl. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag: **Gr. Theater-Vorstellung.**
Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Zum unverzagten Rehberger.
Johannes Fricke, Nagstr. 13b.
Neben Mittwoch:
Frische Blut- u. Lebertwurst
in bekannter tabelloser Güte.
3 Bercin-Zimmer, Räume für Schilffischen. XXX
Fernsprecher Amt 2, 3157.

Leihhaus H. Graff
Berlin SW., Southstr. 5.
Brillanten, Uhren, Goldwaren.
25-30 % unter Ladenpreis.

Etablissement Neue Welt,
Hasenheide 108/114.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Die eiserne Maske
oder:
Die Geheimnisse eines Königshauses.
Schauspiel in 5 Akten (6 Bild.) nach dem Französischen von Lebrun. Anfang 8 Uhr. Wiedereröffnung 7 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Gältigkeit. In Vorbereitung: Steffen Langor aus Glogau.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Täglich 8 Uhr - Sonntags 7 Uhr
die besten deutschen **Komiker**
und **Soubretten.**
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder Platz 40 Pf., ein Kind frei.
Im Konzertsaal 2 Kapellen bis 1 Uhr nachts.
Schrammeln mit Sängern und ungar. Magyaren-Kapelle.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Die zärtlichen Verwandten
Lustspiel in 4 Akten v. Benedig.
Sonntags Beginn 5 Uhr, moentags 8 Uhr.
Jed. Dienstag, Mittwoch: **Theater-Abend.**
Sonnt. Mont. Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sängerkreis.**
Der kleine Saal (150 Berl.) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängerkreis.
Zum Schluss! Neu! Kräutler Doktor.
Zeitbarste von Meisel.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Die drei lebenden gr. anatomischen Wunder:
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Salz von 100-1200 Berl. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Neben Sonntag, Dienstag u. Freitag: **Gr. Theater-Vorstellung.**
Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Zum unverzagten Rehberger.
Johannes Fricke, Nagstr. 13b.
Neben Mittwoch:
Frische Blut- u. Lebertwurst
in bekannter tabelloser Güte.
3 Bercin-Zimmer, Räume für Schilffischen. XXX
Fernsprecher Amt 2, 3157.

Leihhaus H. Graff
Berlin SW., Southstr. 5.
Brillanten, Uhren, Goldwaren.
25-30 % unter Ladenpreis.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Sebastianstr. 39:

Versammlung der Metalldrücker Berlins und Umg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Neuwahl derselben.
3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:

Branchen-Versammlung der Elektromonteuere.

Tages-Ordnung:

1. Ausbau unserer Organisation.
2. Diskussion.
3. Verbands-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.
5. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Holmarch, Wrangeistr. 136:

Konferenz

der in Schraubenfabriken beschäftigten Werkzeugmacher und Einrichter.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Schraubenbetrieben.
2. Diskussion.

Sonntag, den 18. November, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, in sämtlichen Sälen:

Künstler-Konzert

arrangiert von den Metallschleifern u. Galvanisierern Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Das Konzert wird ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester.

Kapellmeister Herr M. Fischer.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Herrn, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billets 30 Pf.

Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Verband der Wäsche- u. Krawattenbranche Deutschlands

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr:

Sektions-Versammlungen für alle Branchen.

- für **Zuschneider** bei Keller, Köpenickerstr. 29 (oberer Saal).
- für **Plätterinnen** bei Borde, Neue Königstr. 7.
- für **Näherinnen** im Alten Schützenhause, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht.
2. Wie sollen unsere Tarife aussehen?
3. Diskussion.
4. Bericht und Wahl der Sektionsleitung.
5. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! Jeder erscheine in seiner zuständigen Versammlung. Die Sektionsleitungen.

Zentralverband der Töpfer

Filiale Berlin.

Donnerstag, 16. November, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Bauvertrauensmänner-Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Stellungnahme zur allgemeinen Bautenkontrolle.
3. Vollständiges Erscheinen der Vertrauensmänner, sowie Bezirksleiter und aller Funktionäre erwartet.

Der Vorstand.

Pankow - Schönhausen. Volksversammlung

am 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Kurfürsten“, Berlinerstraße.

Tages-Ordnung:

1. Fleischnot und Fleischsteuerung. Referent: Reichstags-Abgeordneter H. Wollenbuhr.
2. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson der Genossinnen.

Die Vertrauensperson.

Zahnärztl. Institut

Münzstr. 18. Künstliche Zähne v. 2 R., Jahreszahn 1 R., Plomb. v. 1,50 R., Teilzahl.



Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.

für Gas u. Petroleum + Prinzenstr. 33. Gr. Auswahl 400 versch. Kronen u. von 10-300 R.

Ausverkauf

Älterer und einzelner Muster bedeutend unter Preis. Anlässe Zahlungsbedingungen ohne Preisausschlag.

Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Lichtenberg.

Kassenlokal: Frankfurter Chaussee 156 parterre. Geöffnet von 8-1 Uhr.

Einladung.

Die Herren Delegierten zur Generalversammlung werden hiermit in Gemäßheit der §§ 51, 52, 55, 56 und 66 der Kassenstatuten zu einer am **Sonntag, den 25. November, abends 8 Uhr,** in das Lokal des Herrn **Gürsch, (Kronprinzengarten), Frankfurter Chaussee 126** einberufenen

General-Versammlung

ergebenst eingeladen. 277/10

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl des Gesamtvorstandes für den Zeitabschnitt 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1907 (§§ 40 und 41 der Kassenstatuten).
3. Wahl einer Kommission von drei Mitgliedern zur Vorprüfung der Jahresrechnung pro 1905.
4. Genehmigung der vom Vorstande mit dem Herrn Kassenzins abgehandelten Verträge.
5. Kassenangelegenheiten.

NB. Beschwerden oder Wünsche zu deren Erledigung die Einsichtnahme in die Kassenbücher erforderlich ist, müssen acht Tage vorher beim Vorstande angebracht werden.

Das Mandat ist am Eingange vorzulegen!

Der Kassenvorstand: **H. Ledeb.**

1. Borf., Lichtenberg, Siegfriedstr. 7 II.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler u. Pianofortearbeiter zu Berlin.

General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber

am Donnerstag, den 23. Nov. 1905, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer.
3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber.
4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
5. Vortrag des Mandanten Koblenzer über Krankenkassen-Kongresse.

4345 Der Vorstand.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

Am 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Neue Hochstr. 19:

Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates, Vorlegung der Bilanz und Beschlussfassung über dieselbe.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Neuwahlen. 140/1
4. Statutenänderungen.
5. Anträge und Verschiedenes.

Die Bilanz liegt den Mitgliedern im Kontor, Neue Hochstraße 19, zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

H. Michaelis, Paul Lenz.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Donnerstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

bei Feind, Weinstraße 11.

Tages-Ordnung:

1. Wahl zweier auscheidender Vorstandsmitglieder.
2. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für 1905.
3. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen der Delegierten ersucht

277/11 Der Vorstand.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung Liefero elegante fertige

Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,

Große Frankfurter Str. 87, II.

Eingang Straußberger Platz.

Welch halt Du 'ne Wunde? Kenntste Hohenbunde?

Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE



ALEXANDERPLATZ

Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Lebensmittel

Soweit der Vorrat reicht.

Gemüse-Konserven.

	Dose 1/1	1/2
Riesen-Stangen-Spargel	190	100
Pa. Stangen-Spargel extra, 20/24 Stangen	165	88 Pf.
Pa. Stangen-Spargel extra, 26/30 Stangen	160	85 Pf.
Pa. Stangen-Spargel extra, 32/36 Stangen	140	75 Pf.
Pa. Stangen-Spargel, 32/36 Stangen	130	70 Pf.
Pa. Stangen-Spargel, 40/44 Stangen	115	63 Pf.
Pa. Stangen-Spargel, 50/55 Stangen	90 Pf.	50 Pf.
Pa. Brechspargel I	110	60 Pf.
Pa. Brechspargel I, ohne Köpfe	55 Pf.	33 Pf.
Pa. Brechspargel II, ohne Köpfe	38 Pf.	24 Pf.
Kaiserschoten	100	—
Junge Schoten I	80 Pf.	45 Pf.
Junge Schoten II	52 Pf.	31 Pf.
Gemüse-Schoten	35 Pf.	23 Pf.
Schoten u. Carotten I	75 Pf.	43 Pf.
Schoten u. Carotten II	60 Pf.	35 Pf.
Leipziger Allerlei, Gemüse-Melange	50 Pf.	30 Pf.
Pariser Carotten	65 Pf.	—
Junge Carotten	50 Pf.	—
Geschnittene Carotten	35 Pf.	23 Pf.
Spinat	44 Pf.	27 Pf.
Teltower Rübchen	65 Pf.	38 Pf.
Kohlrabi in Scheiben	28 Pf.	—
Bayr. Steinpilze	125	68 Pf.
Petit-Pois très fins französische Schoten	100	—

Früchte - Konserven

	Dose 1/1	1/2	
Walderdbeeren	110	60 Pf.	
Mirabellen, Extra Qualität	65	38 Pf.	
Reineclauden, Extra Qualität	80	45 Pf.	
Aprikosen, halbe Frucht	110	60 Pf.	
Ananas-Erdbeeren, extra	125	68 Pf.	
Kirschen, sauer, mit Stein	64	37 Pf.	
Kaiserkirschen, schwarz, mit Stein	64	37 Pf.	
Birnen, weiss	64	37 Pf.	
Äpfel	64	37 Pf.	
Pflaumen, süß, halbe Frucht	58	34 Pf.	
Pflaumen, süß-sauer	68	39 Pf.	
Stachelbeeren	64	— Pf.	
Preißelbeeren	64	37 Pf.	
Znaimer Gurken	1/1 240	1/2 125	1/4 Glas 70 Pf.
Mixed Pickles	1/1 Glas 60 Pf.	1/2 Glas 35 Pf.	
Cornichons	1/1 Glas 60 Pf.	1/2 Glas 35 Pf.	
Senfgurken	per Glas 70 Pf.		
Zuckergurken	per Glas 90 Pf.		
Kürbis in Kugelform	Glas 70 Pf.		
ff. Konfitüren-Marmelade in Eimern ca. 5 Pfund	2 ⁶⁰		
Rheinisch Kraut, 2 Pfund-Dose	85 Pf.	1 Pfund-Dose 45 Pf.	
Ingber, blaue Töpfe, extra Qualität, 1/1 Topf	175	1/1 Topf 95 Pf.	
Ingber, weisse Töpfe, extra Qualität, 1/1 Topf	160	1/1 Topf 85 Pf.	

Fisch-Konserven

Ölsardinen, Sautiquet, Marke Diplomat	1/2 Dose 150	1/4 Dose 90 Pf.
Ölsardinen, Marke Carnot	1/2 Dose 175	1/4 Dose 110
Franz. Sardinen in Tomaten	1/4 Dose 68 Pf.	
Gabelbissen	1/4 Dose 65 Pf.	1/2 Dose 115
Bismarck- und Bratheringe	Dose 45 Pf.	
Anchovis und Sardinen	Glas 23 Pf.	
Kronen-Hummer, extrafein	1/1 Dose 185	1/2 Dose 100
Kronen-Hummer, prima	1/1 Dose 175	1/2 Dose 90 Pf.
Nordsee-Krabben	1/4 Dose 30 Pf.	1/2 Dose 62 Pf.
Sardellen in Gläsern	Glas 70 Pf.	
Alleerfeinster frisch geräucherter Lachs:		
bei Portionsstücken	Pfund 115	
in Scheiben geschnitten	Pfund 130	

Fleischwaren

Pa. Cervelat- u. Salamiwurst in Rinddarm	Pfd. 120
Geräucherte Gänsebrust	Pfund 140
Braunschweiger Landleberwurst	Pfund 90 Pf.
Münchener Ochsenmaulsalat	1/1 Dose 85 Pf.
Delikateß-Kasseler	Pfund 95 Pf.
Prima Gänse-Pökelfleisch mild gesalzen	
Koulen	76 Pf.
Rücken	72 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht vom 3. Quartal. Bericht des Vorstandes, des Obmannes der Schlichtungskommission, der Verfallkontrollkommission, des Bibliothekars und der Arbeitsvermittler. Wahl eines Mitgliedes für den Ausschuss. Einträge, Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 96/17 Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

Donnerstag, 16. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Festalen“, Andreasstr. 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beratung und Beschlussfassung über die Anstellung von Hauskassierern. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schöneberg! Achtung!

Donnerstag, 16. Nov., nachm. 5 Uhr, im Lokal des Kollegen Obst, Weiningerstr. 8, Martin Lutherstr. 51:

Öffentliche Versammlung

der Gast- und Schankwirte von Schöneberg, Friedenau, Steglitz und Lichterfelde.

Tages-Ordnung:

1. Warum erstreben wir eine Organisation in unserem Berufe? 2. Diskussion. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich in dieser öffentlichen Versammlung zu erscheinen. Der Einberufer: Ernst Obst.

70/8

Jedes 5 Pfennig. Das erste Wort ist fettgedruckt. Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 99 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenband Große Frankfurterstraße 9, parterre. 17

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattröttem Anlett, zusammen 10,50, nur (Planbleibe) Andreasstraße 38. *

Matrosen-geliebtes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 10068*

Sommerliches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Kalen, Stuhl 1,00, Planbleibe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 10072*

Teppiche! (sehr viele) in allen Größen für die Größe des Bettes im Teppichlager Brunn, Godesgr. Markt 4, Bahnhof Böse. 29412*

Musikwerke, Teilzahlungen. Zandlenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Eschlagstraße 40, Große Frankfurterstraße 56. 9535*

Matrassen, Sofas, Tischchen, Chaiselongue kaufen Sie am billigsten in der Fabrik Kasaria, an der Markthalle, Andreasstraße 57, Ruchelbetten 17, Kleiderständer 28, Kommoden, Aufschubregal, Tisch, Verbindung, Küchenschrank, der Geld locht.

Teppiche mit Gardinen in allen Größen, niedriger Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Winterpaletts, Jockeyanzüge, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Gehrockanzüge, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Koppen, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Herrenhosen, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Tschenuhren, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Kustkeruhrsche, sportbillig! Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Seitenverlauf, haunenerregend. Handleihhaus, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Zephdverlauf, Gardinenverkauf, haunenerregend, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Steppdecken, Bettinlette, haunenerregend, Weidenweg neuzeig. +35*

Winterpaletts, Tischdecken, haunenerregend, Weidenweg neuzeig. +35*

Steyrdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Leihhaus Rüterstr. 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldschmuck, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Dolan, Anzüge etc. *

Teppiche, Portieren, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Bücher, Bettvorlagen, neue sportbillig, Escher, Mühlstraße 17, Eingang Köstigsgraben. 8439*

Nähmaschinen, Vergüte bis 10,00, wer kauft oder nachweist, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60. *

Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 15/19, 356/20

Kanarienvogel 6,00, Vorkäufer, Seiterstr. 43, Schloßplatz 2, 57/2*

Wohlfühlverkauf in meiner Möbel- und Bekleidungs- und Schuhwaren-Handlung, 100, Köpenickerstraße 60/61, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgegriffene und verlebene geweseene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Vertikale 27,00, Ausleucht 16, Musikbellecke mit Federwaffe und Reklame 36, Taschenlo 20, Veneislo 70, Wäschekorb 30, Hubbett 28, ganze Einrichtungen billig, Transport frei. 57/5*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Kar. Dresdenstraße 38, vorn II. luf. 57/6*

Gardinen - Jweiz, Kofentenerstraße 57 I. Rein Laden, Gardinen, Teppiche, Portieren, Steppdecken außergewöhnlich billige Preise. 282/14*

Steyrdecken sportbillig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, 7116*

Zentralleihhaus, Abteilung Damenkonfektion, Jägerstraße 70. Ein Vollen zurgefügter Jacketts und Paletts von 6 Mark an. 3315*

Handliebhaber! In der herrlich gelegenen Villenkolonie Dierholz, zwei einständige Meilen vom Zentrum Berlins, gleichzeitiger Bebauungsplan, fünf Nähe für Schule etc., also keine müde Parzellierung, keine Straßenland-Abtretung, keine Kiehlfelder, sind gutgebaute Bauparzellen, 8 Mark Quadratkilometer zum ausbauen, direkt von den Eigentümern Hugo Burdhardt, Blumberg und Franz Schulz, Rixdorf, Lenaustraße 12/13 zu kaufen. 4245*

Gelegenheitskäufe: Paletts, Anzüge, Dolan, Koffer, Kenoeder, Leinwand, Uhren, Goldschmuck, Kessel sportbillig, Lude, Oranienstraße 131.

Reifenläufer, Drengröhler, Kellner, Regulatoren, Preiselbinger, Dammanitas, Grigen, Zibern, Beiten, Teppiche, sportbillig, Lude, Oranienstraße 131. 4205*

Restauranten billig zu verkaufen, Kaugegen, Komtenterstraße 31. *

Nähmaschinen, Zahl bis 10,00 Mark, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme, Woche 1,00, ohne Anzahlung, Postkarte, Deimler, Köpenickerstraße 90, 741*

Haus- und Küchengeräte, passend für Schlosser oder Kochkeller, sicheres Brot, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen, Escherstraße 59, +104*

Herrenanzüge, Winterpaletts, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgekochte Anzüge kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Jästelz, Köpenickerstraße 13 nur 3 Treppen. *

Kanarienzug, Paletts, Mädchenkleider, Jacketts, kauft man am billigsten Otto Hoffmann, Veteanenstraße 14. 8852*

Fahrräder, neue und wenig gebrauchte, ausgedehnter sehr billig, auch Teilzahlung, Große Frankfurterstraße 14. +40*

Möbelfabrik, Ganze Wohnungs-einrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung liefert die Möbel-fabrik, Schönebergstraße 73/74. 8956*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 9172*

Restaurations, Vorort Berlins, Hinterhaus Stadthaus, mit sofortiger übertragbarer Konzession, gleich zu verkaufen, Dönhofsstraße 69.

Grünfruchtgeschäft mit Kasse billig zu verkaufen, Rixdorf, Goethestraße 13. 3345*

Kanarienzug, feilig und gut klingend, und Weibchen. Klische, Deusselstraße 32. 74*

Schneefloß, 12 Jahre bestehend, Dierholzstraße 59. +112*

Braunwache, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Portieren, Steppdecken, Herren- und Damenwäsche, Handtücher, sportbillige Gelegenheitskäufe, Tac. Klopff, Spannenstraße 1. *

Bronzegasströmer! dreifachmig! 6,00! Gaszuglampen! 9,00! Salongasströmer! 15,00! Gasströmer! 1,50! Gasströmer! 3,00! Gasströmer! 6,00! - Schloß, Wassertheaterstraße 32 (Gaslocherhaus)!

Mosenberg, Kottbuserdamm 98, Mädchenhosen, Mädchenkleider, Kleiderauswahl, Sportpreise. 9138*

Mosenberg, Kottbuserdamm 98, Knaben- Anzüge, Knaben- Paletts, Koppen, Kleiderauswahl, Sportpreise.

Mosenberg, Kottbuserdamm 98, Damenjacketts, Damencapes, Jacketts, Damenwäsche, Damenblusen, Kleiderauswahl, Sportpreise. 9152*

Mosenberg, Kottbuserdamm 98, Reste Eisdör, Lammfell zu Kinderhosen, Reste Damenjacketts, Reste zu Anabenanzügen und Mädchenhosen, Kollimstoffe, Pulsmittel gratis, Kleiderauswahl, Sportpreise. 9162*

Schlesinger, Turmstraße 85, fertigt elegante Herrenanzüge nach Maß nur gegen Kasse, keine Abzahlungen.

Tambourier - Maschinen, Hofmeister, alleiniger Fabrikant E. Weismann, Gollnowstraße 26, nahe der Landwehrstraße. 9062*

Vapagenen aller Arten, Seilerische Kanarienvogel, auch Lauch, Kleiderauswahl, Kommandantenstraße 52, 9752*

Gurgelendes Restaurant Umstände halber zu verkaufen, Wilmstraße 58.

Hausruhe, Boße, billig, Wint, Gerichtstraße 19. +84

Wäsche zu Waschen sportbillig, Wint, Gerichtstraße 19. +84

Schürzen, sportbillig, Wint, Gerichtstraße 19. +84

Restaurations, Laubendör, billig veräußert, Rixdorf, Raitstraße 22.

Hierverlag, 19 Jahre bestehend, 8 Jahre in einer Hand, anderer Unternehmungen wegen sehr billig zu verkaufen. Näheres Prinzenstraße 99, Restaurant. +65

Ringschiffchen - Singermaschinen, 12,00, gutklingend, Kofe, Mühlstraße 11. 4836

Kleiderständer, Vertikale, grüne Glasgarnitur, Spieglständer, sportbillig, Kowalitz, Wusterhausenstraße 21, an Köpenickerstraße. 4375

Seifengeschäft verkauft Strahmannstraße 23. 10198

Kanarienvogel (sportbillig) Köpenickerstraße 11. 282/19*

Herrenanzüge, Winterpaletts, zurückgegriffene, hochvornehme, 18,00 bis 38,00, täglich, Sonntagserverkauf, Deutsches Verbandshaus, Jägerstraße 63, I. 4385*

Gebrauchte Nähmaschine 25 Mark vom Fachmann Gebauer, Steinwegstraße 41, Rixdorf. +121*

Restaurant am Nordbahnhof, täglich 1/2, Patriarchen-, todesherber, veräußert! Ewinenänderstraße 16, Annahmestelle. 4426

Photo-Objektive, Kameras, neu und gebraucht, in allen Preislagen, auch Umtausch, liefert die Optisch-Mechanische Werkstatt von H. Gabriel u. Co., W. Gleditschstraße 26. +104*

Kinderwagen verkauft billig, Wagner, Reichenwalderstraße 17. *

Restaurations, aufgehend, schöner Raum, billig veräußert, Branerlei Kall, Eberwalderstraße 29. +53

Sofas, Aufbetten, Matrassen, neue, billig, Graubenerstraße 2 und Gubenstraße 54. 741

Monatsanzüge und Winterpaletts von 5,00 an, Koppen von 4,50 an, Dolan von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für korpusante Figuren. Keine Garderobe zu hause billigen Preisen, aus Hand-leiden verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Koh, Mühlstraße 14. 4405*

Wohnungen.

Kunstlofterei von Frau Koschke, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Singerobölla, Ringelstift, Beerwald, Schwebelstraße 12. *

Handleibe, Prinzenstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 952*

Patentanwalt Wessel, Glöcknerstraße 94. 2605*

Berlinzimmer mit Piano, auch zur Jagdloft passend, Fernsprecher, Serrindamm, Rantelstraße 18. +145*

Handleibe Schönhauserallee 85, Franzkestraße-Bez. +53*

Damen- und Kinderkleider werden angefertigt Charlottenburg, Schulstraße 3, IV, Frau Dietrich. +125

Kaufe Holzgehende Kanarienzug, zahl 4 Mark, Koh, Franzkestraße 4.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Stellungsangebote.

Verkauf von ...

Wohnungen.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Vertreter, Reisende gegen Kommission, million gesucht von ...

Einige tüchtige Zelluloid-Rohstoff-Arbeiter bei hohem Lohn, feiner Arbeit, nach Amerika gesucht. Offerten unter Z 9 an die Expedition dieser Zeitung. 4436

Verband d. Wäschearbeiter.

Bauhandwerker!

Bauarbeiter!

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten: Wenzel, Frankfurter Allee 79. G. Hagem, Köpenickerstr. 33. G. Hagem, Or. Frankfurterstr. 91.

Nordosten: E. Zucht, Reibstr. 42. J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden: G. Rasche, Köpenickerstr. 21. Karl Wiers, Köpenickerstr. 123. Carl Weisse, Wilmstraße 41/42. V. Dehmann, Mühlstraße 24. H. Vogel, Deummeierstr. 32. H. Zieg, Invaldenstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Salzweidestr. 8.

Südwesten: G. Werner, Rittenwalderstr. 30. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden: Et. Fris, Ringenstr. 31. J. Gutschmidt, Kottbuserdamm 8.

Südosten: Paul Böhm, Langenir Platz 14/15. P. Porich, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg: G. Scharrer, Schenkestr. 1.

Friedrichshagen: C. Zeitel, Kronprinzenstr. 60.

Rixdorf: W. Gehrich, Prinz Handwerkerstr. 7. Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg: Witz-Bännter, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee: W. Reide, Ebdammstr. 53. Jul. Schiller, König-Charlottenstr. 30a.

Reinickendorf: G. Gurlich, Weidenstr. 108.

Singer & Co., Berlin SW.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. - Verwaltungsstelle Berlin. Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II. Freitag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Ordentliche General-Versammlung für alle Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen. 2. Berichte: a) Kassenbericht; b) Arbeitsnachweisbericht per 3. Quartal 1905. 3. Diskussion. 4. Bericht und Neuwahl der Mitglieder zum Vorstand. 5. Erziehung eines Mitgliedes zum Hauptvorstand an Stelle des Kollegen Lehmann. (Bei dieser Wahl kommt nur ein Transportarbeiter in Betracht.) 6. Anträge und Geschäftliches.

Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist ein zahlreicher Besuch erforderlich. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rest ist, hat keinen Zutritt.

Der Vorstand.

In der Straßsache gegen den Reichstagsabgeordneten, Redakteur und Schriftsteller Fritz Wilhelm Otto Kunert in Südde bei Berlin, geboren am 15. September 1850 in Alt-Landsberg, Kreis Niederbarnim, evangelisch, wegen öffentlicher Beleidigung hat die Erste Strafkammer des kgl. Landgerichts in Halle a. d. S. am 26. Juni 1905 für Recht erkannt:

Der Angeklagte, Reichstagsabgeordneter, Redakteur und Schriftsteller Fritz Wilhelm Otto Kunert am Ende bei Berlin ist der öffentlichen Beleidigung von Mitgliedern des ehemaligen deutschen ostasiatischen Expeditionskorps schuldig und wird deshalb unter Auflegung der Kosten des Verfahrens zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Dem kgl. preussischen Kriegsminister wird die Befugnis ausgesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils je einmal im „Reichsanzeiger“, „Militärwochenblatt“, im „Vorwärts“ und im „Kasseler Volksblatt“ binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.

Halle a. S., 10. November 1905. Der Erste Staatsanwalt.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Verbandsbureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 8. Telefon: Amt IV, Nr. 4493.

Achtung, Bauarbeiter der Firma H. Raebel! Donnerstag, den 16. November, abends 8 Uhr, in den Armeehallen, Kommandantenstraße 20:

Versammlung aller bei obiger Firma beschäftigten Hilfsarbeiter (Einschaler, Träger u. Arbeiter).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen K. Dräger. 2. Diskussion. 3. Interne Angelegenheiten aus unserm Arbeitsverhältnis. 4. 11/12* Das Erscheinen aller bei der Firma H. Raebel beschäftigten Hilfsarbeiter ist erforderlich. Die Verbandsleitung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.) Freitag, den 17. November, nachm. 5 Uhr:

Versammlung beim Kollegen Wilke, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbandsangelegenheiten. 70/9 Die Ortsverwaltung.

Der Zahlabend für Berlin findet heute Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Mittwochabend finden die Bezirksfestungen (Zahlabend) in den bekannten Lokalen statt.

Der Schönweide. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, in der heutigen Generalversammlung die Bücher der Bibliothek zwecks Inventur abzuliefern. Der Vorstand.

Romows-Neuendorf. Parteigenossen! Am Freitag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, wird Genosse Rubeil im Lokale des Herrn Otto Hiemele, Wallstraße 55, nochmals verlesen, mit den Vorträgen „Erläuterungen zum Parteiprogramm“ zu beginnen. Sollte der Besuch der Genossen wieder ein so geringer sein als am letzten Freitag, so wird von weiteren Vorträgen abgesehen werden. Es ergeht an die Parteigenossen deshalb das dringende Ersuchen, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Es soll pünktlich um 8 1/2 Uhr angefahren werden. Schluß 10 Uhr. Der Vorstand.

Die Kreisconferenz für den Wahlkreis Ost- und West-Sternberg findet am Sonntag, den 19. d. M., in Sonnenburg statt. Auf der Tagesordnung stehen die Gründung eines Wahlvereins, die Presse und die Lokalfrage.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu den Stichwahlen. Der Vorstand des national-liberalen Wahlvereins verleiht ein Zirkular, durch welches alle bürgerlichen Wähler, die den Sieg der Sozialdemokratie in den Stichwahlen verhindern wollen, um Einsendung möglichst hoher Beiträge ersucht werden. Die Herren beabsichtigen, wie es in dem Schreiben heißt, die Niederlage der Sozialdemokraten bei den Hauptwahlen am 23. November zu einer endgültigen und vollkommenen zu machen. Das ist aber nur möglich, wenn genug Geld zur Erledigung der nötigen organisatorischen und agitatorischen Arbeiten vorhanden ist. Sache unserer Genossen wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Hoffnungen der Bourgeoisie zunichte werden. Bei jeder Parteigenosse seine Pflicht, dann werden wir ohne Ansehen von Geldmitteln die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten so verrichten können, daß die bezahlte Arbeit der liberalen Organisatoren und Agitatoren vergebens gewesen sein wird.

Für eine bessere Ausgestaltung des im Van begriffenen Schiller-Theaters fordert der Magistrat eine Erhöhung der auf 1 400 000 M. festgesetzten Kaufsumme um 76 000 M. Außerdem soll das Grundstück des Schiller-Theaters, damit in späterer Zeit eine Erweiterung der Paragazin- und Kulissenräume möglich ist, durch Hinzunahme einer etwa 66 Quadratrußen großen Fläche vergrößert werden; die Kosten hierfür in Höhe von 1500 M. für die Quadratrußen werden Anleihenmitteln entnommen und dem Conderetat der Verbreiterung der Bismarckstraße zugeführt. Auf dieser Erweiterung des Grundstückes soll im Anschluß an den Theaterbau ein Gebäude errichtet werden, welches die Bureauräume für das Schiller-Theater und einen Saal für Volksunterhaltungs- und Volksbildungszwecke, der etwa 450 Personen faßt, mit den nötigen Nebenräumen enthält. Die Ausführungskosten dieses Gebäudes dürfen den Betrag von 12800 M. nicht überschreiten. Die Schiller-Theater-Aktiengesellschaft übernimmt auch dieses Gebäude von der Stadt in Pacht; sie darf den Saal nur zu Volksunterhaltungs- und Volksbildungszwecken verwenden oder verpachten und ist verpflichtet, die jetzigen Beträge, welche sie bei Weitervermietung des Saales erheben wird, nur mit Genehmigung des Magistrats festzusetzen und zu erheben. Die Vorlage steht bereits auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Rixdorf.

Die Gewerbe-Deputation hielt endlich einmal wieder — seit dem 5. Januar — eine Sitzung ab. Die Aufnahme der in Rixdorf wohnenden, auf Grund ihrer Beschäftigung in Berlin aber der dortigen Pflicht-Hortbildungsschule zufallenden jugendlichen Personen in die hiesige Hortbildungsschule wurde abgelehnt. Die Berliner Meister dieser jungen Leute — so wurde begründend ausgeführt — lägen es zu sicher gern, wenn letztere in unsere Schule gingen, weil in dieser der Unterricht wesentlich später am Abend beginnt als in der Pflicht-Hortbildungsschule in Berlin, sie also nicht nötig haben, ihren Lehrlingen an den Schulabenden vorzeitig Feierabend zu geben. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß auch Rixdorf über kurz oder lang die fakultative in eine obligatorische Hortbildungsschule umzuwandeln müsse, in die dann schon der Kosten wegen nur die im Orte beschäftigten jugendlichen Arbeiter aufzunehmen seien, sei die Abweisung der der Berliner Schule zufallenden geboten. — Zur Beratung standen ferner — neben unbedeutenden — einige wichtige Abänderungsvorschläge zum Gewerbegerichts-Statut. So soll u. a. im § 13, der Wahlort und Wahltermin bestimmt, die Frist, welche zwischen der Wahl und der Bekanntgabe derselben liegen muß, von zwei auf vier Wochen verlängert werden. Ferner haben Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerbeisitzer des Gewerbegerichts-Ausschusses gemeinsam beantragt, den zweiten Absatz dieses Paragraphen, der die Vernahme der Wahl an einem Sonntage verbietet, in das Gegenteil umzuändern, dahingehend nämlich, daß die Wahl für die Arbeitnehmer am Sonntage erfolgen muß. Dieser so selbstverständliche, vernünftige Antrag fand aber bei den meisten bürgerlichen Mitgliedern, die wohl infolge ihres völligen Mangels an sozialer Einsicht in diese sozialpolitische Deputation hineingelassen sind, keine Gegenliebe. Obwohl festgestellt wurde, daß Rixdorf überhaupt der einzige Ort sein dürfte, der noch eine Bestimmung über dieser Art im Ortsstatut hat, doch ferner die seinerzeit schon einmal vorgenommene Sonntagswahl sich glatt abgewickelt habe und ordnungsmäßig verlaufen sei — was von den Wählern am Sonntage bisher nicht gesagt werden könne —, so wurde trotzdem durch Mehrheit nicht erst zu nehmende Einwände versucht, die alte Bestimmung aufrecht zu erhalten. Zwar tauchte ja der jadensteinige Einwurf der Sonntagseinstellung diesmal nicht auf; dafür wollte man aber die Arbeiterfamilien vor dem Zusammenbruch retten. Die innungsmesserschen Kämpen haben nämlich entdeckt, daß durch die Sonntagswahl die Arbeiter dazu verführt werden, in der Anlei-

ihren Wochenlohn zu verprassen, so daß Weib und Kind nicht allein um den gemüthlichen Sonntagnachmittag, sondern auch um die Existenzmittel kämen. Schredlich! Diese und ähnliche „Gründe“ wurden herbeigeschleppt, um zu vertuschen, daß, wie sehr treffend den Herren entgegengehalten wurde, das ganze Arbeiterwahlrecht ein Horn im Auge ist. Der Vorschlag, den Sonntag als Wahltag zu bestimmen, wurde schließlich mit Majorität angenommen. — Eine gleich lebhafteste Auseinandersetzung rief die gleichfalls von Arbeitgebern sowohl als Arbeitnehmern beantragte Erhöhung der Entschädigung der Beisitzer hervor. Der bisher gezahlte Satz von 4 M. soll für Sitzungen bis zu vier Stunden gelten, jede weitere Stunde aber mit 1 M. bis zum Höchstbetrage von 8 M. vergütet werden. Von derselben Seite und mit gleichwertigen Einwänden wie beim § 13 Absatz 2 wurde versucht, auch diese notwendige Verbesserung zu verhindern; glücklicherweise ohne Erfolg. Die Deputation beschloß, dem Magistrat die von den Beisitzern gewünschte Aenderung zu empfehlen. — Die übrigen Änderungen waren teils redaktioneller Natur, teils aus Zweckmäßigkeitsgründen nötig und hatten keine prinzipielle Bedeutung.

„Die Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiter-Verbandes“ war das Thema, das der Gewerkschafter A. Raith-München in einer am 9. November bei Thiel, Rixdorf, stattgehabten, von annähernd 500 Personen besuchten Versammlung behandelte. Raith wies zahlenmäßig nach, in welcher Weise auch in der Holzindustrie die Maschine Eingang und Verbreitung gefunden habe, um in seinen weiteren Ausführungen auf das gewaltige Ringen zu kommen, das sich in der Holzbranche zwischen Kapital und Arbeit abspiele. Er zeigte, daß nur eine gute Organisation in der Lage sei, Verschlechterungen abzuwehren und eine glücklichere Position für die Arbeitenden zu erringen. Die Arbeiter würden um so mehr zu erreichen vermögen, je besser ihre Organisation sei; deshalb sei es dringend nötig, die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen.

Schöneberg.

Stadtvorordneten-Versammlung vom 13. November. Eingegangen sind Petitionen der städtischen Oberlehrer um Gleichstellung im Gehalt mit den Oberlehrern Berlins und der höheren Beamten um Gewährung einer Teuerungszulage und Erhöhung der Mietsentschädigung.

Einem vor längerer Zeit von der Stadtvorordneten-Versammlung angenommenen Antrage, nach welchem der Magistrat ersucht wird, eine Denkschrift über die voraussichtliche Ausgestaltung des Verwaltungswesens der Stadt in den nächsten drei Jahren anzuarbeiten, konnte vom Magistrat bis zu dem gewünschten Termin nicht entprochen werden. Die Versammlung erklärt ihre Zustimmung zur Vertagung, bis die Fassung des Kammererpostens erledigt ist.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Bericht des Ausschusses für Abänderung einiger Paragraphen der Geschäftsordnung. Als feinerzeit die Goldfeld-Affäre in der Stadtvorordneten-Versammlung behandelt wurde und Petitionen in dieser Sache an einen Ausschuss zur Vorberatung gingen, verlangte der Magistrat nach der alten Geschäftsordnung, daß zunächst die Petitionen den Instanzenweg zu gehen haben, ehe der Ausschuss dazu Stellung nehmen könne. Die vorgeschlagenen Abänderungen, nach welchen der Petitionsausschuss selbständig ohne Rücksicht auf den Magistrat zu den ihm überwiesenen Petitionen Stellung nehmen kann, werden nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen.

Ein Gesuch der Schöneberger Rettungswache um Gewährung eines jährlichen Zuschusses von 2000 M. wird dem Etatsausschuss zur Veranschlagung überwiesen. Ein weiteres Gesuch derselben um Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 M. für das Krankenapparat-Verleihinstitut und von 50 M. als Entschädigung für einen Wärter wird einstimmig angenommen.

Eine ausgedehnte Debatte, in der das Hausagrarierum seine Macht in ungeschminkter Weise zu erkennen gab, entspann sich über die Petitionen der mittleren und unteren Beamten (sowohl wie der Lehrer um Erhöhung ihrer Mietsentschädigung. Der Petitionsausschuss hatte den Wünschen derselben entsprochen und empfahl eine Erhöhung der Mietsentschädigung für die mittleren Beamten und Lehrer von 650 auf 700 M. und für die unteren Beamten von 450 auf 500 M. Der Berichterstatter trat in warmen Worten für den Beschluß des Ausschusses ein, indem er den Nachweis lieferte, daß über zwei Drittel der betreffenden Beamten schon jetzt eine höhere Wohnungsfläche zahlen, als die Entschädigung ausmacht. — Für die Hausbesitzer waren diese Ausführungen das Signal zu einer Verteidigung ihrer ansehnlich gefährdeten Interessen. Vergeblich suchten sie den Nachweis zu führen, daß die angegebenen hohen Wohnungsmieten übertrieben seien. Stadtv. Johansen beantragte unter lebhafter Zustimmung der Hausbesitzer, die gesamten Petitionen dem Etatsausschuss zu überweisen und bis zu den Staatsberatungen des nächsten Jahres zu vertagen. Stadtv. v. Frankenberg benutzte die Gelegenheit, um besonders scharf mit den Lehrern ins Gericht zu gehen, die bei den letzten Wahlen in maßloser Weise gegen seine Person gehetzt hätten, um ihn aus der Stadtvorordnetenversammlung herauszubringen. Er könne auch nicht begreifen, wie ein Lehrer eine Wadeneinrichtung in seiner Wohnung verlangen könne, denn in der Provinz gäbe es so etwas auch nicht. Stadtv. Vartels protestierte gegen die Behandlung dieser Petitionen in dem Petitionsausschuss, das wäre Sache des Etatsausschusses gewesen. Stadtv. J. J. J. wendet sich gegen von Frankenberg und weist darauf hin, wie man die Lehrer von bürgerlicher Seite bearbeitet, wenn man sie mal gebrauchen will. Stadtv. Krüger (Soz.) betont, daß es Pflicht der Kommune wäre, die Lehrerschaft von jeder wirtschaftlichen Sorge zu befreien, damit sie ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht werden können. Wenn auch die Lehrer und Beamten bei den Wahlen stets gegen uns und für die bürgerlichen Kandidaten eintreten, so hindere dies die sozialdemokratischen Vertreter keineswegs, die Wahlrechtsfrage zu bejahen. Stadtv. Hoffmann (Soz.) bedauert, daß die Mehrheit der Versammlung so wenig praktische Erfahrung habe, sie würde sonst zu einem anderen Urteil kommen. Wenn wir noch vor den Wahlen ständen, so würde sicherlich eine ganz andere Sprache geführt werden. — Der Antrag Johansen gelangte dann mit großer Mehrheit zur Annahme gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und weniger bürgerlicher Stadtvorordneten.

Sodann wandte sich die Versammlung dem Antrage des Magistrats zu, nach welchem diejenigen Beamten, die 450 M. Mietsentschädigung erhalten, eine einmalige sofort auszahlbare

Teuerungszulage in der Höhe von 50 M. gewährt werden soll. Der Ausschuss empfiehlt, diese Teuerungszulage auch den Beamten zu gewähren, die nur 300 M. Mietsentschädigung erhalten. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, diese Zulage allen städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu gewähren. Stadtv. Krüger führte aus: Wenn betont wird, daß es für die städtischen Beamten schwer sei, bei den jetzigen teuren Verhältnissen mit ihren Gehältern auszukommen, so trifft das in noch viel größerem Maße bei den Arbeitern, die keine Mietsentschädigung erhalten, zu. Den wirtschaftlich Schlechtestgestellten sei es sogar unmöglich, in normalen Zeiten mit ihren Löhnen auszukommen. Den außerordentlichen Verhältnissen muß auf jeden Fall Rechnung getragen werden. — Nach kurzer Debatte gelangten alle drei Anträge zur Annahme. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag merkte man es der Mehrheit an, daß ihnen derselbe etwas überrascht kam; es fand aber niemand den Mut, dagegen zu sprechen.

Eine ausgedehnte Debatte gab es noch über den Antrag des Magistrats, den zum Gemeindevorsteher von Wehensee gewählten Stadtrat Dr. W. W. W. ohne Innehaltung der Kündigungsfrist von seinem Amte zu entbinden. Dem gestellten Antrage wurde schließlich mit Mehrheit zugestimmt.

Der Ausdehnung des Kaufmannsgerichtes auf Friedenau stimmte die Versammlung ebenfalls zu.

Der Stadtv. Guttsche, zweite Abteilung, hat sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt.

Friedenau.

Arbeiterriß. In der Optischen Anstalt von C. S. Götz hat sich am Montag nachmittags kurz vor 4 Uhr ein schwerer Unglücksfall abgespielt. In der Stanzerei wurden dem 17-jährigen Arbeiter Stoil die Finger der linken Hand vollständig abgequetscht. An einer kleinen Ergosterpresse war er mit planieren von Metallteilen beschäftigt, dabei geriet er mit der linken Hand unter den Planierstempel. Da in der Abteilung nicht einmal ein Verbandskasten vorhanden war, mußte erst aus einer anderen Abteilung einer geholt werden. Während man in dem errichteten Neubau ein Krankenzimmer eingerichtet hat und auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, fehlt es im eigenen Betriebe an Verbandskästen.

Witgeteilt wird uns noch, daß in einigen Abteilungen dieses Betriebes die Maschinen so dicht stehen, daß es als ein Kunststück gilt, dort durchzukommen und es ist nur ein Wunder, daß nicht noch mehr passiert.

Röpenitz.

Ein rätselhafter Todesfall erregt in Röpenitz großes Aufsehen. In einer Blutlache wurde in der gestrigen Nacht im Hausflur des dortigen Grundstückes Mägdeleimerstr. 41 der 40 Jahre alte Arbeiter Friedrich Leschnitz tot aufgefunden. Am Kopf wies die Leiche Verletzungen auf, aus denen das Blut herangeströmt war. Er war bereits abends gegen 11 Uhr in das erwähnte Haus, in dem er mit seiner Familie wohnte, eingetreten und in seiner Begleitung waren zwei Männer gesehen worden. Erst geraume Zeit später fand man dann die Leiche des Arbeiters auf. Hinterläßt eine Witwe mit sieben noch unminorigen Kindern. Ob der Tod infolge der Verletzungen eingetreten bezw. ob L. einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, wird die ärztliche und polizeiliche Untersuchung ergeben.

Romows-Neuendorf.

Heute, Mittwoch, abends von 8—10 Uhr findet die Delegiertenwahl zur Orts-Krankenkasse statt und zwar im Restaurant „Vollgärten“ in Romows. Nur die vom Gewerkschafts-Komitee aufgestellten Kandidaten vertreten in wirksamer Weise die Interessen der Kassenmitglieder; veräume niemand, seine Stimme abzugeben.

Eine gemeinsame Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich am Freitag mit der Überlegung des Eisenbahnkörpers durch Romows-Neuendorf. Der Gemeindevorsteher referierte über die Entwidlung und den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit und teilte mit, daß er und sein Kollege aus Neuendorf in dieser Sache persönlich beim Landrat gewesen seien und sich nur unter der Bedingung bereit erklärt hätten, die Leistung eines Zuschusses zur Ausführung des genannten Projekts bei ihren Gemeindevertretungen zu bekräftigen, wenn damit eine Erweiterung der hiesigen Bahnhofsanlage in der gewünschten Weise verbunden wäre. Aus den Plänen sei nicht ersichtlich, in welcher Weise die Überlegung des Bahnkörpers erfolgen solle. Risse zu diesem Zwecke ein Wall gezogen werden, so würden dadurch die an der Bahn liegenden Grundstücke bedeutend entwertet, was einen empfindlichen Steuerausfall zur Folge habe. Die Gemeinden hätten dann nicht nur keinen Vorteil, sondern einen beträchtlichen Schaden. Auch über die Höhe der Gesamtkosten sowie des zu leistenden Zuschusses sei keine klare Auffassung gegeben worden. Die Bahnverbindung mit Berlin sei in den letzten Jahren immer schlechter geworden, so daß heute von vormittags 6—12 Uhr kein Anschlag in Neu-Neuendorf ohne erheblichen Zeitverlust zu erreichen sei. Der Neuendorfer Gemeindevorsteher betonte, daß die Zahlung eines Zuschusses zu der Überlegung des Bahnkörpers geradezu eine Torheit und Geldverschwendung wäre. Als einziger Diskussionsredner belächelte Genosse Grühl in ausführlicher Weise die hiesigen Bahnverhältnisse. Er führte unter anderem aus, daß die hiesigen Gemeinden von der Bahnbehörde seit jeher als Stiefkinder behandelt worden seien; das liege zum großen Teil daran, daß die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung beider Orte aus armen Leuten bestehe. Wären die Gemeinden Villenkolonien, so wären die jetzigen unerhörten Zustände längst geändert worden; das beweise Neu-Neuendorf. Auch von Nikolasssee, Behrenstraße usw. habe man eine bedeutend bessere Verbindung, trotzdem die dortigen Bahnhöfe an fast völlig unbenutztem Terrain liegen, das sich in den Händen von Spekulanten befindet. Während man uns die Errichtung eines Güterbahnhofs verweigert, soll nach Zeitungsnachrichten in Ardenau, welches lange nicht so industriell entwickelt ist wie Romows-Neuendorf, ein zweiter Güterbahnhof gebaut werden. Und da verlangt der Minister, daß wir Zuschüsse leisten sollen in einem Unternehmen, welches einzig im Interesse der Bahnbehörde auszuführen werde, denn diese halte für etwaige durch den jetzigen Zustand herbeigeführte Unglücksfälle. Das bisher noch kein Unglück passiert sei, müsse geradezu als ein Wunder betrachtet werden. Es müsse mit aller Macht darauf hingearbeitet werden, daß die

fehlerhaften Zustände geändert werden, damit nicht eine ähnliche Katastrophe wie in Steglitz eintrete. Zu diesem Zwecke solle die Defensivität durch die Presse und durch Veranlassungen über diese Angelegenheit unterrichtet und für die Sache interessiert werden. Ferner müsse eine Statistik aufgenommen werden über den Verkehr, der sich über den Bahübergang erstreckt, um so allen Interessenten zu zeigen, wie dringend notwendig eine Verbesserung der hiesigen Bahnhöfe sei. — Nach diesen Ausführungen fasste die Versammlung einstimmig den Beschluss, zu einer Höherlegung des Bahnhöfes seinen Kostenbeitrag zu leisten. Dieser Beschluss soll mit einer ausführlichen Begründung dem Minister zur Kenntnis gebracht werden.

Johannisthal.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab die Kommission zur Schaffung einer Fahrverbindung zwischen dem Bahnhof und dem Ort die Offerten bekannt, die betreffs der Verpachtung und des Betriebes des vom Ort gestellten Omnibusses eingelaufen waren. Der Zuschlag wurde dem Restaurateur Bede (Lindenhof) erteilt. Ein Antrag des stellvertretenden Schöpfen Prommel, den Königsplatz vollständig zu pflastern, wurde mit Rücksicht auf andere notwendige Pflasterungen abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Baukommission, eine Erweiterung am Rathausbau vorzunehmen. Ausschlaggebend für den letzten Beschluss waren die dadurch erforderlichen erheblichen Unkosten. Einige neue Laternen sollen angeschafft werden. Auch sollen in Zukunft auf dem Promenadenweg zur Bahn anstatt drei fünf Laternen in der Nachtzeit brennen.

Vorgsdorf-Pinnow.

In einer öffentlichen Versammlung referierte am Sonntag in Pinnow der Landarbeiter Alb. Schmidt über: „Landarbeiter und Sozialdemokratie“. Schmidt schilderte an der Hand seiner eigenen Erfahrungen die Rechtslosigkeit der Landarbeiter, um schließlich darauf hinzuweisen, dass nur inner und allein die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ernsthaft für die Landarbeiter eintritt und ihnen eine Befreiung von dem Sklavensoch bringen könne. In der Diskussion wurde von verschiedenen Genossen die Arbeiterfeindschaft der sogenannten parteilosen Presse aufgezeigt und zum Abkommen auf die sozialdemokratische Presse aufgefordert. Auch der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation wurde das Wort geredet; auf Beachtung der Lokalfrage muss besonders Gewicht gelegt werden. Zur Entgegennahme von Aufnahmen für den sozialdemokratischen Wahlverein für Vorgsdorf und Umgegend erklärte sich Genosse Haule, Birkenwerder, bereit.

Steglitz.

Der schwere Raub auf dem Postamt in Steglitz wird noch in dieser Woche seine Sühne finden. Gegen die Brüder Gierndt, die seinerzeit den auffahrenderen nächtlichen Einbruchdiebstahl in dem Steglitzer Hauptpostamt verübten, ist jetzt das Vorverfahren abgeschlossen und die Anklage erhoben worden. Sie lautet auf verübten schweren Diebstahl bezw. Anstiftung dazu. Die Hauptverhandlung gegen die beiden Täter wird am nächsten Donnerstag vor der fünften Strafkammer des Landgerichts II stattfinden.

Spandau.

Kohlenoxyd-Vergiftung. Die Mannschaft des Schleppdampfers „Jungfer“ aus Spandau, der bei der Cholera-Überwachungsstation in Satrow auf der Havel vor Anker lag, wurde in der Nacht zum Montag durch Kohlenoxyd vergiftet. Die Leute hatten noch am Abend frische Kohlen in den eisernen Öfen geschüttet und nicht bemerkt, dass die oberen Verschlussringe sich verschoben hatten. Die austretenden Gase wurden von den in der Kajüte schlafenden vier Personen eingeatmet; morgens lagen sie sämtlich bewegungslos da. Der Arzt der Kontrollstation stellte fest, dass einer, der Postmann Fernow, bereits tot war. Die andern drei wurden schwer krank in das Potsdamer Krankenhaus geschafft.

Potsdam.

Stadtverordneten-Versammlung. Mit einem Nachruf für den verstorbenen Oberbürgermeister Jaehne wurde die letzte Sitzung eingeleitet. Nach Bewilligung einer Grabstätte nebst Denkmal für den Genannten wird dann ebenso noch die neue Turmuhr der Nikolaikirche bewilligt sowie die Spende für die Silberhochzeit des Kaiserpaars im Betrage von 10 000 M. Die Summe soll als Grundstock einer allgemeinen Sammlung dienen, die dem hiesigen Kaiser Wilhelmfest überwiesen werden wird. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Regulierung der Neuen Königstraße. Dieses Schmerzenskind der Versammlung hat jetzt zwar endlich nach jahrelangen Vorbereitungen die Zustimmung zu seinem neuen Anzug bekommen, aber die Kosten dafür sollen erst in einer späteren Sitzung bewilligt werden. Es wird also noch eine Weile dauern, ehe die Neue Königstraße in die geplante Prachtstraße umgewandelt sein wird. Ihr Charakter als Promenadenstraße soll gewahrt bleiben. Der Anspuch der zuziehenden Beamten auf die übliche 11 m z u g s t o f e n -Entschädigung wird mit dem Zusatz versehen, dass die gewährte Entschädigung zuzuschlagen ist, falls der Beamte innerhalb fünf Jahren seinen Posten wieder aufgibt. Rechnungs- und Personalfragen bildeten den Schluss der Sitzung, die im allgemeinen ebenso monoton verlief, wie das regnerische Wetter draußen.

Berliner Nachrichten.

Die Beerdigung des Genossen Otto Fürschel, der am Mittwoch bei Uebermittlung von Wahlergebnissen von seinem Rade stürzte und in der Folge einer schweren Gehirnerschütterung erlag, findet am Donnerstag, also morgen nachmittags Punkt 3 Uhr vom Leichenhaus, Hannoverstraße 6, nach dem Friedhof der Bionds-Gemeinde in Nordend statt. Die Vertrauensleute bitten um zahlreiche Beteiligung.

Die rote Karline. Graf Plücker hat ein neues Schlagwort geprägt. Dem roten Manasse ist jetzt die rote Karline gefolgt. In der vorgestrigen von 1000 Personen besuchten Volksversammlung versprach Graf Plücker sich zu „bessern“. Ein Diskussionsredner hatte gesagt, der Graf möge doch nicht nur Pfaffen brechen. Wenn der Graf den ersten Juden todschläge, schlage er den zweiten tot. Hierauf erklärte Graf Plücker, wenn er jemals gesagt habe, er wolle einen Juden todschlagen, so nehme er das zurück. Nicht todschlagen müsse man die Juden, sondern freicheln, so freicheln, dass die Wasserbände das Hasenpanier ergreife. Er sei in seiner Jugend ein wilder Junge gewesen. Er hätte alle Kinder mit Steinen beworfen und seine Schwester mehr als zuviel geprügelt. Im Laufe der Zeit sei er aber artiger geworden, und jetzt sei er so artig, dass er gar nicht mehr wisse, wie er noch artiger sein solle. Berlin werde noch das Schicksal von Sodom und Gomorrah teilen, wenn es nicht von der Sünde ablasse. Er weine viel über Berlin, denn seine Strafe werde entsetzlich sein. Tief betrübe es ihn, dass die rote Arbeiterschaft nichts von ihm wissen wolle. Und er sei doch sicher, der antisemitische Karren komme erst dann in Schwung, wenn die rote Karline mit der Revolverknause und der rote Schulze mitmachen. Bei der Vertreibung der schwarzen Palanken sei doch so viel Leute zu machen. Rote Karline, bedenke doch, da gibt es dann goldene Profchen, die neuesten Hüte mit grünen und gelben Federn, Kostbarkeiten und Schmuck. Alles das würde dir dein roter Schulze mitbringen. . . In dieser lieblichen Tonart ging es fort.

Rechnungen wurden zwei Einbrecher, die einer Handelsfrau am Grünen Weg 83 die Wohnung ausgeräumt hatten. Der neunjährige Sohn des Aufseher Heinrich Beder kam öfter in die Wohnung der Handelsfrau, einer Witwe S., weil seine Mutter dort Aufwartedienste leistet. Bei diesen Gelegenheiten sah er manches, was ihm gefiel, und er gewann einen mehrfach vorbereiteten Einbrecher Alfred Sandermann zur Ausführung eines Diebstahls. Beder suchte genau, wenn Frau S. in der Parkhalle zu tun hatte und seine Mutter mit

ihren Arbeiten fertig war. Vorhitzshalber stand er auch noch „Schmiere“, während Sandermann die Wohnung aufbrach und Wäsche, Kleidungsstücke, Uhr und Kette, Profchen und sonstige Schmuckgegenstände, kurz alles, was ihm mitnehmenwert erschien, zusammenpackte. Ohne aufzufallen, entliefen die Diebe mit der Beute. Uhr, Kette und verschiedene Schmuckgegenstände schenkte Beder seiner Geliebten in Lichtenberg, die anderen Sachen verkaufte die Einbrecher, um sich den Erlös zu teilen. Beder verschwand von seiner Mutter, sobald er merkte, dass ihr sein Geldbörse aufgefallen war. Die Frau ging nun zur Polizei und meldete ihn als vermisst. Jetzt gelang es ihr zu fassen. Vor der Kriminalpolizei, der seine Mutter ihren Verdacht mitgeteilt hatte, legte er ein Geständnis ab und nannte auch seinen Helfersbender. Sandermann wurde ebenfalls ergriffen und mit ihm in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Als die Geliebte Beders von der Festnahme hörte, zertrümmerte sie die Uhr und warf sie in das Kloset. Die anderen Sachen dagegen behielt sie. Diese wurden ihr von der Kriminalpolizei wieder abgenommen. Das Mädchen will von der Herkunft der Geschenke nichts gewusst haben.

Selbstmordmanie. Die 21 Jahre alte Schlosserfrau Paula Muejeler aus der Vossenstr. 6 war auf ihren Mann grundlos eifersüchtig. Darüber gab es vorgestern nachmittag einen hässlichen Streit, der Muejeler veranlasste, auszugehen. Die junge Frau regte sich hierüber so auf, dass sie Whisky trank. Als ihr Bruder, der bei ihr in Schlafstube wohnt, um 8 1/2 Uhr nach Hause kam, lag sie bewegungslos vor dem Bett, in dem ihr 1 1/2 Jahre altes Kind schlief. Der junge Mann ließ sie mit einem Kutschenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. — Die 67 Jahre alte Witwe Katharina Krupka geb. Rudolph aus der Tempelhofstr. 10 wurde gestern mittag von ihrem Sohne, der von der Arbeit kam, in ihrer Wohnung tot auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Nach dem Gutachten eines Arztes hatte sie Gift genommen und war bereits einige Stunden tot. Was sie dazu veranlasste, ist noch nicht bekannt. — Der 68 Jahre alte Maschinenstepper Gustav Schulz aus der Kaiserstr. 5 war seit langer Zeit lungenkrank. Um seinem Leiden ein Ende zu machen, goß er vorgestern abend zwei Flaschen Morphiumtropfen, die ihm der Arzt verschrieben hatte, zusammen und trank alles auf einmal aus. Nach kurzer Zeit erlag er der Wirkung des Giftes.

Ein nächtlicher Ueberfall im Tiergarten. In der vergangenen Nacht hatte sich der 22jährige Eisenträger Fritz Richter aus der Klopffeldstr. 9 im Tiergarten in der Nähe der Schloßjenninfel mit seiner Frau für einen kurzen Augenblick auf einer Bank niedergelassen. Die R. der Behörde gegenüber angibt, tauchten nun plötzlich hinter ihm zwei verdächtige Gestalten auf und während einer der Burschen ihn, den R., beschuldigte, er habe sich mit seiner Frau eines Vergehens schuldig gemacht, drang der andere auf den Eisenträger ein und schlug ihn mit einem schweren Stoß so kräftig auf den Kopf, daß der Angegriffene eine stark blutende Wunde erlitt. Jetzt wollten die beiden gefährlichen Gesellen gemeinsam gegen ihr Opfer vorgehen. Sie kamen jedoch an die falsche Adresse. R., ein Hüde von Gestalt, streckte den einen der Angreifer mit einem Faustschlag zu Boden und packte den Komplizen fest an der Brust, um ihn nach der nahe gelegenen Polizeiwache zu bringen. Dann suchte der Ueberfallene die Unfallstation am Zoologischen Garten auf, um sich dort die Kopfverletzung verbinden zu lassen.

Eine Stellen- und Kautionschwindlerin, die in der Gegend des Alexanderplatzes ihr Unwesen trieb, wurde von der Kriminalpolizei unerschütterlich gemacht. Eine gewisse Elisabeth V. redete an den Omnibushaltestellen oder auch im Omnibus Mädchen an, von denen sie vermutete, daß sie wohl eine Stelle suchen könnten. Traf diese Vermutung zu, so stellte sie sich unter einem falschen Namen vor und erzählte, ihr Onkel, Herr Witte, sei im Schloß angestellt und wolle sie dort auch anbringen. Ihr Bräutigam aber sei dogegen, weil er bald Hochzeit feiern wolle. Es würde sie nun sehr freuen, wenn sie ihrem Onkel wenigstens Urlaub bringen könne, damit er nicht gar zu böse werde. Ein von ihr empfohlenes Mädchen werde er ohne Zweifel annehmen. Die Stelle im Schloß schlägt natürlich niemand aus. Die Bewerberinnen geben gern ihre Adresse an und bekommen bald von Herrn Witte einen Brief, daß auf die Empfehlung seiner Nichte ihrer Anstellung im Schloße nichts im Wege stehe, nur müßten sie eine Bürgschaft von 20 oder 25 M. stellen, die seine Nichte gegen Quittung abholen werde. Nach kurzer Zeit erscheint dann auch die Nichte mit einer gefälschten Quittung, erzählt allerlei von ihrer wirksamen Fürsprache bei dem Onkel Witte, streicht das Geld ein und verschwindet auf Nimmerwiedersehen. Das war der regelmäßige Gang, der jedesmal mit einer großen Enttäuschung der Geprellten endete. Gestern aber kam es anders. Eine Bewerberin aus der Pfandstraße hatte der Nichte des Herrn Witte bei dem ersten Besuche mit der Quittung gesagt, sie habe augenblicklich keine 25 M. Sie erkundigte sich dann bei der Polizei und diese nahm gestern die Schwindlerin fest, als sie nach Verabredung zum zweitenmal kam. Es ergab sich, daß die „Vermittlerin“ wegen Diebstahls und gewerbsmäßigen Stellen-schwindsels schon mehrfach bestraft ist.

Ein grausames Verbrechen hat in der gestrigen Nacht der 25jährige Alfred Janowski in der Christianiistr. 110 gegen seinen eigenen 65 Jahre alten Vater verübt. Der junge J. ist ein arbeitsscheuer und dem Trunke ergebenen Mensch, der sich von seinem alten Vater noch ernähren läßt. Als er auch in der gestrigen Nacht wieder angetrunken nach Hause kam, machte ihm der Vater heftige Vorwürfe. Der Betrunkene geriet hierüber in eine derartige Wut, daß er sich plötzlich auf den wehlosen Greis stürzte und ihm mit geballten Fäusten ins Gesicht schlug. Hierauf zog der Brutale das Messer aus der Tasche heraus und stach damit auf den Vater ein. Die Klinge ging dem Bedauernswerten durch die ganze Wade hindurch bis in den Mund hinein und schnitt auch noch das Zahnfleisch entzwei. Besinnungslos brach der Gestochene zusammen. Nun fesselte der Anhold sein Opfer an Händen und Füßen und eilte sodann zur Polizeiwache. Dort gab er an, sein Vater sei plötzlich wahnsinnig geworden und habe seinen Sohn angreifen wollen. Es begab sich daraufhin einige Beamte nach der fischen Wohnung, wo sie den Alten in entsetzlichem Zustande voranden. Sofort wurde der Unglückliche von seinen Fesseln befreit und nach der Unfallstation XVI in der Wadstraße gebracht, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. Bei einer späteren Vernehmung des Greises stellte sich dann heraus, daß er das Opfer seines brutalen Sohnes geworden war. Während der Vater nach dem Krankenhaus kam, wurde der Sohn durch die Polizei verhaftet.

Unbekannt verstorben. Am 12. November 1905, nachmittags gegen 3 Uhr, wurde in einem Krankenzimmer des Gasthofes Invalidenstr. 53 ein dem Handwerkerstande angehörender, circa 40 Jahre alter Mann mit zwei Schußwunden in der Herzgegend tot aufgefunden. Der Verstorbene ist in der Nacht zum 12. November 1905 gegen 2 1/2 Uhr in dem genannten Gasthofe als Fremder eingekehrt und hat sich in das dort abgelegene Fremdenbuch als Ralemeister Karl Mauer, 4. 0. 63 zu Straußberg geb. und von dort kommend eingetragen, was sich aber nicht bestätigt hat. Der Fremde ist circa 1,70 Meter groß und hat dunkles Haar und Schnurbart. Seine Bekleidung bestand aus schwarzem steifen Hut, schwarzem Ueberzieher, schwarzem Gehrock und schwarzem Schnitzstiefeln. Außerdem hatte er ein alles schwarzes Ledernes Portemonnaie mit 1 Schüssel, 2 Geldtaschen und 30 Pf. sowie einen Revolver mit Juttelal bei sich. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Verstorbenen werden von der Kriminalpolizei zu 7835 IV/20 05 entgegengenommen.

Die im Zoologischen Garten geplante Ausstellungshalle beschäftigt gestern eine Konferenz von Vertretern der Bau- und Verkehrs-polizei und der an dem Unternehmen beteiligten Gesellschaften. Es konnte der Gesellschaft die grundsätzliche Genehmigung der Behörden in Aussicht gestellt werden. Freilich ist noch die Zustimmung des Finanzministers zur Verbarung des Gartengeländes, das bekanntlich in königlichem Eigentum steht,

einzuholen; diese darf indes schon jetzt als sicher gelten, da auch Herr v. Rheinbaben dem Projekte ein lebhaftes Interesse entgegenbringt.

Theater. Im Schiller-Theater (Wallner-Theater) wird am Mittwoch, den 22. November (Dienstag), abends 8 Uhr, das Oratorium „Die Schöpfung“ von Joseph Haydn aufgeführt. Eintrittskarten sind schon jetzt an der Kasse des Schiller-Theaters in den üblichen Klassen zu haben. Eine Vorverkaufsgeldgebühr wird nicht erhoben. Die Preise sind die im Schiller-Theater üblichen. — Im Bürgerhalle des Rathauses zu Berlin wird am Sonntag, den 19. November, ein Chamisso-Abend veranstaltet, zu dem Bruno Wille den einleitenden Vortrag übernommen hat. — Im Charlottenburger Rathaus findet um dieselbe Zeit, auf vielfach eingegangene Wünsche, eine Wiederholung des Brahms-Abends statt, an dem Beiß Schot, Max Garrison, Max Kodel und Woldegar Runge mitwirken. — Im Kolosseum, Dresdenstr. 67, soll am 30. d. M. eine Ausstattungs-Parade zur Aufführung gelangen. — Im Luisen-Theater geht Freitag, den 17. November, zum erstenmale „Ein Blühdübel“ in Szene. Das Blühdübel spielt Frau Käthe Wille nach. — Zentral-Theater. Die Aufführungen von „Masette“ beginnen von heute ab täglich um 8 Uhr, an Sonntagen dagegen um 7 1/2 Uhr. —

Gerichts-Zeitung.

Ueberschreitung des Züchtigungsrechts eines Lehrers. Vom Landgericht Vorn- ist am 23. Dezember v. J. der Lehrer Walter Rudolph wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Schullehrer R. hat eine Kinnwunde in der Größe eines Fünfpennigstückes dadurch erhalten, daß er während einer Züchtigung, die ihm der Angestellte zuteil werden ließ, an die Hand ansetzte; auch ist er vier Tage lang lahm gegangen. Die Züchtigung hat der Angestellte mit einem dicken Stock vollzogen. Züchtigungen, so heißt es im Urteil, dürfen niemals soweit gehen, daß der Gebrauch der Glieder beeinträchtigt ist oder die Haut abgeschürft wird. Zudem der Angestellte dies nicht verhinderte, hat er fahrlässig gehandelt. — In seiner Revision behauptete der Angestellte, er habe sich einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechts nicht schuldig gemacht. Selbst bei Ueberschreitung desselben treffe ihn kein Verbrechen. — Das Reichsgericht erkannte am Montag auf Verwerfung der Revision. — Das Reichsgericht hat bei diesem Urteil in bemerkenswerter Weise an seiner Praxis festgehalten, die im Gegensatz zu der des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts der Anwendung von Ersatzstrafen in der Schulstube entgegensteht. Konsequenz vertritt es die Anschauung, daß die Gefährdung auch nur gefährdende Mißhandlungen niemals durch die beschönigende Nebewendung „Ausübung des Züchtigungsrechts“ straflos werden dürfen. Das Ober-Verwaltungsgericht und auch das Kammergericht hat in einer Reihe von Erkenntnissen den Standpunkt vertreten, daß fühlbare, die Gesundheit nicht dauernd schädigende Mißhandlungen noch unter den Schutz eines Züchtigungsrechts fallen können. Diese irrige Rechtsprechung der preussischen obersten Gerichte ist freilich nur bei Verfehlungen gegen Gemeindeschüler, nicht bei solchen gegen „höhere Schüler“ betätigt. Jede körperliche Züchtigung, die ein Lehrer begeht, ist ein Zeichen seiner Unfähigkeit, zu erziehen. Unsere Genossen sollten mit Rücksicht auf die Geist und Körper der Kinder verwütenden Folgen ostentativer Prügelei gegen jeden Fall von Mißhandlung bei den Kommunal- und Staatsbehörden vorstellig werden und sich durch liebevolle Rücksichtnahme der Gemeinde- und Schulbehörden auf Prügelhelden von einer Weiterverfolgung nicht abschrecken lassen.

Uegen Raubmordes unschuldig in Untersuchungshaft. Am 17. Oktober wurde im sogenannten „Tiefen Grund“ bei Königstein in der sächsischen Schweiz ein Raubmord an der Frieda Opitz verübt. Der 25-jährige Karussellreder Händler aus Thüringen wurde daraufhin als vermeintlicher Täter in Haft genommen. Jetzt hat sich die völlige Unschuld des Mannes heraus gestellt. Er wurde am Montag aus dem Gefängnis entlassen. Ein Anspruch auf Entschädigung steht dem seiner Freiheit Beraubten nicht zu. Seit dem Jahre 1888 ist im Reichstage von sozialdemokratischer Seite Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft verlangt. Die Mehrheit des Reichstages hat dies berechtigte Verlangen abgelehnt. Sie hat sich nur dazu verstanden, im Jahre 1904 die Reichstags-Entschädigung zu gewähren, wenn der Verhaftete freigesprochen oder durch Gerichtsbeschluss außer Verfolgung gesetzt ist. Diejenigen Untersuchungseingefangenen, deren völlige Unschuld sich bereits ohne Gerichtsbeschluss oder Gerichts Urteil herausstellt, haben nach wie vor keinerlei Anspruch auf Entschädigung.

Vermischtes.

Das Opfer einer unsinnigen Weite ist gestern der 25jährige Arbeiter Albert Holzhafer geworden. S. hatte in einem Restaurant in dem benachbarten Dorfe Rohen während des Statistenspiels gewettet, daß er in kurzer Zeit in ganz kleinen Zwischenpausen 1/4 Liter Rum trinken könne. Der leichtsinnige gewann auch die Wette, mußte sie jedoch mit dem Tode büßen. Gestern nachmittags starb er an den Folgen der Alkoholvergiftung.

Die anhaltenden und ausgedehnten Regenfälle in der vorigen Woche, sowie durch starke Niederschläge im Gebirge ist ein starkes Steigen der Flußläufe herbeigeführt worden. Die Spree besitzt gegenwärtig Hochwasser und ist in ihrem oberen Lauf aus dem Ufer getreten. Die sämtlichen Niederungen sind unter Wasser gesetzt und auch in dem Mittellauf sind die Wiesenterrains teilweise überschwemmt. Das Hochwasser ist so bedeutend, wie es schon seit langer Zeit nicht gewesen und dabei wird noch andauernd von der Oberspree Nachschub gemeldet. — Auch die Havel hat zurzeit Hochwasser aufzuweisen und die Niederungen in den haveländischen Gebieten überschwemmt.

Briefkasten der Redaktion.

J. D. 21. Staatliche Heizerkurse werden für Berlin im Januar und Februar wieder veranstaltet. Meldungen an Abteilung II des Polizeipräsidiums Berlin. — **A. Schmidt.** Raubit, Gelundbrunnen, Wedding kamen durch Eingemeindung zu Berlin am 1. Januar 1861. — **J. 23.** Wächterinnenheim, Urbanstr. 22. — **M. G.** Wächterinnenheim des hiesigen Gemeindefonds, Straßmannstr. 6. — **S. A.** Anstellung als Laternenwärter. Städtische Gaswerke, Zentralbureau: Klosterstr. 68, Revision inspektion für Ihre Gegend: Götterstr. 23, wird nach Ländereintrage verlegt. — **Zwei Wettende.** Die Epitaphische wurde im Jahre 1881 abgebrochen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthalen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 57—61, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 72—82, IIIa 56—70, Dammschmalz Ia 62—73, IIa 43—58. Schweinefleisch 74—78. Nettschmalz 35—48 Pf. Gansen Fett 3,00—3,75, Hahn 1,50—2,00. Nankingenschild 0,25—1,05. Krammettschmalz 0,20—0,25 Pf. Hühner, junge Ia 1,00, junge IIa 0,60, junge kleine 0,60—0,60, alte Ia 0,75, alte IIa 0,60—0,60. Hühner, alte 0,50—1,80, junge 0,80—1,10 des Stück. Zehen, junge 0,40—0,45, alte 0,30. Enten, junge 1,40—2,25. Gänse Ia, 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50 per Stück, Ia 0,55—0,65, IIa 0,48—0,55 per Pfund. Gänse 74—84 M. Gänse, unsort. 111—123. Hühner, groß 0,60, mittel 0,60 Pf. Hühner 47—52 Pf. Karpfen 0,60, Lachs 0,60 Pf. Schellfische 20—22 Pf. Rinder 18 Pf. pro 100 Pfund. Schottische Wollherre (gelbes) 36—38 M. Ardeb, keine, Schaf 0,60 Pf., unsortiert 0,60 Pf. Eier, Schaf 0,60. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, IIa 115—122, IIIa 111—114, abfallende 60—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Rosen 0,60—0,60, blaue 0,60—0,60, runde weiße 1,80—2,00. Biringslobl pr. Schaf 4,00—8,00, Weißlobl 6,00—8,00, Rotlobl 4,00—8,00, holl. 10—13 Pf. Saurer Gurken, Schaf 2,00 Pf.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. November 1905. Wohl und vorwiegend trübe mit Niederschlägen und frischen nord-westlichen Winden.